06 - Frühjahr 2015 - 3,50 Euro

Pólemos

Krieg den deutschen Zuständen! (Karl Marx)

Zeitschrift wider den gesunden Menschenverstand



Inhalt:

Weil die Mitglieder der alten Pólemos Redaktion über verschiedene Städte verteilt waren, was eine kontinuierliche Diskussion nahezu unmöglich machte und weil es auch Differenzen über Sinn und Gestaltung des Hefts gab, hat sich die alte Redaktion aufgelöst. Daher erschien über einen langen Zeitraum kein neues Heft mehr, was uns insbesondere die Abonnenten verzeihen mögen. Eine neubesetzte Redaktion führt das Heft nun weiter.
Über die Zusendung von Artikeln würden wir uns freuen.
Kontakt: redaktion.polemos@gmail.com

Angst und Ehre

Die Anschläge von Paris und die Folgen

von Redaktion Pólemos

Gefühlte 90% derjenigen, die sich irgendwie zu den Massakern in Paris Anfang Januar äußerten, waren *Charlie Hebdo*. Dabei gäbe es gute Gründe, sich nicht anzumaßen, *Charlie Hebdo* zu sein. Nicht etwa um den ermordeten Mitgliedern der französischen Satirezeitschrift ein, wie auch immer verdruckstes, geschmackloses „so was kommt von sowas" hinterherzurufen. Die Redaktion der *Pólemos* ist es nicht, weil ihre Mitglieder Angst hätten, so leben zu müssen, wie der ermordete Redakteur Stéphane Charbonnier, der lange unter Polizeischutz stand, der sich angesichts des Überfalls zudem als wirkungslos erwies. Oder wie Michele Houllebecq, Kurt Westergaard und viele andere, die täglich mit der lebensgefährlichen Drohung von Islamisten leben müssen. Mit ihnen hat die Pólemos zwar gemeinsam, dass sie die Ehre Allahs, seines Propheten und seiner Anhänger keineswegs für ein schützenswertes Gut hält, aber uns würde entschieden der Mut fehlen, geschweige denn die Öffentlichkeit, den Preis zu zahlen, den eine unter großer Aufmerksamkeit begangene „Ehrverletzung" des Islam mit sich bringt. Merkwürdig nur, dass wohl die meisten, die derzeit wie verzweifelt *Charlie Hebdo* sein wollen, anders als jene Satiriker, die Ehre von Religionen und Kulturen, insbesondere die des Islam, durchaus als besonders verteidigenswert erachten. Damit man sich dennoch betroffen fühlen durfte, musste der Anschlag in einen der ganz allgemein und abstrakt der Pressefreiheit gegolten habe, umgedichtet werden. In einem „Aufruf der Zeitungsverleger" ließ Helmut Heinen gleich zu Beginn verlautbaren: „Das Attentat auf ‚Charlie Hebdo' ist ein Angriff auf unsere Demokratie, unsere Presse- und Meinungsfreiheit. Wir müssen sie stets aufs Neue verteidigen, auch gegen die perfide Propaganda der Pegida-Anführer und den üblen Vorwurf der ‚Lügenpresse'" (*FAZ online*, 9.1.15). Daneben eine Karikatur, die oben links eine „Lügenpresse" skandierende Pegida-Demonstration zeigt und unten rechts die Attentäter mit der Sprechblase „Die reden nur, wir tun was". Als hätten die Pegida-Demonstranten – deren Ehre zu verteidigen gewiss auch unsere Sache nicht ist – gerade ein Blutbad angerichtet und nicht Islamisten.

Am Samstag danach demonstrierten in Würzburg die „Romanisten gegen Rassismus" – für Vielfalt und gegen Ausgrenzung (der Islamisten?); nicht ins Bild passten einige Kritiker, die es sich nicht nehmen ließen Karikaturen des bärtigen Propheten Mohammeds zu zeigen und in einem Flugblatt zudem bekräftigen, dass die Solidarität explizit den in Frankreich bedrohten Juden zu gelten habe. In Windeseile war Schluss mit Vielfalt und Meinungsfreiheit als sie in Mitten des applaudierenden Publikums durch einige Organisatoren und Ordner handgreiflich genötigt wurden, die Plakate zu entfernen. Die gegenwärtigen Demonstrationen spiegeln eine merkwürdige, aber vertraute Melange aus Anti-Pegida, Montagsdemonstranten, Blockupy und Anti-Naziprotesten wieder, die sich, wie in Deutschland nicht anders zu erwarten, zu einer Einheit des Volkes für eine abstrakte „Pressefreiheit" und gegen welchen „Terror" auch immer inszenieren.

Systematisch wird darum herum geeiert, wenn nicht gleich ganz verschwiegen, wer bei den Attentaten von Paris warum angegriffen wurde: Die Redaktion von Charlie Hebdo, weil sie es gewagt hat, keine

Rücksicht auf das Ehrgefühl dauerbeleidigter Moslems zu nehmen und, zwei Tage später, ein koscherer Supermarkt, einfach weil er dem antisemitischen Attentäter als jüdisch galt. Während der Geiselnahme erklärte er telefonisch einem französischen Fernsehsender, warum er sich genau diesen Supermarkt ausgesucht hatte: „Die Juden. Wegen der Unterdrückung, vor allem des Islamischen Staats, aber überall. Es ist für alle Gegenden, wo Muslime unterdrückt werden. Palästina gehört dazu" (Israelheute, 10.1.15). Während islamistische Anschläge wie in New York, Madrid und London eher eine vergleichsweise abstrakte Bedrohung darstellen, häufen sich insbesondere in Frankreich bzw. von Frankreich ausgehend in den letzten Jahren die unmittelbaren Angriffe auf Juden und ihre Einrichtungen: 2012 wurden ein Rabbiner und drei Kinder in Toulouse ermordet, 2014 das jüdische Museum in Brüssel angegriffen, in Sarcelles, einem Vorort von Paris kam es während des letzten Gazakrieges tagelang zu massiven antisemitischen Ausschreitungen. Erst Mitte Dezember wurde in Paris ein junges Paar aus antisemitischen Motiven brutal überfallen und auch die alltäglichen Übergriffe, Schmierereien usw. nehmen zu. Jedes Mal waren die Täter Islamisten aus Frankreich. Der offenkundige Antisemitismus des Anschlags vom 9.1. jedoch war, wenigstens den deutschen Zeitungen, kaum der Erwähnung wert. Während die bedrohten Islamkritiker noch wie wir die Wahl haben, ob sie sich der Gefahr aussetzen wollen, können sich französische Juden dieser Gefahr zunehmend nur noch dadurch entziehen, sich nicht mehr als Juden zu erkennen zu geben und jüdische Einrichtungen zu meiden – oder eben, was immer mehr tun, nach Israel oder in die USA auszuwandern.

So ist „je suis Charlie" auch als trotzige Geste, man lasse sich nicht unterkriegen, gänzlich unangebracht: Dass Islamkritiker schweigen – die wegen ihrer Mohammed-Karikaturen bekanntgewordene dänische Zeitung Jyllands-Posten erklärte aus Sicherheitsgründen keine Charlie Hebdo Karikaturen zu drucken (FAZ 10.1.15) – und Frankreichs Juden in permanenter Angst leben müssen, zeigt wie außerordentlich erfolgreich die Anschläge sind.

Dazu kommt, dass es etwas spät ist, für Bekenntnisse zu Charlie Hebdo: Als die Mitglieder der Redaktion noch nicht Opfer eines Mordkommandos geworden waren, galten ihre Mohammed-Karikaturen der damaligen französischen Regierung wie den meisten deutschen Zeitungen als „Provokationen"; allenthalben hieß es, die Cartoonisten würden Öl ins Feuer gießen. Heute nennt die Süddeutsche Zeitung das Satireblatt „ein Symbol der Freiheit und Toleranz" (10.1.15). Zudem ließ sie sich den „kritischen" Gestus nicht nehmen und druckte zwei sich küssende Männer, eine Karikatur aus der Charlie Hebdo, nach: einen irgendwie als geistlich dargestellten Moslem – also keine Karikatur Mohammeds wie die Hamburger Morgenpost sie abdruckte, und beiläufig erwähnt in der Nacht auf den Sonntag zum Opfer eines Brandanschlags wurde – und einen Cartoonisten. Was gestern der Süddeutschen Zeitung als Akt der Solidarität im Kampf für Pressefreiheit galt, weicht morgen schon wieder der kultursensiblen Pflege jener, die sich von den Karikaturen angeblich betroffen fühlen. So zitiert die Süddeutsche Zeitung „kritische Stimmen" die nicht Charlie sein wollen: „Als Muslimin werde ich keine Zeitung verteidigen, die mich nicht respektiert und meinen Glauben und meine Kultur lächerlich macht" (11.1.15). Da es im Münchner Verlagshaus stets kritisch zugeht, möchte man ein breites Meinungsbild einfangen, die Tage als man gemütlich Charlie war, werden wieder zu denen als man nie Charlie sein wollte. Die Tageszeitungen verfügen über ein präzises Kurzzeitgedächtnis, man könnte auch sagen: über selektive Wahrnehmung; auf das Einerseits hat stets ein Andererseits zu folgen, so wird bereits verdrängt was in den Tagen in Paris geschah: ein antisemitisches Attentat.

Am Sonntag danach rief unter anderem der Ministerpräsident François Hollande zu einer Solidaritätsdemonstration in Paris auf. Mehrere Regierungschefs verschiedener Länder führten den Demonstrationszug an um ihre Trauer zu bekunden; einzig die Teilnahme Binyamin Netanyahu und der Front National besorgte den französischen Präsidenten; er bat den israelischen Regierungschef, da er für Kontroversen sorgen würde, um ein Fernbleiben. Als Netanyahu erklärte, trotzdem zu kommen, lud die französische Regierung schleunigst Palästinenserpräsident Abbas ein, einen glaubwürdigen Verfechter der Pressefreiheit und des Kampfes gegen Terrorismus (1). Die Inszenierung der politischen Klasse, ausgenommen sei Netanyahu, hatte selbstredend auch nicht zum Ziel den Antisemitismus zumindest zu thematisieren, sondern, so gesehen, einzig und allein die nachdrückliche Aufwertung der „Palästinenser" und der politischen Bewegung des Islam.

Bei der ganzen Ehrenrettung des Islams werden die Apostaten dieser Religion systematisch vergessen: Sie sitzen in genau den islamischen Staaten hinter Gittern mit denen man in Deutschland, Österreich und mittlerweile auch in den USA gerne in einen kulturellen Dialog tritt, unter Beifall der deutschen Presse wie der SZ. Politische Gefangene aus Gohardasht (Iran) ließen in einer solidarischen Grußbotschaft mitteilen: „Unfortunately, the Western governments, particularly the Europeans still do not want to accept that appeasement against organized state terrorism that has dominated Iran and the rest of the region, practically becomes a model for ISIS and other terrorist and fundamentalist groups like Al-Qaeda, Hezbollah, the Taliban and Boko Haram, and Shiite IS alongside Sunni IS will destabilize the world" (2).

Inzwischen hat sich auch der Iran, der 2013 verlautbaren ließ, die Karikaturen in Charlie Hebdo seien „Teil einer zionistischen Islamophobie-Kampagne" die Anschläge von Paris verurteilt: „jede Art von terroristischen Anschlägen gegen unschuldige Menschen sei unvereinbar mit der islamischen Lehre" (junge Welt 9.1.). Beinahe unglaublich angesichts der langen Geschichte und andauernden Gegenwart iranischen Terrors von Argentinien, über die Berliner Gaststätte „Mykonos", bis zu Libanon, Irak und Syrien (3). Aber die Pointe steckt freilich in dem Wörtchen „unschuldig" – das war Charlie Hebdo in den Augen der iranischen Ideologen gewiss so wenig, wie die Besucher des jüdischen Supermarktes. Wenn für die Mehrheit der nichtjüdischen Europäer wieder Normalität eingekehrt ist, wird man sich dennoch in Europa der Worte des iranischen Regimes erinnern und dass auch der Iran irgendwie Charlie Hebdo gewesen ist – was sich für die Juden Frankreichs und die Israelis als fatal erweisen könnte

Anmerkungen:

(1) Die gewiss nicht israelfreundliche Organisation „Reporter ohne Grenzen" führt die Palästinensischen Gebiete in ihrer Rangliste der Pressefreiheit auf Platz 138 von 180, zwischen Libyen und dem Tschad. 2014 wurden laut ihrer Jahresbilanz in den Palästinensergebieten nach Syrien weltweit die meisten Journalisten getötet. Erst im vergangenen November postete einer von Abbas Beratern, Abu Al-Einein, auf Facebook Fotos von den in einer Jerusalemer Synagoge brutal ermordeten Opfern und bezeichnete sie als Fotos einer „heroischen Aktion" gegen eine „religiöse zionistische Einrichtung" (http://palwatch.org/main.aspx?fi=708).

(2) http://www.ncr-iran.org/en/news/terrorism-fundamentalism/17787-iran-political-prisoners-condemn-paris-terror-attacks

(3) Vgl. http://de.stopthebomb.net/de/text-audio-und-video/hisbollah-terrorismus/stationen-des-terrors.html

Weder Ost noch West

Anmerkungen zum deutschen Verhältnis zu Russland

von Moritz Schneider

Wie wenig Ideologie einfach die zu glaubende Meinung der Herrschenden ist, zeigte sich in den letzten Monaten in den deutschen Feuilletons. Die Debatte um die „Ukraine-Krise" zeichnete sich bisher vor allem durch die gemeinsame Überzeugung der Beteiligten aus, Kämpfer gegen eine manipulierte Mehrheit und somit mutige Ideologiekritiker zu sein. Je nach politischer Verortung oder Tagesform kann dabei zwischen zwei Extremen gewählt werden, die, so pluralistisch ist der Meinungsmarkt, durchaus in verschiedenen Mischungen erhältlich sind. Dass es sich dabei um zwei Seiten einer Medaille handelt, lässt sich kaum übersehen, betrachtet man die gegenseitigen Vorwürfe der streitenden Parteien. Ob man sich nun vorwirft fünfte Kolonne Moskaus oder Marionette der USA zu sein, die Anklage ist stets dieselbe: Vaterlandsverrat.

Dabei ist es nicht nur falsch zu behaupten, Ideologie sei das, was einem bewusst aufgenötigt wird. Im Gegenteil ist es heute ihr integraler Bestandteil, sich als eine Minderheit zu inszenieren, die gegen eine von den Herrschenden (Medien, Amerikaner, Politiker, Juden) bewusst geschaffene Lüge ankämpft. Selten kommt eine Diskussion ohne Verweis auf einseitig berichtende Medien aus. Ideologie erhält sich gerade im Widerstreit der verschiedenen Meinungen. Die Aufgabe der Ideologiekritik kann es daher nicht sein, eine der beiden Pole als Ausdruck von Propaganda zu denunzieren, sondern den verschiedenen Meinungen eben vorzuführen, dass sie so verschieden, wie sie vorgeben, nicht sind. Die widersprechenden Meinungen, so muss gezeigt werden, entspringen einer widersprüchlichen Konstellation. Wird diese von den Einzelnen verdrängt und einer der beiden Momente als Wahrheit verabsolutiert, tendiert das Subjekt dazu, die andere Seite als Machwerk von im Hintergrund waltenden Mächten zu begreifen. Gerade weil es nicht verstehen kann, wieso das, was doch als so einleuchtend erscheint, von so vielen anderen abgelehnt wird.

In einer Debatte, deren Frontlinie quer durch alle politischen Parteien der Bundesrepublik verläuft, lässt sich nur mittels durchschaubarer Ignoranz daran festhalten, die je gegnerische Seite sei übermächtig und hätte Medien und Establishment auf ihrer Seite. Der Grund, wieso die höchst austauschbaren Diskutanten dennoch nie müde werden genau dies zu behaupten, ist aus den Abgründen der „Israelkritik" hinlänglich bekannt und besteht in dem moralischen Mehrwert, der sich selbst aus bloß inszenierten Minderheitenpositionen ziehen lässt.

Der Unwille, Einsicht in das Gemeinsame der zwischen den beiden Polen wild oszillierenden Meinungen zu erlangen, führt zwangsläufig dazu, dass auch Invektiven von ideologiekritischer Seite nicht auskommen, ohne einen Konsens der deutschen Bevölkerung zu behaupten. So spricht auch Sören Pünjer in der Bahamas von des „Volkes prorussischer Meinung" (1), die nur durch zivilisierende Einflüsse von außen daran gehindert werde, sich im Konflikt auf die Seite Russlands zu stellen. Diese Sichtweise löst den Streit um den richtigen Umgang mit Russland in einen Streit zwischen Deutschen und Anti-Deutschen auf. Eine nicht unerhebliche Anzahl an Redakteuren von FAZ, Welt und anderen einflussreichen deutschen Tageszeitungen werden zu Fremdkörpern erklärt, die äußere Einflüsse repräsentieren. Bezeichnenderweise befindet er sich damit in eigentümlicher Nähe zu der von ihm gleichzeitig attackierten Zeitschrift Konkret. Deren Chefredakteur Hermann Gremliza präsentiert diese Ansicht unter veränderten Vorzeichen und erklärt, die Deutschen seien, in Tradition des Untermenschendenkens, ausnahmslos russophob. Dass sich seine Verlautbarungen oft nur der ordinären Ausdrucksweise nach von Artikeln des SPIEGEL oder Stellungnahmen von in Talkshows herumgereichten Ex-Bundeskanzlern unterscheiden, fällt dabei nicht ins Gewicht. In einem wütenden Leserbrief an die deutschen Medien, der offenbar fälschlicherweise von der Redaktion unter der Bezeichnung Kolumne abgedruckt wurde, bezeichnet er deutsche Journalisten als „Streber der Propagandakompanie" (2) und ist, auch darin ähnelt er dem Verfasser anonymer Internetkommentare, völlig davon überzeugt, dass alle (außer ihm, versteht sich) der gleichen Meinung sind.

Im Folgenden soll versucht werden, die deutsche Debatte, durch die Bestimmung des dafür konstitutiven Widerspruchs, auf den Begriff zu bringen. So soll vermieden werden, eine der beiden Positionen zu ignorieren oder gar auf äußere Mächte und Einflüsse zu projizieren. Wenn im Folgenden wenig über die Ukraine selbst geschrieben wird, liegt das in der deutschen Debatte begründet.

Putins Russland

Der Ton wird rauer. Oppositionelle sollen „nichtmenschliche Wesen" sein, verkündet Nikolaj Walujew, Abgeordneter des Nationalparlaments der Regierungspartei „Einiges Russland" und brachte die in Russland herrschende Stimmung auf den Punkt (3). Ähnliches ist von Alexander Dugin, russischem Faschist, Heidegger-Interpret (4) und „Putin's Brain" (5), zu vernehmen, wenn er die Gegner Putins als „psychisch Kranke" bezeichnet, die man ärztlicher Überwachung übergeben müsse (6). Praktisch geworden ist diese Auffassung vom Kampf gegen die Feinde im Innern, oder, wie es Alexander Dugin ausdrückt, „die 5. Kolonne des Westens", in zahlreichen Gesetzen. Eines davon zwingt NGOs, die Gelder aus dem Ausland bekommen, sich als „ausländische Agenten" registrieren zu lassen, in ihren Publikationen darauf hinzuweisen und sich somit selbst zu diffamieren. In den Zusammenhang der antiwestlichen „Kulturrevolution" gehören auch die Gesetze gegen „Homosexuellen-Propaganda" aus dem Jahr 2013 und die jüngst beschlossene Regierungsverordnung, die es ermöglicht, sexuellen Minderheiten den Führerschein zu entziehen, und ihnen das Ablegen der Fahrprüfung zu verwehren (7). Vor diesem Hintergrund kann es niemanden verwundern, dass extrem rechte Kreise der russischen Gesellschaft, die noch vor einem Jahr Putin für einen Vaterlandsverräter hielten, nun ihre Sympathien für die Regierung entdecken. Seitdem der völkische Nationalismus unter dem Deckmantel des Schutzes ethnischer Russen Einzug in die russische Außenpolitik gehalten hat,

wurde die nationalistische Opposition zu einem großen Teil durch die Regierungspolitik absorbiert (8). Diese lässt sich auch gleich für die Politik Russlands einspannen und kämpft zum Teil, absurderweise unter der Bezeichnung „Antifaschisten", in der Ostukraine. Dass bevorzugt extrem rechte Gruppierungen, die sich nicht selten mit Hakenkreuzfahnen ablichten lassen, die Speerspitze des Kampfes in der Ukraine sind, scheint die Linken, die Faschisten nur auf der Seite der ukrainischen Regierung erkennen wollen, nicht zu kümmern (9).

Seitdem Wladimir Putin sich 2012 mittels einer Rochade, die sich anschickt Exportschlager für Despoten in aller Welt zu werden, erneut das Amt des Präsidenten der Russischen Föderation sicherte, hat sich endgültig die Erwartung, Russland werde nach mehr als 150 Jahren dezidierter Abgrenzung doch noch zu dem finden, was üblicherweise als westliches Modell bezeichnet wird, gründlich zerschlagen. Die Gründe dafür sind eng verflochten mit dem Krisenlösungsmodell in Russland und auch die Politik Russlands in der Ukraine ist nur vor dem Hintergrund der innenpolitischen Entwicklung zu verstehen. Alle Versuche, das Verhalten Russlands aus Bedrohungsgefühlen, Demütigung oder gar aus absurden historischen Ansprüchen aus Zeiten der Kiever Rus' vor mehr als 1000 Jahren zu erklären, sagen mehr über die projektiven Bedürfnisse ihrer Autoren als über die tatsächlichen Begebenheiten aus.

Nachdem die Sowjetunion, nicht ganz frei von historischer Ironie, just aufgrund des Widerspruchs von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zusammenbrach (10), der ihnen doch jahrzehntelang als Garant dafür galt, die Kräfte der Geschichte auf der eigenen Seite zu haben, stand man vor dem Problem, eine überbürokratisierte, ineffiziente und korrupte Staatswirtschaft in Privateigentum zu überführen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht der Zynismus des Autors, sondern der der Realität, wenn Wolfgang Pohrt bemerkt, dass schlicht „nur verwerfliche Methoden zur Wahl" (11) standen. „Mord, Raub, Diebstahl, Erpressung und Betrug besitzen vorübergehend eine gesellschaftlich nützliche Funktion. Sie beschleunigen die Akkumulation von Kapital, welche die Voraussetzung für leistungsfähige Produktionseinheiten ist" (12). Dementsprechend kehrte in Russland schnell nach Auflösung der Sowjetunion eine gewisse Desillusionierung ein. Zerfallende Dörfer, Hyperinflation und eine explodierende Kriminalität waren die ersten sichtbaren Zeichen der neuen Zeit, mit denen die Freie Welt die ehemaligen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion begrüßte. Präsident El'cin, der vor allem für seinen Alkoholismus in die Geschichtsbücher gelangte, war in seiner Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt und gegenüber Oligarchen, die sich das Chaos zunutze gemacht hatten, um zu politischem und ökonomischem Einfluss zu gelangen, weitestgehend ohnmächtig. Vor diesem Hintergrund betrat im Jahre 2000 Wladimir Putin als die „Eiserne Hand", die sich mehr als drei Viertel der Russen wünschten, die politische Bühne (13).

Während zunächst wirtschaftlich der bestehende Kurs fortgesetzt wurde, statuierte Putin einige Exempel an Oligarchen, um deren Einfluss auf die Ökonomie zu beschränken und die Souveränität des Staates mit der nötigen Brutalität wiederherzustellen. Einher ging die Restituierung der Regierungsgewalt schon unmittelbar zu Beginn mit dem, was man in der demokratischen Besinnungsprosa der Tageszeitungen als autoritäres Regime zu bezeichnen pflegt. Allerdings ist es eine Sache, das Gerede der Tageszeitungen, die von der Bedingung von Staatlichkeit, d.h. der Zentralisierung von Gewalt, nichts wissen wollen, der Ideologie zu überführen. Etwas ganz Anderes jedoch ist die Vergötzung staatlicher Souveränität, die in der abgründigen Faszination für Putin und dessen Politik zum Ausdruck kommt. Geradezu entlarvend ist es, wenn Gremliza in einer seiner „Kolumnen" schreibt: „Anders als deutsche Politiker, die keinen Furz lassen können ohne Genehmigung durch die gesellschaftliche Herrschaft, hat Putin nicht nur das Schwätzen, sondern das Sagen" (14). Dass er staatliche Gewalt und gesellschaftliche Herrschaft voneinander trennt, zeigt, dass seine Geständnisse zu Lenin mehr sind, als nur linke Nostalgie.

Die mit der Wiederherstellung des „Primats der Politik" einhergehende Beliebtheit Putins schwand im Jahre 2011 rapide. Die Ankündigung, erneut Ministerpräsident werden zu wollen, führte zu öffentlichen Protesten. Nachdem der Coup geglückt war und Putin erneut auch offiziell wieder die Gewalt inne hatte, antwortete er mit Repression und einem Umbau Russlands, der jede Option auf eine liberale Entwicklung als abwegig erscheinen ließ. Die Gewaltenteilung wurde eingeschmolzen, die Befugnisse von Polizei und Geheimdiensten erhöht. Zu Bevollmächtigten der Regionen wurden Generäle, Mitarbeiter des FSB und andere Vertreter der silvoki (d.h. der Gewaltapparate) ernannt. Auch eine neue Massenbewegung, die „Allrussländische Volksfront", sollte im Sinne des Kreml die öffentliche Meinung beeinflussen. Jede Öffnung, sei es wirtschaftlicher oder politischer Art, bedeutet eine Gefährdung für die russischen Eliten. Die bestehende Alternative war gewissermaßen die Vorwärtsverteidigung. Die Krim-Annexion ließ die Beliebtheitswerte von Putin nach oben schnellen. Gefährlich bei dieser Entwicklung ist vor allem, dass seine Beliebtheit bloß die des erfolgreichen Heerführers ist und gerade in Anbetracht der gesellschaftlichen Folgen des westlichen Sanktionsregimes bald erodieren könnte. Da nun der Weg innerer Reformen ausgeschlagen wurde, bleiben perspektivisch nur weitere Triumphe zur Stabilisierung von Putins Herrschaft. Wirtschaftlich und außenpolitisch bedeutet der Kurs des Kreml eine teilweise Abkopplung vom Weltmarkt und eine Hinwendung zu autoritären Regimen wie China, deren Modell aus naheliegenden Gründen aus der Perspektive russischer Machthaber einiges an Attraktivität besitzt und bereits in diesem Jahr zu milliardenschweren Verträgen geführt hat (15). Auch praktische Anregungen in Sachen Repression holt man sich zurzeit in der Volksrepublik. Der Vorstoß des russischen Kulturministers im „Kampf um die Wahrheit" ein „patriotisches Internet" schaffen zu wollen, kann die Nähe zu chinesischen Praktiken kaum verbergen (16).

Die Sanktionen katalysieren in einem gewissen Sinne durchaus eine gewollte politische Entwicklung. Neben der Nationalisierung der Eliten führen sie strukturell zu einer Entkoppelung der Russischen Föderation vom Westen (17). Diese Entwicklung führt selbst bei Liberalen und Konservativen zu Erkenntnissen, die zwar spätestens mit dem deutschen Kaiserreich zur Gewissheit hätten werden müssen, aber dennoch Evidenzen beanspruchen können. Entsetzt stellt man in den Redaktionsstuben fest: „Lange hat man geglaubt, dass Kapitalismus und liberale Demokratie untrennbar sind. Doch es gibt Länder, in denen freie Märkte mit politischem Autoritarismus verschmelzen." Und bange fragt man sich: „Hat dieses Modell Zukunft?" (18). Es steht zu befürchten, müsste man antworten, denn der Trend zu autoritären Regimen, die eine von den USA dominierte Weltwirtschaft ablehnen und ideologisch aus dem Fundus antiwestlicher Ressentiments schöpfen, hat in den letzten Jahren erkennbar zugenommen. Die Entwicklungen in der Türkei, Ungarn, Japan und Indien deuten darauf hin (19). Dass die Gemeinsamkeiten keine im Kopf des Beobachters konstruierte sind, sondern dass die Regime sich selbst als gemeinsame Front gegen die aktuelle Weltordnung begreifen, zeigen zahlreiche Kooperationsversuche. Victor Orbán geht

soweit, Russland, China und die Türkei als „Stars“ der Weltpolitik zu bezeichnen. Man müsse sich orientieren an Systemen, die „nicht westlich, nicht liberal, und keine liberalen Demokratien, vielleicht nicht einmal Demokratien sind“ (20). Wie um die Existenz einer „Achse des Bösen“ zu bestätigen, greift Putin nun sogar auf das weitgehend isolierte Nordkorea als potenziellen Verbündeten zurück (21).

Einher geht die russische Abwendung von Weltmarkt und Gesellschaftsvorstellungen westlichen Typs mit einer Beschwörung der russischen Einzigartigkeit, die durch amerikanische Gleichmacherei bedroht sei (22). Was die traditionellen Gemeinschaftsvorstellungen bedroht, wird konsequenterweise als westlich diffamiert. Vor diesem Hintergrund sind die Attacken gegen die Homosexualität zu werten, die als der russischen Kultur wesensfremd betrachtet wird. Eine besondere Rolle kommt bei der Bestimmung der russischen Besonderheit, der orthodoxen Kirche zu. Der heilige Auftrag Russlands als Schutzherr der orthodoxen Christenheit und der Slawen spielte schon Ende des 19. Jahrhunderts eine gewichtige Rolle bei der Abgrenzung von Westeuropa. Diese Konstellation kehrt unter veränderten Vorzeichen wieder, wenn sich die orthodoxe Kirche erneut mit markigen Worten zur Legitimation russischer Außenpolitik anbietet, indem sie von einer heiligen Mission Russlands spricht, das amerikanische Projekt zu stoppen (23). In diesem Sinne ist die Formulierung, Russland sei „der ewige Anti-Westler“ durchaus treffend. Dieser Charakter schlägt sich auch in der Unterstützung von politischen Kräften in Westeuropa nieder, die eine Abkehr von den USA anstreben. Dazu zählen Kräfte wie der Front National in Frankreich, Jobbik in Ungarn, aber auch die AfD in Deutschland. Während Russland bei diesen Gruppen versucht mit der Selbstdarstellung als Schützer der Familie gegen den dekadenten Westen mit seiner vermeintlichen Propagierung der Homosexualität zu punkten (24), tritt bei der Umwerbung des linken Spektrums die Homophobie zugunsten eines klassisch antiimperialistischen oder wahlweise auch antirassistischen Jargons zurück. Ersteres lässt sich exemplarisch in Frankreich beobachten, wo ein russischer Thinktank in Paris für Putins Ideen wirbt und die Bewegung gegen die gleichgeschlechtliche Ehe unterstützt (25). Letzteres lässt sich bei den Beiträgen von RT Deutsch, dem deutschen Ableger des russischen Staatssenders Russia Today beobachten, die seit einigen Monaten regelmäßig auf YouTube erscheinen und sichtlich auf ein linkes Publikum zugeschnitten sind.

„Deutschland erwache!“

Was die verschiedenen Fraktionen umtreibt, die mehr oder minder offen ihre Sympathien für Putins Russland bekunden, ist unschwer auszumachen: Sie alle sorgen sich um die deutsche Souveränität. Es ist kein Zufall, dass Jürgen Elsässer, der eigens ein „Magazin für Souveränität“ unterhält, eifriger Fürsprecher der russischen Regierung ist. Die zugrundeliegende Logik ist einfach und kann in entwaffnender Offenheit in zahllosen Internetkommentaren und Flugblättern nachstudiert werden. Die Deutschen wären faktisch noch von den USA besetzt und würden von dem politischen Personal gezwungen gegen Russland vorzugehen, dessen einziges Vergehen darin bestünde, gegen amerikanische Weltbeherrschungspläne zu opponieren. Die Liebe zu Russland ist nur Ausdruck des stetigen Hasses auf den Westen. Jeder Aufruf zur Unabhängigkeit der Ukraine von westlicher Beeinflussung ist unschwer als Appell zum völkischen Erwachen in Deutschland zu dechiffrieren. Die jüngst die deutsche Öffentlichkeit in helle Aufregung versetzende PEGIDA-Bewegung wendet sich direkt an Putin als potenziellen Völkerbefreier. Auf Transparenten sind inzwischen Parolen, wie „Putin, hilf uns!“ zu lesen. Wobei sie sich Hilfe ersehnen, daraus machen die Demonstranten keinen Hehl: „Wir sind keine Ami-Knechte“ ist ein ebenso beliebter Slogan auf den einschlägigen Demonstrationen.

Das antiamerikanische Hintergrundrauschen, also der Ausdruck des Unbehagens an der aufgezwungenen „Verwestlichung“ Deutschlands, hat im Zusammenhang mit „NSA-Affäre“ und dem geplanten Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU (TTIP) wieder enthemmtere Formen auch in der selbsternannten Mitte der Gesellschaft gefunden. Vergangenes Jahr war es nicht Horst Mahler, sondern Jakob Augstein, der die Hüllen fallen ließ, und Deutschland als Dackel der USA bezeichnete und sich damit um ein Amt bewarb, sollte der deutsche Hund endlich wieder von der Kette gelassen werden (26). In einem Land, in dem man solche Sätze einem „Leitmedium“ entnehmen kann, dürfte es mit der geistigen Westbindung nicht besonders weit her sein. So ist es nichts anderes als eine Lüge, die deutsche Politik und Intelligenz sei in ihrer überwiegenden Mehrheit amerikahörig - was außerhalb Deutschlands auch kaum jemand ernsthaft behaupten würde. Als wüsste man in den USA nicht, dass man sich auch als unbeliebter Bundeskanzler mittels antiamerikanischer Kampagnen seine Wiederwahl sichern kann. Das Wall Street Journal rechtfertigte dementsprechend mit dankenswerter Offenheit die Überwachung Deutschlands durch amerikanische Geheimdienste mit der engen Bindung Deutschlands an Russland und den guten Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und dem Iran (27).

Der verbreitete Hass auf den Westen steht, und stand schon immer, in enger Verbindung zu einer russophilen Haltung. Russland, das sich lange Zeit qua Staatsideologie in Abgrenzung zu den bürgerlichen Revolutionen von 1776 und 1789 definierte, eignet sich hervorragend als Projektionsfläche deutscher Anti-Westler. Dieser Zusammenhang ist auch den Kreml-Strategen bekannt und wird bewusst für strategische Ziele genutzt. Durch das Schüren antiamerikanischer Ressentiments soll langfristig versucht werden, Deutschland als Partner im Kampf gegen die USA zu gewinnen. Eigens dafür hat die staatliche Nachrichtenagentur Rossija Sevodnija im Zuge des Konflikts ihre Mitarbeiterzahl in Berlin von zwei auf dreißig Personen aufgestockt. Mittels Kampagnen in sozialen Netzwerken und einem deutschsprachigen Ableger des Regierungssenders RT sollen antiamerikanische Ressentiments genutzt werden, um die Deutschen an sich zu binden. Dmitrj Kiseljow, der von Putin dazu bestimmt wurde, die neue Propagandaoffensive zu leiten, spricht ihr Ziel offen aus: Die „Dominanz der angelsächsischen Medien“ soll gebrochen werden. Dass ihre Medienoffensive in Deutschland auf fruchtbaren Boden fallen wird, davon sind auch Sprecher der russischen Regierung überzeugt. Umfrageergebnisse wie die, dass nur 35% der Deutschen die USA als Partner betrachten, dürften auch in Russland zur Kenntnis genommen werden (28). Mit welcher Art von Argumenten die Deutschen überzeugt werden sollen, demonstrierte in einem Interview der oberste Repräsentant der russischen Wirtschaft: „Viele Russen fragen, weshalb Merkel die Vorhut von Obama bildet. Von den Sanktionen profitieren ja am meisten die USA. [...] Europa aber verliert durch die Sanktionen. Und dass Merkel sich darauf einlässt, wird von russischen Normalbürgern so gedeutet, dass die Amerikaner mit ihrer Spionage eben viel Material gegen Merkel gesammelt haben und sie und andere europäische Staatschefs erpressen können.“ Wenn russische Vertreter immer wieder gezielt auf die „NSA-Affäre“ und das diffuse Gefühl der Deutschen von den USA dominiert zu werden, zu sprechen kommen, offenbaren sie, wie genau man in Russland um den Zusammenhang von Russlandbindung und Antiamerikanismus weiß. Auch die ersten, vorerst nur auf You-

Tube verfügbaren Folgen von RT Deutsch widmen sich keineswegs zufällig der NSA.

Kein Wunder also, dass auch nach der Krim-Annexion weniger als die Hälfte der Deutschen eine festere Verankerung im westlichen Bündnis wünschen (29). Dies straft die linke Behauptung Lügen, die Deutschen seien einfach russlandfeindlich. Selbst im Dezember 2014 gaben beim ARD Deutschlandtrend 51% der Befragten an, sie könnten verstehen, dass Russland sich vom Westen bedroht fühlt. Dabei hat der Abschuss von MH17 im Juli vergangenen Jahres die offen angegebenen Sympathien für Russland verringert. Es steht zu vermuten, dass ohne den „Zwischenfall" die Stimmung deutlich offener zugunsten Russlands tendieren würde.

Das Gespenst „Russophobie"

Nie waren die Deutschen in ihrer Mehrheit einfach russophob. Dass sich in linken Kreisen diese Vorstellung dennoch so hartnäckig hält, offenbart nicht zuletzt einen falschen Begriff des Nationalsozialismus und der deutschen Verhältnisse überhaupt. Schon zur Nietzsche-Begeisterung im Kaiserreich gehörte eine Dostojewskij-Versessenheit deutscher Intellektueller, die an religiöse Besessenheit grenzte (30). Sie erblickten in dessen Werk eine literarische Verkörperung eines „russischen Wesens", das sich dem geistlosen und materialistischen Westen, womit zu diesem Zeitpunkt noch das British Empire und nicht die USA gemeint waren, widersetze. Nicht verwirren lassen darf man sich von dem wilhelminischen Geraune vom bevorstehenden Endkampf zwischen Germanen und Slawen. Der Erste Weltkrieg begann aus innenpolitischen Gründen mit einer Kriegserklärung Deutschlands an Russland. Früh war den Verantwortlichen Militärs klar, dass die politisch erstarkte Arbeiterbewegung einer der entscheidenden Faktoren für einen erfolgreichen Krieg war. Der Hass, der sich seitens Sozialdemokratie und Gewerkschaften gegen das reaktionäre Zarenregime richtete, war die „einzig mögliche legitimatorische Brücke, um den Kriegskrediten zuzustimmen und sich aktiv an den Kriegsanstrengungen des Reiches zu beteiligen" (31). Bei der Propaganda gegen das Russische Reich gilt es jedoch, zu beachten, dass sie keineswegs russophob war. Ganz im Gegenteil wurde ein unterdrücktes Volk dargestellt, das einen großartigen Gegenentwurf zum Westen repräsentiere, der sich in den Schriften seiner Dichter und Romanciers materialisiert hätte. In der Selbstdarstellung war es die Berufung Deutschlands, dieses russische Volk und seine großartige „russische Idee" vom Joch des Zaren zu befreien. Das korrespondierte mit der antiimperialistischen Selbstwahrnehmung Deutschlands, die bereits 1898, als Kaiser Wilhelm II. sich in Damaskus zum Schirmherr von 300 Millionen Muslimen erklärte, als ideologische Waffe im Kampf gegen das British Empire ins Feld geführt wurde (32).

Anders als gemeinhin geglaubt, tat selbst die Oktoberrevolution der Begeisterung der deutschen Rechten für Russland keinen Abbruch. Wenn sie nicht gleich aus Sympathien für Lenins Feindschaft gegenüber den Entente-Mächten im Bolschewismus die authentische Verkörperung der russischen Seele erblickten, so sahen sie in ihm, ähnlich wie zuvor im Zarenreich, die Entfremdung von der bewunderten russischen Volksseele. Fast allen hingegen erschien die Sowjetunion als potenzieller Verbündeter im Kampf gegen die verhasste Republik, die Deutschland in ihren Augen zur Kolonie der Entente-Mächte herabwürdigte. Ein Umstand, der von Lenin bewusst genutzt wurde. So sprach er auf dem II. Weltkongress der Kommunistischen Internationalen von einem Endkampf zwischen Weltausbeutern und Ausgebeuteten (33). Zu letzteren zählte er explizit auch Deutschland. Womit die Grundlage für das gelegt wurde, was sich dann zu Phänomenen wie dem Nationalbolschewismus auswachsen sollte. Die Parallelen zu der heutigen Diskussion sind offenkundig. Wie oben gezeigt schürt Russland auch im aktuellen Konflikt, die ohnehin virulente Vorstellung, Deutschland befände sich praktisch noch unter amerikanischer Besatzung.

Dabei hatten die völkischen Denker in Deutschland zu Beginn der 20er Jahre mit einem Widerspruch zu kämpfen. Die zahllosen Strategiepapiere, die während des Krieges kursierten, sahen fast alle vor, die Nationen Ostmitteleuropas von der russischen Herrschaft zu befreien, um sie in einen von Deutschland dominierten Wirtschaftsverband einzugliedern. Im berühmten September-Programm von Reichskanzler Bethmann Hollweg wurde kurz nach Beginn des Ersten Weltkriegs folgendes Ziel ausgegeben, das gewissermaßen eine Vorlage für die europäische Integration darstellt: „Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen(!) und eventuell Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband [...] unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren" (34). Um den Einflussbereich Deutschlands zu vergrößern, war es von Beginn an Teil der Strategie, Staaten in Osteuropa aus dem Russischen Reich zu lösen und der eigenen Einflusssphäre einzugliedern. Dazu gehörte es auch, Aufstände in der Ukraine zu unterstützen und nicht zufällig sah der deutsche Diktatfrieden von Brest-Litowsk die Eigenständigkeit der Ukraine vor. Gleichzeitig sah man sich nach dem Krieg gemeinsam mit Russland in einer Interessengemeinschaft gegen die Westmächte. Dieser Umstand führte zu der widersprüchlichen Situation, dass während deutsche Freikorps-Soldaten auf der Seite der nationalen Bewegungen im Baltikum oder in Polen gegen die Rote Armee kämpften, andernorts die Kooperation mit Russland geplant wurde. Die gleiche Reichswehr, die Freikorps-Verbände integrierte, arbeitete zeitweilig mit Russland zusammen, um bessere Friedensbedingungen gegenüber den Siegermächten erzwingen zu können (35). Neben der geistigen Ostorientierung der Intelligenz der Weimarer Republik bestand bis zum Ende der Republik auch eine militärische Kooperation.

Ambivalenter als meist angenommen ist auch das Verhältnis des Nationalsozialismus zu Russland und der Sowjetunion. Ein interessiertes Missverständnis ist die Behauptung, der ideologische Kern des Nationalsozialismus sei der Antibolschewismus. Geschürt gleichermaßen von denjenigen, die den NS als hypertrophe Vorwärtsverteidigung rationalisieren wollen, sowie Nostalgikern der kommunistischen Bewegung, für die die Bourgeoisie in den 20er Jahren kurz davor stand, vom Proletariat entmachtet zu werden und sich nur noch mithilfe des Nationalsozialismus retten konnte. Dabei spielt in den frühen Reden Adolf Hitlers der Bolschewismus keine herausragende Rolle. Die Marxisten werden einfach neben Sozialdemokraten und Liberalen in die Reihen der „Novemberverbrecher" eingeordnet. Zentrum des Nationalsozialismus war immer der Antisemitismus, der Antibolschewismus bestenfalls davon abgeleitet (36). Deutlich wird dies bei der Person Joseph Goebbels, begeisterter Leser von Dostojewskijs Romanen, der in den frühen 1920er Jahren regelrechte Erlösungsvorstellungen auf Russland projizierte. So schrieb er: „Aus dem Osten kommt der neue Staatsgedanke der individuellen Gebundenheit und verantwortlichen Zucht dem Staate gegenüber" (37). In seinen Augen vollzog sich mit den Kampagnen gegen den Trotzkismus eine nationale Reinigung von jüdischen Elementen in der Sowjetunion. Ähnliche Vorstellungen gab es in den nord-

deutschen Landesverbänden der NSDAP, die stark den Vorstellungen von Georg Strasser zuneigten. Nur mit erheblichem Druck gelang es Hitler, Ende der 20er Jahre seine neuen Vorstellungen vom Lebensraum im Osten durchzusetzen. Bei den divergierenden Vorstellungen auch in zentralen politischen Fragen tritt das hervor, was den Nationalsozialismus gerade ausmacht: Dass er nämlich außerhalb des Antisemitismus kaum einen Aspekt hat, bei dem nicht auch im Zweifelsfall die gegenteilige Position eingenommen werden konnte (38).

Deutsch-Europa und der Osten

Schon seit dem Kaiserreich treten die Mitteleuropa-Pläne deutscher Intellektueller und Politiker in Widerspruch zur gewünschten Annäherung an Russland. Diese sahen vor, Deutschland als „Mittelmacht" zwischen der angelsächsischen Welt und Russland zu positionieren. Dafür war es nötig, die Staaten Mitteleuropas wirtschaftlich zusammenzuschließen. Deutlichen Ausdruck gefunden hat dies in dem oben zitierten Septemberprogramm Bethmann Hollwegs. Deutschlands alte Sehnsucht, Mitteleuropa ökonomisch zu dominieren, um den chronisch defizitären Binnenmarkt zu kompensieren, wurde mit der europäischen Integration Realität. Dabei hatten diese Pläne schon immer die Unterstützung nationalistischer Bewegungen in Ostmitteleuropa zur Folge. So sollen Staaten dem russischen Einflussbereich entzogen werden und daher ist es nur konsequent, dass die EU-Osterweiterungen besonders von Deutschland forciert wurden. Man sollte nicht vergessen, dass Frankreich den Beitritt Polens gerne verschoben hätte, da Mitterand um den Zusammenhang zwischen EU-Erweiterung und Deutschlands Wiedererlangung von politischem und wirtschaftlichem Einfluss wusste. Die aktuell stattfindenden Auseinandersetzungen zwischen Russland und Deutschland um Serbien deuten in eine ähnliche Richtung (39). Gleichzeitig ist die EU nicht zuletzt ein Projekt Deutschlands gewesen, um den USA als wirtschaftliche Großmacht gegenübertreten zu können. Ideologisch entspricht diese Mitteleuropaidee der Suche nach dem dritten Weg zwischen Ost und West. Diese widersprüchliche Situation wird zurzeit in den Kommentarspalten und Feuilletons ausgefochten. Die Kommentatoren können sich nicht so recht entscheiden, ob Russland ein Verbündeter im Aufbau einer multipolaren Welt ist, oder ob man lieber Krokodilstränen über die Verletzung der „territorialen Integrität" der Ukraine vergießen soll.

Übergeht man diesen Widerspruch, der das deutsche Verhältnis zu Russland schon immer zeichnete, ist es nur konsequent, der Versuchung zu erlegen, die Deutschen entweder konsequent als prorussisch oder russophob zu bezeichnen. Dass bei den meisten Umfragen die Deutschen hin- und hergerissen sind, muss unter den Tisch fallen.

Die russischen Horden

Auch wenn es richtig ist, dem Gerede über Russophobie die Sympathien der Deutschen für Russland als dem „Anti-Westler" entgegenzuhalten, wäre es falsch zu verschweigen, dass diese Sehnsucht nicht von Verachtung zu trennen ist. Die Revolte der inneren Natur gegen zivilisatorische Zwänge, präziser: der Widerspruch zwischen dem phänomenalen und funktionalen Menschen, der sich wahlweise im von „Gemeinschaftsneid" gezeichneten Blick auf autochthone Kulturen oder eben auch auf die „Tiefe der russischen Seele" ausdrückt, ist untrennbar verwoben in diffuse Bedrohungsgefühle. Die Gewalt, die die Subjekte genötigt sind sich selbst anzutun, um sich als mit sich selbst identischen, zweckgerichteten Träger der Ware Arbeitskraft behaupten zu können, führt nicht nur zu projektiven Sehnsüchten denjenigen gegenüber, die von ihnen ausgenommen zu sein scheinen. Gleichermaßen bringt sie das Ressentiment gegen die „Unzivilisierten" hervor, als Erscheinung der nackten Angst, die Leistung nicht mehr vollbringen zu können, die einem selbst abgenötigt wird. „Furchtbares hat die Menschheit sich antun müssen, bis das Selbst, der identische, zweckgerichtete, männliche Charakter des Menschen geschaffen war" (40) Die dafür notwendige Verdrängung der Natur kehrt wieder. Schließlich muss „am Unmenschen [...] bekämpft werden, was das Subjekt des Menschenrechts zu zerstören droht. „Minderwertig" ist, wer zur Verwertung nicht taugt". (41) Noch nie wusste der Bürger, jenes Selbst, von dem die „Dialektik der Aufklärung" spricht, ob er lieber beim Schmökern in Karl May-Romanen die Indianer um ihr naturhaftes Leben beneiden oder froh sein soll, dass ihm im Zweifelsfall die Grenzpolizei den „Neger", d.h. die reinen Naturwesen, vom Hals hält. Ersteres wuchs sich aus zum Karneval der Kulturen, die post-68er Variante der wilhelminischen Völkerschau, letzteres zu den ordinären Formen von Protest gegen Einwanderung. Beides kehrt wieder in den Darstellungen von Russland. „Tiefe der russischen Seele" oder anstürmende Horden ungewaschener Alkoholiker. Die diffusen Ängste vor der Bedrohung aus dem Osten, sowie auch das hierzulande gerne bemühte Bild des vergewaltigenden und brandschatzenden Soldaten der Roten Armee zeugen davon ebenso wie die Karikaturen die Putin als Höhlenmenschen darstellen. Nur als beständiges Oszillieren ist das Verhältnis von Sehnsucht und Verachtung zu greifen.

Ideologie und die deutsche Russlanddebatte

Die Ukraine-Diskussion ist ein Lehrstück über Ideologie im Postnazismus. Den Staatszweck zum obersten Kriterium des Meinens erhoben, gelangen die Kommentatoren nie darüber hinaus, im Gegenüber den Repräsentanten fremder Mächte zu sehen. „Ami-Knechte" sollen die Einen sein, „die 5. Kolonne Moskaus" die Anderen. Wie wenig diejenigen, die sich über Russland echauffieren, in ihren autoritären Gelüsten oft von den Herren im Kreml unterscheidet, zeigt sich gerade darin, dass sie doch nur Alexander Dugin, Vordenker der Faschisierung Russlands, paraphrasieren, der überall in Mütterchen Russland die „5. Kolonne des Westens" bei ihrer zersetzenden Arbeit sieht. Zugleich offenbart sich in der Diskussion beinahe idealtypisch, wie sich Ideologie gerade im Widerstreit der öffentlichen Meinung erhält und wie groß das Bedürfnis ist, den Gegner als Spielball fremder Mächte zu sehen, was gleichbedeutend damit ist, jemanden als geistigen Vaterlandsverräter zu denunzieren. Ausgetragen wird bei alledem nur, wie in Zukunft Deutschland mit dem Problem umgeht, dass Russland als Partner eine Möglichkeit ist, den USA politisch entgegenzutreten, aber gleichzeitig der alte Einflussbereich der Sowjetunion, der neue Alte von Deutschland ist und die deutschen Verbündeten, ob in Polen, dem Baltikum oder der Ukraine vor allem ihr Hass auf Russland eint.

Dabei ist in die Debatte auch die Bewunderung Russlands verflochten als dem Land, das der Verwestlichung erfolgreich trotzt, die Deutschland aufgezwungen wurde. Überschriften wie: „Russland leidet am Versailles-Syndrom" (42) zeigen ziemlich genau an, wie es um die projektiven Bedürfnisse von deutschen Zeitungsredakteuren bestellt ist. Das Geschäft der ordinären Linken, die Bundesrepublik als Speerspitze der kriegstreibenden NATO zu sehen, ignoriert die ungeheure Menge an Antiamerikanismus, die die deutsche Debatte prägt, und die durchaus vorhandene Stimmung zugunsten Putins. Deutlich wird bei Äußerungen von Linken wie Gremliza, dass die Sympathie für Russland eine Vergötzung von Souveränität enthält, zu der sich jede Kritik erübrigt. Keineswegs werden die Russen in Deutschland nur als Untermenschen gesehen. Unverkennbar mischt sich in die Verachtung für die Unzi-

vilisierten zugleich der sehnsuchtsvolle Blick auf ursprünglichere Lebens- und Daseinsformen, der mit der Konstitution des bürgerlichen Subjekts aufs innerste verwoben ist. Im Widerstreit dieser Momente vollzieht sich die deutsche Diskussion um Russland, die USA und die Ukraine und nur der Fokus auf die widerstreitenden Momente erlaubt es, die Debatte besser auf den Begriff zu bringen, als es diejenigen tun, die Deutschland entweder einfach als Kriegstreiber sehen wollen oder als Enklave Russlands.

Anmerkungen:

(1) Sören Punjer: Der ewige Anti-Westler, in: Bahamas 69 (2014), S.44-49, S.45.

(2) Gremliza, Hermann: Die Russen kommen, in: Konkret 4 (2014), S.7-8, S.8.

(3) http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-09/russland-putin-meldungen

(4) Vgl. Gruber, Alex: „Nun beginnt der Kampf um die Postmoderne". Alexander Dugin und der russische Aufstand gegen die Vernunft, in: SansPhrase 5 (2014), S.41-55.

(5) So der Name eines Artikels des Magazins „Foreign Affairs" über die eurasische Ideologie von Alexander Dugin. Vgl. http://www.foreignaffairs.com/articles/141080/anton-barbashin-and-hannah-thoburn/putins-brain

(6) Nachzulesen in einem Interview des SPIEGEL: http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-128101577.html

(7) http://www.taz.de/!152564/

(8) http://www.welt.de/politik/ausland/article133997502/Russland-sucht-den-Super-Patrioten.html

(9) Was es wohl über den Mythos der Roten Armee aussagt, dass Veteranen des „Großen Vaterländischen Krieges" mit russischen Neonazis posieren? Vgl. https://twitter.com/A_SHEKH-0VTS0V/status/550732532636188672
Dass Strelkov, der im Gefolge der Neonazi-Organisation „Wolfshunderschaft" in die Ostukraine kam, es bis zum Präsidenten der „Volksrepublik Donezk" geschafft hat, zeigt, was für eine herausragende Rolle diese Gruppierungen beim Krieg in der Ukraine spielen. Vgl. Mitrokhin, Nikolay: Infiltration, Instruktion, Invasion. Russlands Krieg in der Ukraine, in: Osteuropa 64 (2014), Heft 8, S.3-16.

(10) Haben die Produktivkräfte, die Ebene des Mikrochips erklommen, kann eine schwerfällige staatliche Bürokratie nicht die Flexibilität freisetzen, die notwendig ist, um mit der „postmodernen Arbeitswelt" des Westens zu konkurrieren.

(11) Pohrt, Wolfgang: Brothers in Crime. Die Menschen im Zeitalter ihrer Überflüssigkeit, Berlin 2000, S.80.

(12) Ebd.

(13) Neutatz, Dietmar: Träume und Alpträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert, München 2013, S.533-583.

(14) Gremliza: Die Russen kommen, S.9.

(15) http://www.welt.de/wirtschaft/article134166295/Die-unheimliche-Allianz-zwischen-Russland-und-China.html

(16) http://www.bild.de/politik/ausland/wladimir-putin/putins-minister-kontrolliert-filme-tv-internet-39369396.bild.html

(17) Auch Putin gibt sich Mühe, mit solchen Argumenten den Sanktionen in der Öffentlichkeit etwas Positives abzugewinnen. Beispielsweise in dem umstrittenen Interview mit dem NDR-Autor Hubert Seipel. Anzuschauen unter folgendem Link: https://www.youtube.com/watch?v=3EXToQnI75g

(18) http://www.welt.de/debatte/kommentare/article134267571/Russland-und-China-versuchen-es-ohne-Demokratie.html

(19) Dass Russland sich letztlich entschloss, das „South Stream"-Projekt mit der Türkei und nicht mit der EU zu realisieren, zeigt exemplarisch, wie sehr die ideologische Abwendung von der EU auch handfeste ökonomische Konsequenzen nach sich ziehen kann.

(20) Vgl. http://www.welt.de/debatte/kommentare/article131655671/Viktor-Orban-macht-den-Putin-Und-den-Erdogan.html

(21) http://www.focus.de/politik/videos/besuch-in-russland-geplant-kremlchef-putin-hofiert-nordkoreas-diktator-kim-jong-un_id_4411401.html

(22) Alexander Dugin hat treffend erkannt, dass an dieser Stelle Heidegger, die Postmoderne und der Antirassismus zusammenlaufen. So bezeichnet er es als rassistisch, westliche Standards auf Russland anzuwenden und fordert die Anerkennung des „Anderen", verknüpft dies jedoch zugleich mit Heidegger. Vgl. Anmerkung 6.

(23) https://www.kyivpost.com/content/russia-and-former-soviet-union/the-moscow-times-church- spokesman-russia-has-messianic-mission-to-stop-american-project-376120.html

(24) Das wird dankend von denjenigen aufgegriffen, die in Westeuropa gegen die juristische Aufwertung homosexueller Partnerschaften demonstrieren.

(25) http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/frankreich-mit-putins-werten-13331741.html

(26) http://www.spiegel.de/politik/deutschland/usa-spionage-durch-cia-und-bnd-kolumne-von-jakob-augstein-a-980252.html

(27) http://online.wsj.com/articles/the-u-s-germany-spying-scandal-1405035992

(28) http://www.welt.de/wirtschaft/article131499923/Kreml-startet-Propaganda-Offensive-in-Deutschland.html

(29) Von den Befragten wünschten sich 49% eine mittlere Position zwischen Ost und West. Nur 45% hingegen sprachen sich dafür aus, Deutschland solle fest im Westen verankert bleiben. Vgl. http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2014/april/

(30) Koenen, Gerd: Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900-1945, München 2005, S.44.

(31) a.a.O., S.51.

(32) http://www.zeit.de/2014/30/erster-weltkrieg-dschihad-kaiserreich

(33) Schon während des Krieges sprach sich Lenin für eine Kooperation des Deutschen Reiches mit Russland aus, um eine pax americana zu verhindern. In seinen Augen war der Staatskapitalismus Deutschlands einer kommunistischen Gesellschaft viel näher als die liberalen Gesellschaften der Entente. Was ihm die berechtigte Kritik jener radikalen Linken einbrachte, die einen Sturz der deutsch-preußischen Despotie herbeisehnten. Exemplarisch dafür steht der junge Ernst Bloch, der in einem bemerkenswerten Text in seinem Schweizer Exil während des Krieges folgendes festhielt: „während die Entente mindestens das kleinere Übel, ja sogar eine Leiter ist, wie sich denn überhaupt der ganze Marx'sche Gesellschaftsbegriff englisch-liberaler darstellt, als es gemäß der Verschleierung durch den [...] Staatssozialismus den Anschein hat." aus: Bloch, Ernst: Kampf nicht Krieg, Frankfurt am Main 1985, S.88.

(34) Bethmann an Delbrück, 16.09.1914: DZA Potsdam, RK, Gr. Hq. 21, Nr. 2476, zitiert nach: Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 2009, S.99.

(35) Exemplarisch dazu der Chef des Truppenamtes General von Seekt: „Nur im festen Anschluss an ein Groß-Russland hat Deutschland die Aussicht auf Wiedergewinnung seiner Weltmachtstellung." Tatsächlich kam es zu einer kontinuierlichen und konspirativen Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee in den folgenden Jahren. Vgl. Koenen: Russlandkomplex, S.290-296.

(36) Als bewusstloses Werkzeug der „Goldenen Internationale" nämlich.

(37) Zitiert nach: Koenen: Russlandkomplex, S.400.

(38) Vgl. Koenen: Russlandkomplex, S.387-410.

(39) http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-krise-eu-fordert-russland-sanktionen-von-serbien-a-1003988.html

(40) Adorno/Horkheimer: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt am Main 1969, S.40.

(41) Bruhn, Joachim: Was deutsch ist. Zur Kritischen Theorie der Nation, Freiburg 1994, S.90. Zu dem Thema empfiehlt sich das ganze Kapitel „Unmensch und Übermensch", das auch als pdf-Datei auf der Internetseite des Ça Ira-Verlags abrufbar ist: http://www.isf-freiburg.org/verlag/leseproben/bruhn-deutsch_lp.html

(42) http://www.welt.de/debatte/kommentare/article134620157/Putins-Russland-leidet-am-Versailles-Syndrom.html

Fürther Geschichtslegenden

Das Dokumentationszentrum für Ludwig Erhard

von Siegfried Imholz

Nicht nur Sarah Wagenknecht (in *Freiheit statt Kapitalismus*) bemüht sich um das Erbe Ludwig Erhards: In seiner Geburtsstadt Fürth sind nach ihm Straßen, Museen, und Schulen benannt. Mit einer kunstgewerblichen Büste ist er in die Reihe der ehrenwerten Gesellschaft der Stadt aufgenommen worden. Mit der Entscheidung, in seinem Geburtshaus für 10 Mio. € ein Dokumentationszentrum einzurichten, erreicht die Geschichtsklitterung um Erhard ihren vorläufigen Gipfel.

Man rechne mit einer Eigenbeteiligung von etwa 500.000 €, so Oberbürgermeister Thomas Jung und das sei, klamme Stadtkasse hin oder her, geradezu ein Schnäppchen angesichts des „Imagegewinns". Nach eigenen Worten schämt sich Jung für seine ehemaligen sozialdemokratischen Kollegen im Fürther Stadtrat. Die hatten Erhard aus guten Gründen zweimal die Ehrenbürgerschaft verweigert. Die neue SPD-Stadtratsfraktion und der Oberbürgermeister hingegen sind Mitglied im „Initiativkreis Ludwig Erhard Haus". Gesponsert von Unternehmern und angeführt von der Hobby-Historikerin Kurz bemüht dieser sich seit Jahren ein Erhard-Bild zu vermitteln, das mit der historischen Wahrheit nur wenig zu tun hat.

Unkenntnis der Geschichte, die krampfhafte Suche nach einer nebulösen „Fürther Identität" sowie die Verdrängung unangenehmer Wahrheiten bilden einen Nährboden für geradezu groteske Geschichtslegenden. Man kann nur hoffen, dass man darüber in 30 Jahren den Kopf schütteln wird – und nicht, wie Jung in seiner Stellungnahme vom März 2013 dekretierte, über die Weigerung, bei diesem „Zentrum von nationaler Bedeutung" (Jung) mitzumachen (1).

Der Erhard-Mythos - ein Gemisch aus Verdrängung, Verschweigen, Schutzbehauptungen und Halbwahrheiten (2)

Zu seinem 80. Geburtstag im Februar 1977 überraschte Erhard die Öffentlichkeit mit der Wiederentdeckung seiner verschollen geglaubten Denkschrift von 1943/44 mit dem Titel *Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung*. Der Staatsrechtler und Historiker Theodor Eschenburg (SS-Mitgliedsnummer 156004) stellte sie als Dokument des Widerstands vor. Erhard habe es Carl Friedrich Goerdeler übergeben, bevor der nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 verhaftet wurde und sich in große Gefahr gebracht. Erhard selbst legte noch eins drauf. Im Vorwort behauptet er, der Adressat sei in erster Linie Goerdeler gewesen. Schon in den 60er Jahren hatten Mitarbeiter Erhards verbreitet, dieser habe „engen Kontakt zu Goerdeler gehabt und dem Widerstand mit wirtschaftspolitischen Denkschriften zugearbeitet" (3).

Goerdeler, der reaktionärste Kopf des 20. Juli 1944, war von 1934/35 Reichskommissar für Preisüberwachung, äußerte sich 1936 anerkennend über Erhards Unterstützung für die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten (4). Tatsächlich korrespondierte Erhard mit ihm und lud ihn, wie auch die Frau des ersten Bundespräsidenten, Elly Heuss-Knapp, Anfang der 30er Jahre gelegentlich als Referenten für sein Institut ein. Für die Behauptung, er habe seine Denkschrift *Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung* 1943 Goerdeler persönlich übergeben, sie gar für den Widerstand verfasst, gibt es bis heute, abgesehen von Erhards eigener Aussage, nicht den geringsten Beweis.

Sicher hingegen ist, dass die Reichsgruppe Industrie (RGI), die Erhards Institut finanzierte, die Denkschrift in Auftrag gegeben hat. Ihre Adressaten waren u.a. Friedrich Flick, Philipp F. Reemtsma, Fritz Jessen (Siemens), Oswald Rösler (Deutsche Bank), Heinrich Dinkelsbach (Vereinigte Stahlwerke), Carl Goetz (Dresdener Bank), Wilhelm Zangen (Mannesmann). Sie repräsentierten eine Gruppe der deutschen Industrie, die die Kriegs- und Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten vorbehaltlos unterstützt und durch die Ausbeutung von Zwangsarbeitern und Rüstungsaufträge traumhafte Gewinne erzielt hatte. Angesichts der drohenden militärischen Niederlage galt es nun Konzepte für die Nachkriegsplanung zu erstellen.

Wie die „Männer des 20. Juli 1944" trieb auch diese Herren die Sorge vor „revolutionären Erschütterungen wie 1918/19" und die damit verbundene Gefährdung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse um. Der Unterschied: Die einen meinten, man müsse dazu zunächst Hitler beseitigen, die anderen wollten wesentliche Teile des nationalsozialistischen Staatsapparates, der SS und die Spitzen der Konzerne und Banken einbeziehen.

Konsens zwischen Erhard und der SS – die Rettung des deutschen Kapitalismus

Erhard hatte seine Vorschläge zur Rettung des deutschen Kapitalismus wiederholt mit Otto Ohlendorf und dessen Referenten Karl Günter Weiss diskutiert. Ohlendorf, SS-Brigadeführer, war 1941 Chef der Einsatzgruppe D und bis 1945 Leiter des SD-Nachrichtendienstes Inland im Reichsicherheitshauptamt. Er war verantwortlich für die Bekämpfung der Opposition und kann damit kaum dem Widerstand zugerechnet werden. Im Oktober 1943 wurde er zum Stellvertreter des Staatssekretärs Franz Hayler im Reichswirtschaftsministerium ernannt und sollte sich besonders auf die Konzipierung und Koordination der Nachkriegsplanungen konzentrieren (5). „An die Stelle des bürokratischen Lenkungsapparates müsse nach der Niederlage ein aktives und wagemutiges Unternehmertum" treten; mit dieser Auffassung Ohlendorfs wusste sich Erhard einig (6). 1951 wurde Ohlendorf von den Amerikanern wegen Mordes an 90.000 Ukrainern hingerichtet.

Ludolf Herbst beschrieb 1977 in den „Vierteljahresheften für Zeitgeschichte" das Verhältnis zwischen dem Massenmörder Ohlendorf und Ludwig Erhard: „Es gab bei allen Unterschieden in den welt-

anschaulichen Voraussetzungen so viele Berührungspunkte, dass nicht nur eine Zusammenarbeit als möglich erschien, sondern eine ganze Reihe prinzipieller wirtschaftspolitischer Grundpositionen Erhards in das mit der Abteilung Ohlendorfs abgesprochene und somit als Bestandteil der koordinierten Planung des Reichswirtschaftsministerium anzusehende Planungsprogramm der Reichsgruppe Industrie, eingehen konnten." (7)

Erhards Biograf Volker Hentschel fasst zusammen: „Ebenso nachdrücklich wie Erhard einer Verstaatlichung der Produktionsmittel widerriet, trat er für die Verstaatlichung der privaten Unternehmensschulden und für die öffentliche Finanzierung der privatwirtschaftlichen Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft ein. Der Staat solle zu den eigenen auch die kriegsbedingten Bankschulden der Industrie übernehmen und sie gemeinsam mit den eigenen Schulden konsolidieren. Denn die Industrie erfülle ja, sagt Erhard, im Krieg eine ihr „vom Staat im Auftrag des Volkes zugewiesene Funktion" (8).

Ein rücksichtsloser Karrierist und Opportunist

Der Sohn eines Fürther Textilkaufmannes hatte 1925 bei Franz Oppenheimer in Frankfurt promoviert. 1928 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter in das von Wilhelm Vershofen geleitete Nürnberger Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware eingetreten und wurde ab 1933 auch mit Geschäftsführungsaufgaben betraut. Im selben Jahr suchte er auch nach „angemessenem Wohnraum". Er findet ihn – protegiert durch verwandtschaftliche Bande – als Mieter in einer Villa in Fürth Dambach, Forsthausstr. 49. Die jüdischen Besitzer Hans und Wilhelm Kohnstamm hatten sie verkaufen müssen, um nach der Machtergreifung der Nazis rechtzeitig aus Deutschland fliehen zu können.

Erhard verfügte über enge Verbindungen zur Konsumgüterindustrie, zu den Organisationen des Groß- und Kleinhandels und hatte engen Kontakt zu Großindustriellen wie Philipp F. Reemtsma und Wilhelm Rudolf Mann, Vorstandsmitglied der IG-Farben AG. Besondere Beziehungen besaß Erhard zur Führungsspitze der Reichsgruppe Industrie. Karl Albrecht, der die Außenwirtschaftsabteilung der RGI leitete, war Mitherausgeber der Zeitschrift des Vershofen-Instituts. Der Hauptgeschäftsführer der RGI, Karl Guth, war Erhards Schwager (9).

Noch 1932 hatte Erhard in der linksbürgerlichen Zeitschrift *Das Tagebuch* einen Beitrag Hjalmar Schachts (10), in dem dieser wesentliche Elemente der faschistischen Wirtschaftspolitik skizzierte, mit scharfer Polemik abgelehnt (11). Aber bereits Anfang 1934 hatte er sich den neuen Verhältnissen angeschmiegt: In der Zeitschrift *Die Deutsche Fertigware* verkündete er: „Die bejahende Einstellung zum neuen Staat und zur neuen Wirtschaft bedeutet hier mehr als ein Lippenbekenntnis" (12).

1937 übernahm Ludwig Erhard Aufträge von verschiedenen Zweigen der Reichsgruppe Industrie für branchenspezifische Preiskalkulationen. Im Folgejahr setzte Reichskommissar Josef Bürckel den 41jährigen Erhard für die Evaluierung des gesamten Rationalisierungs- und Einverleibungsprozesses in Österreich ein. Bürckel, zwischen 1939 und 1940 Gauleiter in Wien, war für die „geordnete" Enteignung jüdischer Vermögen (13) in Österreich und die Massendeportationen der Wiener Juden verantwortlich. Erhard war vermutlich sachverständig, weil das Institut in *arisiertem* Besitz residierte. 1939 vollzog das Institut zur Wirtschaftsbeobachtung – wie Nürnbergs Bürgermeister Eickemeyer lobte – „einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Entjudung in der Stadt der Reichsparteitage", durch die Übernahme von drei Gebäuden aus jüdischem Besitz. Als Bürckel nach der Eroberung Frankreichs ab März 1941 zum Chef der Zivilverwaltung Lothringens aufstieg, ließ er sich wieder von Erhard beraten und verschaffte ihm einen Dauerauftrag zur Überwachung der Reorganisation und Germanisierung der gesamten lothringischen Wirtschaft (14). In der offiziellen Erhard-Biografie verharmlosend als „Betreuung" bezeichnet, bestand Erhards Aufgabe in der reibungslosen Eingliederung dieser Industriebereiche in die deutsche Kriegswirtschaft.

Dass Erhards Professur an seiner Weigerung der deutschen Arbeitsfront beizutreten gescheitert und er deshalb als Mitarbeiter des „Instituts für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware" in Nürnberg, einer Vorläuferin der GFK, entlassen worden sei, ist eine jener Legenden mit denen er nach 1945 seine Vita vernebelte. „Erhard hat seine Habilitationsschrift nie eingereicht. Die Nazis hatten damit nichts zu tun[...]. Mit seinen Auslassungen zur „Krisenüberwindung" die weniger erarbeitet als empfunden waren, [...] konnte er aus wissenschaftlichen Gründen nicht habilitiert werden" (15). Seine Entlassung aus dem Vershofen-Institut war die Folge eines simplen Kompetenzstreits mit seinem Chef. 1942 verlässt Ludwig Erhard nach einem langwierigen Streit mit dem Direktor des Instituts und seinem Mentor Wilhelm Vershofen das Institut in Nürnberg (16).

Mit Hilfe „gestandener Männer der deutschen Wirtschaft", so Erhard, unter ihnen Wilhelm Zangen (Mannesmann - Generaldirektor und Leiter der RGI), Karl Blessing (Vorstandsmitglied der Kontinentalen Ölgesellschaft und Mitglied des „Freundeskreises Reichsführer SS"), und Schwager Karl Guth habe er nach seiner Entlassung dem Vershofen-Institut wieder Fuß gefasst. D ie RGI eröffnete dem arbeitslosen Wissenschaftler nicht nur, wie Erhard in einem Exposé für Ohlendorf ausführte, „durch mittelbare Unterstützung [...] die Möglichkeit zur Begründung des Instituts für Industrieforschung". Sie stellte dem ebenfalls in Nürnberg errichteten Institut auch 150.000 RM jährlich zur Verfügung.

1939/1940 reichte Erhard beim Reichswirtschaftsministerium eine Denkschrift über binnenwirtschaftliche Probleme der Kriegswirtschaft ein und bereiste in den Folgejahren im Auftrag des RGI okkupierte Gebiete in Elsass-Lothringen und Polen, um Möglichkeiten der wirtschaftlichen Nutzung für die deutsche Kriegsindustrie zu eruieren. Erhard erstellte eine Reihe Gutachten, in denen er die Kriegswirtschaft der Nationalsozialisten rückhaltlos bejahte: „Der totale Krieg erforderte die stärkste Konzentration aller Kräfte" (17).

Über seine Berichte war der Auftraggeber, die Haupttreuhandstelle Ost – die Institution, die die Enteignung des polnischen Vermögens organisierte – voll des Lobes. Erhard hatte linientreu die Polen als günstige Arbeitssklaven eingeschätzt: „Der polnische Arbeiter hat sich ja als willig und fleißig erwiesen, wenn auch seine Leistung nicht an reichsdeutschen Mäßstäben zu messen ist. Das ist der Ausfluss der Erziehung und rassisch bedingter Eigenschaften" (18). Den Kontakt mit der „minderwertigen Rasse" wollte er angemessen entschädigt wissen und fordert eine Gehaltserhöhung, denn er müsse „in polnischen Quartieren schlafen oder in Wartesälen zwischen der polnischen Zivilbevölkerung übernachten, wodurch ein Schutz vor Infektionskrankheiten nicht gewährleistet ist." (19)

Erhards Tätigkeiten von 1933 -1945 (20):

Dezember 1938	Wirtschaftsberater	Kommandostelle des Gauleiters Josef Bürckel für die Wiedervereinigung Österreichs und dem Deutschen Reich
Jahreswende 1939/40	‚Beiträge zur Kriegswirtschaft' (Denkschrift)	Reichswirtschaftsministerium
1940	Studie über die wirtschaftlichen Möglichkeiten der eroberten Ostgebiete für die Kriegsproduktion	Haupttreuhandstelle Ost
März 1941	Überwachung der Reorganisation und Germanisierung der lothringischen Wirtschaft	Josef Bürckel jetzt Chef der Zivilverwaltung Lothringens
Juli 1941	‚Die Wirtschaft des neuen deutschen Ostraumes', Vorbericht	Haupttreuhandstelle Ost
1942	Gründung des Nürnberger Institutes für Industrieforschung	Erhard befasst sich mit der Situation der Wirtschaft im Krieg und wird vor allem von Siemens finanziert.
1943	Auftrag des Reichskommissariats Ostland zur Überprüfung wirtschaftlicher Entscheidungen	Reichskommissariats Ostland und Reichsministerium für Bewaffnung und Munition
1943/ 44	Studie „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung"	Reichsgruppe Industrie Auftraggeber der Studie war Dr. Guth
1.1.1945	‚Der Staatshaushalt in der Volkswirtschaftlichen Bilanz'	Reichsgruppe Industrie

Nach 1945 – Protegé der alten Nazikämpfer...

Nach einem kurzen Intermezzo als Verantwortlicher für die Fürther Wirtschaft setzte ihn die amerikanische Militärregierung am 28. September 1945 als Wirtschaftsminister der provisorischen bayerischen Regierung ein. Erhard selbst hatte sich sofort nach dem Einmarsch der US-Streitkräfte in Fürth am 19. April 1945 den neuen Herren angeboten. Das ging ohne Schwierigkeiten, da er trotz Unterstützung des Nazi-Systems kein Mitglied der NSDAP war. Dass er „eine amerikanische Entdeckung" gewesen sei, ist falsch und gehört zu jenen Legenden, mit denen er sich später schmückte (21).

Eine seiner ersten Bemühungen als bayerischer Finanzminister war, seinen ebenfalls von den Amerikanern eingesetzten Staatssekretär Georg Fischer (KPD) (22) aus dem Amt zu treiben. Mit dem neuen Ministerpräsidenten Hoegner (SPD) verband Erhard eine tiefe Abneigung gegen die Gewerkschaften. Gemeinsam sorgten sie dafür, dass im Wirtschaftsbeirat des Ministeriums, weniger Vertreter der Arbeitnehmerorganisation als jene der Unternehmer Stimmrecht besaßen. Die Gewerkschaften boykottierten daraufhin das Gremium (23).

Georg Fischer übergab dem Alliierten Kontrollrat in Berlin, Wilhelm Hoegner, Erhard und dem Gewerkschafter Gustav Schiefer eine Zusammenstellung von etwa dreißig im Wirtschaftsministerium tätigen ehemaligen Nazis. „Vom Blutordensträger des Hitlerputsches vom November 1923 bis zum Rüstungsbeauftragten der Hitlerschen Kriegswirtschaft war alles vertreten", erinnert sich Fischer (24). Nach den Ermittlungen wurden 13 Personen, unter ihnen 10 leitende Beamte, sofort entlassen. Gegen 41 weitere wurden Verfahren aufgrund des „Gesetzes Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" vom 5. März 1946 eingeleitet. Von mehreren Zeugen wurde ausgesagt, dass im Ministerium offene Stellen für Nazis freigehalten wurden und Erhard die Anweisung gab, deren Entlassung als Versetzung oder Pensionierung zu interpretieren (25). „Die Vorwürfe, die in der Öffentlichkeit gegen das Wirtschaftsministerium erhoben wurden und unter anderem zu einer lebhaften Kontroverse zwischen dem früheren Wirtschaftsminister Dr. Ludwig Erhard und der Presse geführt hatten, haben sich als berechtigt erwiesen. Es war ein offenes Geheimnis, dass in den Räumen der Prinzregentenstraße [...] ein rückschrittlicher Geist herrschte, der von verschiedenen Personen in leitender Stellung gefördert wurde." (26)

Auf Antrag der SPD, veranlasst durch massive öffentliche Proteste, wurde am 31. Januar 1947 eine Untersuchungskommission eingesetzt. Sie sollte Korruptionsfälle in Erhards Ministerium überprüfen. Sie kommt zu einem vernichtenden Ergebnis: Zu den Korruptionsvorwürfen und Schiebereien in Erhards Ministerium äußert Dr. Alois Schlögel (CSU) im Landtag: „Erhard hat in der Bayerischen Wirtschaftsverwaltung ein Chaos hinterlassen, in dem Milliardenwerte von Rüstungs- und Wehrmachtsgütern untergegangen sind. [...] Seine Eignung als Minister ist gleich Null (27).

Bei den Landtagswahlen am 1. Dezember 1946 errang die CSU die absolute Mehrheit. Für Erhard ein Glücksfall, der ihn die peinliche Entlassung ersparte, da jetzt die Regierung ohne ihn neu gebildet wurde. Sein Nachfolger Rudolf Zorn beklagte, Erhard sei das Opfer eines ausufernden Denunziantentums geworden, eine Interpretation, die von der späteren Geschichtsschreibung oft ungeprüft übernommen wurde (28).

Doch Erhard sollte bald entschädigt werden. Einen Tag, nachdem er im Rundfunk seine Kritiker als „Verleumder, Ehrabschneider und Pharisäer" bezeichnet hatte, wurde er am 7. November 1947 vom Kultusminister Alois Hundhammer zum Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität München ernannt. Auch hier hatte der Opportunist vorgesorgt: Schon während seiner Fürther Zeit hatte er Kontakt zum Kreis um den Nationalökonomen Adolf Weber aufgenommen. Weber, seit 1921 Lehrstuhlinhaber für Volkswirtschaft an der Münchner Universität, hatte die Nazi-Herrschaft problemlos überstanden und galt als konservativer und antikommunistischer Verfechter der „freien Marktwirtschaft".

Am 2. März 1948 wurde Erhard zum Direktor der bizonalen Wirtschaftsverwaltung gewählt. Es war kein Zufall, dass er sich dort mit Dr. Prentzel (29), ein ehemals führender IG Farben-Vertreter, 1948 als Leiter der „Verwaltung Wirtschaft" in der Bizone wiederfand und beide die Entflechtung der IG Farben-Industrie im Interesse der deutschen Chemiekonzerne in Angriff nahmen. Nach alliierten Gesetzen waren Kriegsverbrecher für die Besetzung solcher Posten grundsätzlich auszuschließen, doch Erhard, verantwortlich für Entscheidungen in Personalfragen, wiegelte ab: „bei vielen Deutschen (sei) eine innere Wandlung erfolgt. Im Himmel sei mehr Freude über einen reuigen Sünder als über 1000 Gerechte" (30). Seinem Fürther Freund, dem NSDAP-Stadtrat und Arisierer Gustav Schickedanz, stellte er schon im Juni 1946 einen der begehrten Persilscheine aus: „Ohne die Entscheidung des Spruchkammerausschusses auch nur im geringsten beeinflussen zu wollen, stellt sich mir Herr Schickedanz als ein typischer Mitläufer dar, der aber in jeder Phase der Entwicklung dem System innerlich widerstrebte" (31).

Erhard ernannte 1949 Ernst Kutscher zu seinem persönlichen Referenten. Alle Vorwürfe Kutscher sei ein hoch belasteter Nazi-Täter wies Erhard mit der Begründung zurück, dieser sei ja von der Spruchkammer entlastet worden. Ernst Kutscher (NSDAP Mitglied seit dem 1. Mai 1933) hatte am 3. und 4. April 1944 auf der Tagung der Judenreferenten in Krummhübel, zum Thema „Die Propagandathesen im Rahmen der antijüdischen Auslandsaktion" gesprochen. Seine Leitsätze „Die Juden sind die Urheber des Krieges. Sie haben die Völker in den Krieg hineingetrieben, weil sie an ihm interessiert sind. – Die Juden sind das Unglück aller Völker. – Ein jüdischer Sieg würde das Ende jeder Kultur sein (Beispiel Sowjet-Union). – Kämpft Deutschland gegen den Juden, so tut es das nicht nur für sich, sondern für die ganze europäische Kultur." Aufgrund seiner Tätigkeit bei den Nationalsozialisten war Kutscher vom Frankfurter Wirtschaftsrat schon 1947 seines Postens enthoben worden (32).

Nicht anders verfuhr Erhard im Fall des ehemaligen Oberscharführers der SA, Friedrich Louis. Gegen die Bedenken des Bundesinnenministeriums wurde Louis Ministerialrat im Wirtschaftsministerium. Es handle sich um „hochqualifizierte Fachkräfte" und man müsse „der allseits erstrebten endlichen Beendigung der Entnazifizierung" Nachdruck verleihen, notierte Erhard 1951 (33).

Im Winter 1949/50 wurde Dr. Ludger Westrik Erhards Staatssekretär. Wieder ein alter Bekannter aus dem Arbeitskreis der Reichsgruppe Industrie: Von 1933 bis 1945 Wehrwirtschaftsführer und Generaldirektor der Vereinigten Aluminium Werke AG (VAW), wurden unter seiner Leitung Zwangsarbeiter mit einer selbst für die damalige Zeit unglaublichen Rücksichtslosigkeit und Brutalität ausgebeutet. Unter ihnen Kinder unter 13 und alte Menschen über 60 Jahren. Westrick 1941: „Solange die Kriegsfanfaren dröhnen, hat die deutsche Leichtmetallindustrie nur ein Ziel[...] Deutschlands Endsieg!" Bis 1966 blieb er im Amt. Zuletzt als Staatssekretär in Erhards Bundeskanzleramt und Bundesminister für besondere Aufgaben.

„Wir haben uns doch ganz schön von Katastrophe zu Katastrophe heraufgerappelt", kommentierte der „Volkskanzler" während seiner Amtszeit von 1963 bis 1966 jeden Hinweis auf deutsche Kriegsschuld und Nazi-Verbrechen und fand damit die Zustimmung der meisten Landsleute.

Auf eine Anfrage der *Linken* zitiert die Bundesregierung 2011 aus der Habilitationsschrift von Bernhard Löffler (34) aus der hervorgeht, dass von 204 Spitzenbeamten in Erhards Bundeswirtschaftsministerium von 1949 bis 1962 mehr als die Hälfte eine NS-Vergangenheit hatten. Vier von ihnen waren bereits vor 1933 Mitglied der NSDAP, 29 Prozent seit März 1933 und 20 Prozent seit 1937. Sie waren im Dritten Reich NS-Rotten-, bzw. Scharführer, SA-Obersturmführer und SA-Sturmbannführer, vier gehörten der Reiter-SS an und sieben der allgemeinen SS, ein weiterer war SS-Rottenführer. „Ihre beruflichen Karrieren begannen und festigten über 60 Prozent der untersuchten Ministerialbeamten (von den Abteilungs- und Unterabteilungsleitern sogar fast 85 Prozent) in den Reichsministerien oder anderen öffentlich rechtlichen Dienststellen vor 1945, etwa ein Fünftel davon (von den Abteilungs- und Unterabteilungsleitern 45 Prozent) war bereits vor 1933 eingestellt worden" (35).

...und Bremser bei Rückerstattungen geraubten jüdischen Vermögens

Am 19. April 1949 stellte Philip Rosenthal nach jahrelanger Verschleppung seiner Ansprüche bei der amerikanischen Militärregierung und dem Bayerischen Amt für Vermögenskontrolle den Antrag, die Vorstandsmitglieder seines von den Nazis geraubten Unternehmens Dr. Albert, und Dr. Zöllner (CSU) sowie die Aufsichtsräte Dr. Krämer (36) und Freiherr von der Tann zu entlassen. „Den letzten Anschub in diese Richtung dürften Hinweise gegeben haben, nach denen sich bestimmte Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder noch bis 1948 mit überzogenen Vergütungen und Dividenden versorgt hatten und nun versuchten, Aktienvermögen in die französische Zone zu verschieben, um sie dadurch dem Zugriff der amerikanischen Militärregierung zu entziehen. Gleichzeitig zahlte man an den Anwalt der Firma eine Vergütung von 10.000 DM und stellte diesem 90.000 DM für einen Hausbau zur Verfügung" (37).

Vergeblich versuchte der bayerische Wirtschaftsminister Hans Seidel, die Militärregierung daran zu hindern, dem Antrag Rosenthals statt zu geben. Jetzt trat Ludwig Erhard auf den Plan: In einem Brief an das Office of the Military Government for Germany (US) (OMGUS) in Berlin, forderte er, die Entscheidung rückgängig zu machen. Die Rosenthals, so Erhard, hätten durch ihre Anträge große Unsicherheit in die deutsche Wirtschaft gebracht. An der Seriosität des jetzigen Aufsichtsrats habe er keinen Zweifel. Er verschwieg, dass er seit 1947 einen Beratervertrag für die AG in der Tasche hatte und dafür mit 12.000 DM jährlich von den alten Kameraden honoriert wurde. Das ließ die Militärregierung erheblich an Erhards Integrität zweifeln und sie stufte ihn als käuflich ein (38).

Der „Vater der D-Mark" war bei ihrer Zeugung gar nicht anwesend...

Hartnäckig hält sich auch die Legende, Erhard habe mit der Erfindung der D-Mark und der Aufhebung der Preiskontrolle gegen den Willen der Militärverwaltung der Amerikaner, die Deutschen zu Wohlstand und Freiheit geführt. Von ihm stammt nicht einmal der Name der neuen Währung.

Richtig ist, im Oktober 1947 wurde Erhard Vorsitzender der „Sonderstelle für Geld und Kredit", in Bad Homburg. Sie unterstand den Militärbehörden und legte im Februar 1948 einen ersten Entwurf für ein Währungsgesetz vor. Der Organisator der Währungsreform war allerdings der 27 Jahre alte amerikanische Leutnant Edward Tenenbaum. Nicht zuletzt seine Doktorarbeit mit dem Titel „Nationalsozialismus gegen internationalen Kapitalismus" hatte ihn für seine Aufgabe qualifiziert.

Im November 1947 traf sich Tenenbaum mit Erhard und seinen Mitarbeitern zu einem Gespräch über die anstehende Währungsreform. Erhard stimmte zu, gab allerdings zu verstehen, dass die Ausarbeitung der Details den Deutschen zu überlassen sei. Darin sollte er sich allerdings gründlich irren. Der unter seiner Ägide 1947/48 ausgearbeitete Homburger Plan, der offizielle deutsche Währungsreformplan, wurde von den Alliierten nahezu vollständig übergangen. Erhard legte Anfang März 1948 den Vorsitz der Kommission nieder.

Die deutschen Experten, die sich ohne Erhard von April bis Juni 1948 im „Konklave von Rohwesten" an der organisatorischen und technischen Durchführung der Währungsreform für Westdeutschland beteiligten, glaubten anfänglich, deren inhaltliche Bestimmungen im Sinne des Homburger Plans beeinflussen zu können. Groß war deshalb die Ernüchterung auf deutscher Seite, als Tenenbaum einen zwischen den Alliierten ausgehandelten Entwurf zur Währungsreform sowie der entsprechenden Gesetze vorlegte, nach denen die Arbeiten zu gestalten waren (39). „Erhard erfuhr", so der heutige Leiter des Museums „Währungsreform", Bernd Niesel, „ vermutlich wie jeder andere Deutsche von der Einführung der DM durch den Rundfunk."

Das hinderte Erhard allerdings nicht daran, sich selbst, den Orden des Vaters der DM an die Brust zu heften. Mit dem sicheren Gespür eines durchtriebenen Abstaubers, das ihm schon bei seiner Karriere unter den Nazis geholfen hatte, begrüßte er als erster Politiker die neue Währung in einer Rundfunkansprache, ohne mit einem Wort zu erwähnen, wie und durch wen sie zustande gekommen war (40).

Die von Erhard angeblich gegen den Willen der Amerikaner aufgehobenen Preiskontrolle kommentiert der ehemalige CIA-Mitarbeiter in der Wirtschaftsverwaltung der Militärregierung, Peter Sichel: „Erhard hätte ohne die Zustimmung der Amerikaner gar nichts durchsetzen können. Seine Rolle bei der Währungsreform war allenfalls zweitrangig".

....und ein erklärter Feind der Gewerkschaften und Intellektuellen

Als Direktor der Verwaltung für Wirtschaft startete Erhard ab März 1948 seine wirtschafts-liberale Offensive. „Nichts ist in der Regel unsozialer als der sogenannte Wohlfahrtsstaat, der die menschliche Verantwortung erschlaffen und die individuelle Leistung absinken läßt", war sein Credo für eine ungebremste Marktwirtschaft.

Die Preise steigen, die Verbrauchsteuern werden erhöht. Erhards Politik diente allein dem Ziel, die Kapitalbildung der Unternehmen zu fördern. Darin sah er den Königsweg zu dynamischem Wirtschaftswachstum. Die Kaufkraft der Bevölkerung wurde rasch abgeschöpft. „Das ist das praktische Resultat Ihrer Politik, dass Sie die Menschen zur Verzweiflung treiben durch das, was Sie Freiheit nennen", begründete der SPD-Abgeordnete Erwin Schoettle im Wirtschaftsrat den Antrag seiner Fraktion, Erhard aus dem Amt zu entlassen. Geschäftsboykotts und Massenkundgebungen erschütterten die Westzonen. Erhard jedoch weist die Kritik als „hysterisches Gekeife der Kollektivisten aller Sorten" zurück. Daraufhin riefen die Gewerkschaften am 12. November 1948 zum bisher einzigen Generalstreik in der Bundesrepublik auf. Das Ziel: Schluss mit der Preistreiberei, Sturz des „Wirtschaftsdiktators" (41).

Am 21.3.1962 verkündete Erhard seinen „Appell zum Maßhalten" mit einer Rundfunkansprache. Er warnte vor einer angeblich aggressiven Lohnpolitik, die ein unverkennbares Dahinschwinden der internationalen Wettbewerbskraft unserer Wirtschaft zur Folge habe. Das hatte er unter dem Beifall seiner christdemokratisch-christsozialen Parteigänger schon eine Woche vorher im Bundestag behauptet. Die Stoßrichtung war klar: Es ging gegen die Gewerkschaften, gegen deren, wie der Wirtschaftsminister es sah, Machtgelüste.

Sein gestörtes Verhältnis zu Intellektuellen aus dem linken Lager belegen Erhards berüchtigte Schimpfkanonaden mit denen er 1965 die Literaten, die zur Wahl der SPD aufgerufen hatten, verunglimpfte: „Es gibt einen Intellektualismus, der kippt um in Idiotie." Rolf Hochhuth, der in seinem Theaterstück *Der Stellvertreter* die Kumpanei zwischen Vatikan und Nazis thematisiert hatte, fertigte er rüde mit „Da hört der Dichter auf, da fängt der ganz kleine Pinscher an", ab (42).

Der Historiker Karl Heinz Roth kam schon 1995, nachdem er neu aufgefundene Schriften Erhards ausgewertet hatte, zu dem Ergebnis: „Der Erhard-Mythos ist ein Gemisch aus Verdrängung, Verschweigen, Schutzbehauptungen und Halbwahrheiten [...] Sie [die aufgefundenen Dokumente] verweisen auf einen Ökonomen, der die Kriegswirtschaft der NS-Diktatur rückhaltlos bejahte und es sich zur Aufgabe machte, ihre Strukturen binnenwirtschaftlich und annexionspolitisch zu effektivieren" (43).

Anmerkungen:

(1) *Fürther Nachrichten* vom 4.3.2013.

(2) Karl Heinz Roth: *Das Ende eines Mythos...* in *1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*'. Ausgabe 4/ 95. S. 55.

(3) Roth, a.a.O. S. 54.

(4) Goerdeler hatte sich schon in der Novemberrevolution als Freikorpsoffizier beim Abschlachten der Berliner Arbeiter „bewährt". Hannah Arendt konstatiert ihm und insbesondere seinen Gedanken zur ‚Judenfrage' „gewisse Übereinstimmungen" mit Adolf Eichmann. Vgl. Hannah Arendt: *Eichmann in Jerusalem.* München/Zürich 2011, S.191.

(5) Wolfgang Schuhmann: *Politische Aspekte der Nachkriegsplanung des faschistischen deutschen Imperialismus in der Endphase des zweiten Weltkrieges* in *ZfG*, 1978, S.394 ff.

(6) Andrej Angrick: *Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941-1943.* Hamburger Edition, Hamburg 2003, S. 181.

(7) Ludolf Herbst: *Krisenüberwindung und Wirtschaftsordnung – Ludwig Erhard Beteiligung an den Nachkriegsplanungen am Ende des zweiten Weltkrieges* in *vfz* 3/1977. S. 305 ff.
(8) Volker Hentschel: *Ludwig Erhard ein Politikerleben.* München 1996.
(9) Michael Brackmann: *Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder.* Essen 1993. S. 155-159.
(10) Schacht war 1933 Reichsbankpräsident und 1934-1937 Wirtschaftsminister der Nationalsozialisten. Vgl. Hjalmar Schacht: *Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik.*
(11) Dieter Mühle: *Ludwig Erhard.* Berlin 1965, S.23.
(12) Mühle, a.a.O. S.37.
(13) Nach dem Einmarsch der Nationalsozialisten war es in Österreich zu Raubzügen auf jüdischen Besitz gekommen. Die NSDAP beauftragte Bürckel „gesetzliche Formen" des Raubes einzuführen. Viele dieser Methoden wurden später im Reichsgebiet angewendet. Bürckel unterstützte bereits 1939 Adolf Eichmann bei der Durchführung der ersten Massendeportationen. Am 22. Oktober 1940 ließ er in der Wagner-Bürckel-Aktion über 6000 Juden aus Baden und der Saarpfalz in Konzentrationslager deportieren, u. a. in das Camp de Gurs. Von den Deportierten kamen viele bereits in den ersten Wochen infolge der Strapazen durch Hunger, Kälte und Nässe um.
(14) Nach Otto Köhler: *Wie Ludwig Erhard im Januar 1945 zusammen mit dem später gehängten SS-Einsatzgruppenführer Otto Ohlendorf die Soziale Marktwirtschaft erfand* in *Junge Welt* vom 19.9.2009.
(15) Hentschel, a.a.O. S. 22.
(16) Ludwig Erhard am 10.4.1963 im ZDF, s.o. Herbst, a.a.O. S. 322.
(17) Ludwig Erhard, zit. n. Roth, a.a.O. S.64.
(18) Ludwig Erhard: *Die Wirtschaft des neuen deutschen Ostraums,* Juli 1941, zit. n. Christian Gerlach *Ludwig Erhard und die „Wirtschaft des neuen deutschen Ostraumes"* in *Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik.* Nr. 13, Berlin 1997. S. 254.
(19) Brief Erhards an Eickemeyer vom 14.5.1941, Stadtarchiv Nürnberg C 18/II zit. n. Gerlach a.o.a.O. S. 249.
(20) Gerlach a.o.a.O. S. 241ff.
(21) Volkhard Laitenberger: *Ludwig Erhard – der Nationalökonom als Politiker.* Göttingen 1986, S. 44.
(22) Georg Fischer (KPD) war ab dem 17.1.1946 Staatssekretär im Wirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard. Am 15. Juni 1946 wurde er wegen „des illegalen Grenzübertritts in die sowjetische Besatzungszone" von der Besatzungsbehörde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt und am 17. Juni entlassen. Fischer hatte mit anderen Parteimitgliedern an einer KPD Konferenz in Berlin teilgenommen.
(23) Mühle, a.o.a.O. S.79
(24) Georg Fischer: *Vom aufrechten Gang eines Sozialisten. Ein Parteiarbeiter erzählt.* Berlin/Bonn 1979.
(25) SOPADE Informationsdienst (Hrsg. SPD Parteivorstand) vom 27. 2.1947, Denkschrift Nr. 7. *Das bayerische Wirtschaftsministerium unter Dr. Erhard,* zit. i. Mühle a.o.a.O. S. 175.
(26) *Die neue Zeitung* vom 6.1.1947.
(27) Bernd Engelmann: *Wie wir wurden, was wir sind.* München 1982. S. 167f.
(28) U.a. in Laitenberger, a.a.O. S. 52f.
(29) Felix Alexander Prentzel: Ab 1941 durch Vermittlung des Wirtschaftsministeriums als Militärverwaltungsoberrat im Wirtschaftsstab Ost des Oberkommandos der Wehrmacht. Er war zuständig für die Ausbeutung der besetzten Gebiete der Sowjet-Union. Prentzel organisierte hier u. a. große Kohletransporte. Später wurde er in die Zentrale des Feldwirtschaftsamtes nach Berlin zum Leiter der Industrieabteilung im Rang eines Obersten berufen. Vgl. Wolf Mechthild: *Prentzel, Felix Alexander* in: *Neue Deutsche Biographie* 20, 2001, S. 699f.
(30) Janis Schmelzer: *Des Mörderkonzerns williger Helfer - Ludwig Erhard und die IG FARBEN* in http://www.cbgnetwork.org/818.html, 3.2004.(31) Vgl. Eckart Dietzfelbinger: *Warum braune Flecken kein Makel bleiben: Anmerkungen zum Fall Gustav Schickedanz* in *Transit 2,* 2008, S. 31-37.
(32) Bernhard Löffler: *Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis. Das BMWi unter Ludwig Erhard* in *Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte.* Beiheft 162, Stuttgart 2002, S. 205. So wie Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik,* München 1999, S. 321 und Eckart Conze, Norbert Frei (Hrsg.): *Das Amt und die Vergangenheit,* München 2010, S. 575 ff.
(33) Bernhard Löffler: a.o.a.O.
(34) Bernhard Löffler, a.o.a.O. S. 173ff.
(35) Bernhard Löffler, a.o.a.O. S. 578.
(36) Dr. Krämer, Vorstandsmitglied der Bayerischen Hypotheken und Wechselbank wurde am 14.8.1933 in den Aufsichtsrat der *Rosenthal AG* berufen und war der Hauptdrahtzieher der Arisierung des Unternehmens. Die Unternehmensleitung bestand auch nach 1945 aus den gleichen Personen, die sich in den 30er Jahren das Unternehmen angeeignet hatten. Vgl. Anm. 37, Lillteicher: *Die Rückerstattung...* S. 119ff.
(37) Jürgen Lillteicher: *Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg,* 2002. S. 124.
(38) Zit. n. Lillteicher a.a.O. S. 125f.
(39) *Jüdische Allgemeine* vom 19.6.2008.
(40) *Unser Wirtschaftswunder – die wahre Geschichte* ein Film von Christoph Weber ARD 15.7.2013.
(41) *Der Tag X in Handelsblatt vom* 25.6.06.
(42) Georg M. Haffner (Hrsg.): *Die Skandale der Republik.* Hamburg 1994. S. 87.
(43) Roth, a.a.O. S. 55 und S. 61.

Impressum

Medieninhaber:
Institut für Sozialkritik Freiburg e.V.

Einzelheft:
3,50 € (inkl. Versand)
über info@ca-ira.net – Bezahlung gegen Rechnung

Mitglieder des Instituts für Sozialkritik Freiburg erhalten die Pólemos kostenlos, siehe www.isf-freiburg.org

Bankverbindung:
Sparkasse Freiburg,
BLZ: 680 501 01, Kto.: 122 201 77
IBAN: DE 9368 0501 0100 1222 0177
BIC: FRSP DE66

Adresse der Redaktion:
Redaktion Pólemos
c/o Institut für Sozialkritik
Günterstalstr. 37
79102 Freiburg

Kontakt zur Redaktion:
redaktion.polemos@googlemail.com

Internetadresse:
www.kritischetheorie.wordpress.com

Verlag und Auslieferung:
ça ira-Verlag
79002 Freiburg, Postfach 273
info@ca-ira.net
www.ca-ira.net

Die Physik als reale Theologie der verzauberten Welt

Zum Briefwechsel zwischen Leibniz und Clarke

von Jörg Finkenberger

Physik als Paradigma des bürgerlichen Denkens. Was die bürgerliche Vernunft für ein Ding ist, davon gewinnt man einen Begriff, wenn man sich ihre Aporien ansieht.

In ihrer klassischen Ausprägung, als positive Wissenschaft, als Wissenschaft par excellence, als Naturwissenschaft, erscheint sie als über jeden Ideologieverdacht erhaben; gerade weil sie angeblich nur von den toten Dingen handelt, weil sie ihrem Gegenstand die Beseeltheit abspricht, ihn als Objekt ins Auge fasst, scheint sie gleichzeitig außerhalb der menschlichen Dinge zu stehen und nichts anderes zu sein, als die äußerste und unhintergehbare Konsequenz der Aufklärung. Die Naturwissenschaft hat, scheint es, der Welt das Mirakel gründlich ausgetrieben; es scheint als habe die Aufklärung, deren Programm nach Max Weber die Entzauberung der Welt gewesen sein soll, wenigstens in der Naturwissenschaft dieses Programm erfüllt.

Das aufgeklärte Denken, oder das, was aus ihm wurde, hätte das Wort Paradigma eigens erfinden müssen, um sein Verhältnis zur Physik beschreiben zu können. Sogar die kopernikanische Wende wurde zur Metapher in dem Maße, in dem sie zum Vorbild wurde; und der Positivismus hat zuletzt dem Ganzen bleibende, weil gedankenlose Gestalt verliehen, indem ihm das als fraglos erscheint, was für die früheren Aufklärer noch Gegenstand erregter Debatten war. Im Positivismus erscheint das bürgerliche Denken als das Ende seiner eigenen Geschichte, und als ihr letzter Zweck.

Der Positivismus ist deshalb nicht der Glaube der Naturwissenschaft selbst; deren Akteure kennen nur zu tief die beunruhigenden Widersprüche in der Struktur des von ihnen verwendeten Denkens. Spätestens seit den 1920er Jahren befinden sich die Grundlagen der Mathematik in einer Art Dauerkrise; und was zuletzt aus der theoretischen Physik wurde, die äußerst freimütig gesteht, wie viel methodische Willkür sie aufbieten muss, um mit ihrem Programm weiterzukommen, ersieht man leicht daraus, dass in eben dem selben Maße dieses Programm ihr abhanden zu kommen droht; weil die Masse dessen, was jenseits der Erklärung nur mehr beschrieben werden kann, sich immer mehr verdichtet.

Der Positivismus ist vielmehr die Religion derjenigen, welche sich die beunruhigenden Aporien der bürgerlichen Vernunft vom Halse halten wollen und müssen. Dasselbe Alltagsdenken ist es, das sich über die Verhältnisse der Ökonomie trösten lassen will – von den Ökonomen. Die Kritik in der Nachfolge von Karl Marx hat bereits einige sehr deutliche Worte darüber gefunden, wie wenig die ökonomische Wissenschaft ihres eigenwilligen Gegenstandes Herr werden kann (1). Betrachten wir nun, weil es vielleicht von Interesse ist, zur Abwechslung einmal die positivistische Leitwissenschaft, die Naturwissenschaft, und hier die Physik als die Naturwissenschaft par excellence, mit demselben Blick.

Das Programm der klassischen europäischen Physik

Das Programm der klassischen europäischen Physik beruht auf dem einfachen, klaren und nahezu evidenten, und eben deshalb tief ideologischen Prinzip, dass es in der Welt der toten Dinge mit Ursachen und Wirkungen zugeht. Zwischen dem einen und dem anderen muss es eine Verknüpfung geben in der Weise, dass nicht nur jede Wirkung einer Ursache zugeordnet werden kann, sondern auch die Ursache in der jeweiligen Wirkung irgendwie enthalten sein muss. Leibniz hat dieses philosophische Postulat formuliert im Satz vom zureichenden Grunde, wonach sich nichts ereignet ohne einen zureichenden Grund, warum es sich ereignet und sich nicht vielmehr nicht ereignet.

Dieser Satz ist so wenig einfach und selbstverständlich, dass er vielmehr in seinem Fortgang ganz widersinnig wird; er hat einer Physik zur Grundlage gedient, die im weiteren Fortgang dazu kam, mit ihren eigenen Begriffen Erscheinungen beschreiben zu müssen, in denen dieser Satz in keiner Weise mehr zutrifft. Man möge mir deshalb nicht einwenden, dass dieser Satz der heutigen Physik nicht mehr zur Grundlegung dient; das ist nur eine Banalität, die verbergen soll, dass die Physik später genötigt war, von ihrem eigenen Ausgang nichts mehr wissen zu wollen. Die Begriffe, die die Physik zu gebrauchen genötigt ist, von Raum und Zeit, Masse und Kraft, sind auf diesen Satz gegründet und enthalten ihn; die Physik mag wollen oder nicht. Wir werden später darauf zurückkommen.

In diesem Satz versteckt sich eine Untiefe, so trivial er auch scheinen mag. Zureichend ist ein Grund nur dann, wenn er seine Wirkung schon in sich enthält; da wir es hier mit Größen zu tun haben, die quantitativ bestimmt werden sollen, muss der Satz die Forderung nach einer Äquivalenz enthalten. In der Natur muss demnach die Ursache ihrer Wirkung vollauf äquivalent sein. So erscheint die Veränderung, die unterschieden nach Ursache und Wirkung sich vollzieht, als ein Wandel der Formen: in den Wirkungen bleibt die Ursache enthalten (2). Wie zentral dieser Grundsatz ist, zeigt sich an der Wichtigkeit der Erhaltungssätze in der Physik (3): die Zusammenhänge zwischen der Geschwindigkeit eines Körpers und der Höhe, aus der er fällt bzw. in die er steigt, konnten etwa von Galilei nur aufgrund dieses erkenntnisleitenden Prinzips gefasst werden.

Die weitere Entwicklung insbesondere der Wärmelehre zeigt nun allerdings auf, dass es eine ganze Reihe von Prozessen gibt, in denen von einer Äquivalenz nicht mehr gesprochen werden kann. Wenn man den Unterschied von Temperaturen als eine physikalische Größe fasst, wird eine Temperaturangleichung nach dem Fourierschen Gesetz zu einem Vorgang, in dem diese Größe ohne eine ihr äquivalente Wirkung verschwindet. Das ist beunruhigend genug; in dieser Hinsicht scheint die-

ser Satz nicht zu gelten. Beunruhigender ist allerdings die Einsicht, dass dieses seltsame Resultat überhaupt nur formulierbar ist auf Grund dieses Satzes: denn woher nimmt man die physikalischen Begriffe der Wärmelehre, wenn nicht aus der Physik, die ihren Energiebegriff ohne diesen Satz nie hätte finden können? Halten wir also fest, dass die Reichweite dieses Satzes für die klassische Physik wohl von einigem Interesse sein sollte.

Ein erstaunliches Dokument

Der Zufall mit seinem bösartigen Humor will es nun, dass genau die Frage der Reichweite des Satzes vom zureichenden Grunde Gegenstand eines der denkwürdigsten Dokumente in der Geschichte der Physik wurde: dem sogenannten Briefwechsel, besser wäre zu sagen: dem Kampfschriftenwechsel zwischen Leibniz und Clarke (4).

Auf der einen Seite: G.W. Leibniz, der bedeutende Mathematiker, Physiker und Philosoph; auch Jurist und, wie man heute sagen könnte, Politikberater; der in fast allen Disziplinen bedeutendes geleistet hat, ein Universalgenie, wie man im Deutschen sagt. Auf der anderen Seite: Samuel Clarke, Theologe; er vertritt hier keinen geringeren als Isaac Newton, den Physiker und Mathematiker und Präsidenten der Royal Society for Sciences, auch Mitglied des House of Commons und zeitweise Direktor der königlichen Münze (5). Newton und Leibniz, die Begründer der Infinitesimalrechnung, zwei der größten Geister ihrer Zeit; erhabene Ikonen der Physik. Die Briefe allerdings laufen über das Sekretariat der Fürstin Caroline von Wales, einer Schülerin von Leibniz, wie es heißt; in Wahrheit dürfte sie allerdings gerade so gelehrt gewesen sein wie der ganze Rest des gekrönten Gesindels.

Und der Grund dafür war: Leibniz hatte, besorgt über das Überhandnehmen von Newtons Lehre, diesen bei der Fürstin, und damit der Obrigkeit, schlicht denunziert: sein System vertrage sich nicht mit der Religion. Diese hatte die Anklage an den Hofprediger weitergeleitet: eben Clarke, einen Newtonianer, zur Einlassung und Verteidigung; und so verlief dieser Disput unter den Augen der Staatsgewalt. (Clarke gab ihn hernach auch angemessen als Buch heraus: mit der üblichen hündischen Dankadresse an seine Majestät. Die sich, wäre es je mit rechten Dingen zugegangen, aus der ganzen Sache herauszuhalten gehabt hätte! Gott und der Staat saßen Gericht über eine Vernunft, welche angeblich auf den zwanglosen Zwang des besseren Argumentes allein vertraut. Tatsächlich blühte diese Blume aber von je her am besten unter der Protektion der Krone: der Denunziant, der Angeklagte und das Gericht waren einander wert. Die große frühe Epoche der Aufklärung begann und endete gleichzeitig mit den Hexenprozessen)(6).

Der Briefwechsel ist Fragment geblieben: den Austrag der Sache erlebte der Kläger nicht mehr. Leibniz starb 1717. Newtons Nachfolger auf dessen Lehrstuhl will gesehen haben, dass Newton sich auf die Nachricht die Hände rieb und bemerkte: Clarkes letzter Brief habe ihm wohl das Herz gebrochen. Beide Kontrahenten gingen einander auf den Tod -das ist nicht weiter verwunderlich. Und wer zuletzt der unangenehmere von beiden war, das ist hier nicht zu beurteilen. Beide hielten sich fest zu Thron und Altar; beide zitieren zum Beleg (es wird davon noch die Rede sein) ausgiebig die Bibel; und beide beschuldigen den anderen, unter der doppelten Form der wissenschaftlichen Auseinandersetzung und des juristischen Schriftsatzwechsels (denn darum handelt es sich eigentlich), dass er der Religion schade. Newton, der finstermystische Christ, der nach seiner Optik nur noch über das Buch Daniel und ein paar damit zusammenhängende Apokryphen arbeitete, und Leibniz, der Lobredner der besten aller möglichen Welten: mit dem, was Aufklärung angeblich ist, haben sie beide wenig zu tun. Um so interessanter vielleicht, was diese beiden Patriarchen der aufklärerischen Physik sich, der Krone und der Nachwelt so zu sagen haben: über Gott und, vor allem, über die Welt.

Gott, die Welt und das wahre Maß der Bewegung

Und der Aufhänger ist wiederum ein wirrer Zufall: in einigen wenigen unkorrigiert ausgelieferten Exemplaren der Erstausgabe von Newtons Optik steht der Satz, der Raum sei das sensorium Gottes zur Wahrnehmung der Welt (7). Im Großteil der Auflage hatte Newton diesen Satz getilgt und durch die Formel ersetzt, der Raum sei „wie" ein solches sensorium. Leibniz besaß wohl eines der wenigen Exemplare der ursprünglichen Fassung (8). Daran hing Leibniz seinen Vorwurf auf (9), und gleichzeitig gibt uns das einen ersten Eindruck von dem Ton dieses Briefwechsels, und darüber hinaus vom Denken dieses klassischen Zeitalters der Physik.

Leibniz dagegen hält dafür, dass Gott kein Organ braucht, um die Welt wahrzunehmen; gleichzeitig wirft er Newton vor (10), sein Gott sei offenbar ein ganz merkwürdig ungeschickter Handwerker, der seine Welt ständig durch sein direktes Eingreifen in Gang halten müsse. Wir erinnern uns: wir stehen am Heraufdämmern des Deismus, Gott ist Uhrmacher geworden, und Leibniz ist sein Prophet. Inmitten des ersten Briefes (oder Schriftsatzes) von Leibniz erscheint uns zu dieser altmodischen Lehre die physikalische Grundlegung, oder sollte ich sagen: als Grundlegung eines physikalischen Weltbildes. Leibniz stützt seine Uhrmacherthese auf den Erhaltungssatz der physikalischen Kräfte (11), welche nur von einer Materie auf eine andere übergehen. Und in diesem steten Wechselspiel beweist sich dann wiederum die wohl unvermeidliche schönste Harmonie et cetera (für den Rest siehe Voltaires Candide ou l'optimisme).

Und hier sind wir nun mitten in der physikalischen Kontroverse dieser Zeit, nämlich um den Begriff der Kraft und das wahre Maß der Bewegung. Diese Kontroverse liegt weniger in einem damals etwa noch mangelhaften Verständnis physikalischer Zusammenhänge begründet, welche wir späteren überwunden hätten, sondern im Objekt. Und dies so sehr, als dass der Streit noch nach Jahrzehnten nicht zu einem Ende gelangt und in letzter Instanz erst nach D'Alemberts Werk „einschläft"(12); wer sich einmal die erste Schrift in Weischedels Kant-Ausgabe ansieht, bekommt eine grobe Idee, worum es dabei geht.

Der Kern der Kontroverse ist, ob eine Bewegung nach der Geschwindigkeit oder nach dem Quadrat ihrer Geschwindigkeit gemessen werden müsse. Der ersten Ansicht verdankt die Schulphysik den Begriff des Impulses. Es hat sich jedoch auch etabliert, die Bewegung nach ihrer Beschleunigung zu messen; Leibniz nannte das „tote Kraft" im Gegensatz zu der „lebendigen Kraft", die er nach dem Quadrat der Geschwindigkeit maß. Diese Größe ist etwas ähnliches wie die spätere kinetische Energie oder die Arbeit (13).

Masse, Kraft, Ursache, Wirkung

Der Begriff einer Kraft erfordert zunächst als sein Korrelat den Begriff einer Masse. Galilei hatte, bei seiner mathematischen Analyse gleichförmig beschleunigter Bewegungen (seine berühmten Fallexperimente), zwar bereits als abstraktes Maß der Bewegung ihre Beschleunigung benutzt; er versuchte allerdings nicht, über die Kinetik, die mathematische Beschreibung der Bewegung, hinaus zu kommen. Erst die Annahme einer Masse ermöglichte die spätere, Dynamik genannte Beschreibung von Ursachen der Bewegung. Diese Trennung von Ursache und Wirkung, welche die korrelierenden Begriffe von Kraft und Masse

induzierte, erscheint als der Schlussstein an dem Gebäude der klassischen europäischen Physik; und der Prozess, in dem die Klärung der Begriffe Masse und Kraft betrieben wurde, als das heroische Zeitalters dieser Denkschule oder Wissenschaft.

Gleichzeitig werden die ideologischen Grundlagen des Gebäudes sichtbar: und der Satz vom zureichenden Grunde, den Leibniz aufstellt und (nicht zuletzt in diesem Briefwechsel) erbittert verteidigt, zeigt sich als sein eigentliches Systemprogramm. Kraft und Masse sind, die Kontroverse zeigt es, alles andere als selbstverständliche Begriffe, sie sind vielmehr ideologisch bis ins Innerste. Die Dynamik verlangt die Trennung von einer Kraft als der Ursache der Bewegung, und der Masse, als dem Substrat, auf die sie wirkt. Und die Debatten darüber, in welchem Verhältnis die Ursache zur Wirkung stehe, nimmt denn auch die Form gelehrter theologischer Disputationen darüber an, wie viele Engel auf einer Nadelspitze Platz fänden. Und nicht nur die Form.

Denn alles in dieser Kontroverse ist Theologie. Und nicht nur Theologie: unmittelbar neben mechanischen Erörterungen stehen etwa, für uns Heutige irritierend, solche über die Freiheit des menschlichen Willens; und es zeigt sich, wie sehr die klassische Physik in ihren Grundlagen mit dem ganzen des bürgerlichen Weltbildes zusammenhängt.

Wie z.B. die Masse überhaupt zu beschreiben ist, ist alles andere als klar. Ist die Trägheit eine Eigenschaft der Masse, oder nur etwas ihr eingepflanztes? Und woher weiß ein Körper, wann er sich zum Beispiel im Zustand der gleichförmigen Bewegung befindet? Irgendwie muss also die Masse mit dem Raum verknüpft sein. Was aber ist dann ein Raum ohne Masse? Leibniz leugnet denn auch das Vakuum, was ihm allerdings leicht fällt: ohnehin betrachtet er hierfür offenbar Licht auch als Materie (14).

Der Newtonianer dagegen hält den Raum für unabhängig von der Materie, im übrigen auch die Zeit. Er beweist das damit, dass es z.B. Gott freigestanden hätte, alle Dinge auch anderswo zu erschaffen, oder auch zu einer anderen Zeit. Demgemäß sei auch eine absolute Bewegung zu denken, eine Bewegung etwa des ganzen Universums, von der im Universum keine Wirkungen zu spüren wären. (Und Leibniz bezweifelt ganz zu Recht, dass so etwas weise und vernünftig gewesen wäre: ein solcher Unterschied, der keinen Unterschied macht.) Clarke schließt daraus, dass Raum und Zeit Mengen sind, die wiederum Räume und Zeiten enthalten; und dass sie demnach etwas anderes sind als der Inbegriff der Lagerung der Dinge. Damit stützt er den Atomismus, den Leibniz wiederum verwirft: Masse ist für diesen an den Körper, das heißt den von Materie gefüllten Raum gebunden, was wiederum theologisch begründet wird. Das physikalische Argument, der empirische Befund wird zur Fortsetzung der Theologie mit anderen Mitteln: das kommt, weil Leibniz den Ehrgeiz hat, die Gegenstände der Metaphysik letztgültig zu beweisen.

Der leere Raum, Newtons quasi sensorium, ist nun das blanke Gegenteil: der Raum, wie Leibniz ihn versteht, kann nicht sein ohne Körper, die ihn ausfüllen. Der Begriff Raum ist für ihn ansonsten sinnlos. Newtons Raum repräsentiert Gottes anwesende Transzendenz; und dieser Raum erfordert eine vom Begriff der Masse unabhängige Fähigkeit der Körper, sich im metrischen Feld zu orientieren, eben die Trägheit; die erfordert den ausdehnungslosen Massepunkt, da die Körper und der von ihnen eingenommene Raum nichts miteinander zu tun haben dürfen. So sind die Konzepte bis hin zum Atomismus auf der einen, zum Naturgesetz auf der anderen Seite theologisch grundiert; so steckt die theologische Aporie schon von vornherein in den Begriffen, aus denen Kant dann seine Aporien der reinen Vernunft macht: denn in dieser Kontroverse führt jede Seite zu unlösbaren Schwierigkeiten, auch die von Gedanken her konstruierte, rationalistische Position von Leibniz.

Probleme des Programms

Clarkes Entgegnungen auf Leibniz machen diesem denn auch schwer zu schaffen; der Satz vom zureichenden Grunde ist nur schwer zu verteidigen. Das Programm, das er umreißt, ist das des Deismus, einer zwar von einem Gott (mit allen seinen positivreligiösen Insignien) geschaffenen Welt, die aber nichtsdestotrotz (als geschaffene) von ihren Anfangsbedingungen nichts mehr weiß. Ihre Entwicklung steht unter dem Naturgesetz von Ursache und Wirkung; jede Wirkung begreift ihre Ursache in sich; und so lässt sich jeder frühere Zustand aus dem späteren erschließen, allerdings nur zurück bis zur Schöpfung. Die Schöpfung der Welt selbst steht außerhalb dieses Zusammenhangs, so wie Gott und etwa die Kategorien Wunder und Gnade außerhalb der Welt und ihrer Gesetze stehen. Die Anfangsbedingungen der schönen Maschine sind in ihrer Mechanik nicht mehr enthalten.

Denn diese Welt ist vielmehr perfekt in diesem Sinne, dass sie auch ohne das direkte Dazwischentreten Gottes funktionieren kann; wenn ein solches, was nicht ausgeschlossen ist, doch geschieht, dann verdankt sich das nicht der Notwendigkeit, sondern der Gnade. Nach der physikalischen Seite hin bleiben so die Kräfte, also die Ursachen der Bewegungen, erhalten.

Dagegen führt etwa der Newtonianer, ganz im Sinne des alten Empirikers, das Beispiel eines voll plastischen Stoßes an: zwei Körper prallen mit gleicher Masse und gleicher Geschwindigkeit aufeinander. Sie verformen sich und bleiben liegen. Wo ist die Kraft? Oder, wenn man einwenden mag, dass sich am Betrag der Kräfte nichts geändert hat (weil eine Kraft von sage 1 und eine von konsequent -1 vorgelegen hat, welche zusammen 0 sind, und sich im Verfolg des Stoßes auch praktisch zu 0 addiert haben): wo ist die Energie? Denn Leibniz beschreibt die Bewegung, wir haben es gesehen, gerne durch das Quadrat der Geschwindigkeit: also mv^2. Das ist von der Dimension der Energie (15).

Leibniz weiß darauf nur zu entgegnen: die Energie (die er Kraft nennt) sei auf die kleinen Teile übergegangen. Das klingt nach der Thermodynamik: die Körper haben sich erwärmt, die Moleküle schwingen stärker (16). Ein bloßer Formwandel der Energie also? Dann hätte Leibniz recht gehabt. Aber Clarke wollte beweisen, dass über die Zeiten gerechnet, die Summe der „Kräfte" im Universum eben doch abnimmt, und deshalb die Kräfte durch Eingreifen Gottes immer wieder hergestellt werden müssten, weil sonst schließlich Stillstand einträte. Und wenn wir weiterdenken, kommt Leibniz tatsächlich in Schwierigkeiten, denn er will ja gerade beweisen, dass die Bewegung im Universum ohne Eingreifen Gottes erhalten bliebe. Was hat er dann von seiner Bewegung der kleinsten Teilchen? Gerade hat er, mit großem Erfolg, Bewegung in Wärme verwandelt. Wie soll diese Wärme, die Bewegung der kleinsten Teilchen, wieder in den Stand kommen, ganze Planeten oder auch nur die kleinen Kügelchen aus weichem Wachs anzutreiben, mit denen der große Physiker seine Experimente mit plastischen Stößen veranstaltet?

In der Tat ist die Konsequenz dieses Argumentes beunruhigend; denn die Kräfte, die im Universum wirken, bleiben bei Leibniz zwar erhalten, aber sie zersplittern sich auf die kleinen Teile, so dass die Summe der gerichteten Kräfte in der makroskopischen Dimension, das heißt eben die Ordnung der Welt, tendenziell abnimmt. 150 Jahre später hat Clausius das im zweiten Hauptsatz der Thermodynamik formuliert: die Entropie eines geschlossenen Systems strebt

einem Maximum zu. Wo sind hier der zureichende Grund und die volle Äquivalenz von Ursache und Wirkung geblieben? Der fein und chaotisch im Raum zersplitterten Energie, der Bewegung der kleinsten Teilchen ist es nicht mehr anzusehen, ob sie aus einer Supernova stammt oder aus dem mechanischen Experiment eines puderbezopften Universalgenies. Und am Horizont der Entropielehre ist kein Gott mehr, dass er sich, wie der Gott Newtons und Clarkes, der im Chaos versinkenden Welt erbarme – schade eigentlich um die schöne Ordnung der Dinge.

Wir aber wollen nicht weiter spotten, sondern einfach feststellen: mit dem Satz vom zureichenden Grunde war es nichts. Die Wirkung enthält am Ende nichts mehr von der Ursache. Damit entfällt im Letzten auch die säuberliche Trennung von der gestifteten Ordnung und dem Akt der Stiftung, und die gesetzliche Ordnung, das Biotop des Bürgers, erweist sich als etwas der Gewalt des Souveräns direkt unterworfenes. Leibniz hat die Konsequenz gefürchtet, denn sie lief auf die Liquidierung der Willensfreiheit hinaus, entweder auf den Materialismus der Mechanisten, oder auf einen Theismus, dessen Gott in die geschaffene Sphäre eingreifen muss. Die Lehre der Mechanisten, die er als atheistisch begreift, bekämpft er; und Newton wirft er vor, dieser den Boden zu bereiten. Es ist nämlich ein ganzes Stück Sendungsbewusstsein in ihm: bereits im zweiten Brief wirft er ihm gerade heraus vor, seine Lehre von der Theodizee nicht zu akzeptieren. Leibniz sieht sich selber als das letzte Bollwerk gegen den Atheismus, als den einzigen, der die Religion retten kann, indem er ihre Wahrheit beweist.

Ad Maiorem Dei Gloriam

Die moderne Wissenschaft hat einen manischen Zug. Man muss sich nur einmal die gelehrten Herren des 17. und 18. Jahrhunderts betrachten, wie sie, vom Glauben an das Wirken eines Gottes getrieben, sich aufmachten, die Spuren seiner Herrlichkeit in der Welt zu finden; man muss sich nur einmal Linné vorstellen, wie er durch die niedrigen Büsche der lappländischen Tundra kriecht, um auch noch das letzte Kraut zu sammeln, zu beschreiben, zu katalogisieren; nach Ähnlichkeit zu sortieren, mit lateinischen Namen zu versehen, nach Species, Genus, Familia, Ordo zu klassifizieren, und das alles, ohne an eine Verwandtschaft, an eine gemeinsame Abstammung zu glauben; was seiner Arbeit in unseren heutigen Augen überhaupt erst ihren Sinn gäbe. Sondern im Gegenteil: Linné war von der Unveränderlichkeit der Arten überzeugt.

Oder Tycho Brahe: ein Mystiker und erbitterter Gegner des Kopernikanismus, der sein Leben damit verbringt, den Mars zu beobachten und seine Position in eine Tabelle einzutragen, nur weil er ihn für seine Astrologie braucht. Sein Nachfolger Keppler konnte mit diesen Tabellen die Thesen des Koppernikus beweisen und sogar verbessern, weil Brahe für den Mars eine elliptische Bahn gefunden hatte: und aus war es mit den idealen Kreisen der Planetenbahnen, und dahin das Weltbild des Aristoteles, und des Brahe.

Es ist tatsächlich wie in dem jüdischen Witz, den Freud überliefert: woher man wisse, dass der Tausendfüßler tausend Füße hätte? Und die lakonische Antwort: Ein Goi hätte sie gezählt. Das frappierende an dem Witz ist, dass es genauso gewesen ist: es war nämlich tatsächlich ein Goi. Irgendein Insektenforscher der 17. christlichen Jahrhunderts, nehme ich an, ohne mir die Mühe zu machen, es zu prüfen; im zivilen Leben Hofrat oder Archivarius irgendeines zu Recht vergessenen kleinen deutschen Duodez-Menschenschinders von Gottes Gnaden; und der gelehrte Herr, nach Jahrzehnten am Vergrößerungsglas fast erblindet, verbrachte seine schlecht beleuchteten Nächte damit, die Anzahl von Beinen und Körpersegmenten aller Skolopenderarten, die er fand, und alle sonstigen Eigenschaften der inneren und äußeren Organe in seinem Lebenswerk auszubreiten: einer Abhandlung in barbarischem Latein, Entemologia novo modo explicata, sive tractatus de classibus insectorum et quorum, qui faciem terrae, et quorum, qui abyssos subterraneorum mundorum tenebrorum incolunt, so oder ähnlich, wer weiß es schon genau, in 20 Folio-Bänden, nebst Abbildungen in sorgfältigen Stahlstichen und einem kleinen Anhang über gewisse merkwürdige Spinnentiere und, selbstverständlich, mit einer Widmung an seinen allzeit gnädigen Landesherren. Und alles tatsächlich, so platt und so ärgerlich es ist, zum Lobe Gottes; es ist zum Heulen. (Und man kann noch froh sein, wenn er nicht noch, wie der alte Brockes, das ganze in deutsche Madrigalverse gebracht hat.)

So wird der Hintergrund sein, vor dem wir unsere Aufklärer werden sehen müssen. Über Leibniz und Newton und beider Neigung zum positiven Christentum haben wir gesprochen; aber mehr, so wie es üblich ist, als eine Kuriosität. In der Tat war es das Motiv ihrer Arbeit. Und in ihrer Kontroverse scheint zweierlei auf: eine späte Form der theologischen Dispute, und eine frühe Form der physikalischen Aporien. Das Programm der rationalistischen Physik, wie Leibniz es entwickelt, ist noch ein theologisches: er geht, und sagt es selbst deutlich genug, von seiner Theodizee, seiner Lehre der göttlichen Gerechtigkeit aus. Er versucht die Begriffe Gott und Vernunft zu versöhnen.

Die Physik und der Deismus

Gott ist natürlich etwas höheres als die Vernunft; deshalb kann der Schöpfungsakt nicht abgeleitet werden. Im Schöpfungsakt hat Gott aber eine vernünftige Welt gestiftet; und diese Welt, die unter dem Gesetz der Vernunft steht (von der das Naturgesetz nur ein Ausdruck ist), enthält die Bedingung ihrer Entstehung nicht mehr. Wie den Gesetzen des Staates, dem Recht, die nicht rechtsförmige Entstehung des Staates selbst nicht mehr anzumerken sind, enthält die Welt als solche nichts mehr von dem willkürlichen Akt der Schöpfung; das darin liegende Dilemma sucht Leibniz aufzulösen, indem er die Vernunft selbst zu etwas wie einem Attribut Gottes macht: in Gott ist die Willkür der Schöpfung mit der Vernunft unmittelbar eines, denn Gott ist vollkommen.

Newton besteht dagegen darauf, dass die Schöpfung Gottes steten Eingreifens bedarf; er wendet sich gegen jedes Ansinnen, eine eigene, geschlossene Sphäre der Vernunft zu definieren, die ohne dieses Eingreifen auskommt, weil er es für eine Anmaßung hält. Clarke schreibt denn öfter: Wie Leibniz dazu käme, zu bezweifeln, dass Gott die Welt auch früher oder später oder woanders erschaffen hätte können; woher er wissen wolle, ob es dafür nicht auch einen vernünftigen Grund gäbe; es klingt tatsächlich so sehr nach den berüchtigten Engeln auf den Nadelspitzen, dass man sich in Krämpfen winden möchte, aber tatsächlich geht es dabei um das Wesen des Raumes und der Zeit, und um die Materie, und in den Folgerungen ist es tatsächlich bitter ernste, richtige Physik. Man verliert tatsächlich den Respekt vor dem Fach.

Mit Newton passiert übrigens in der Folge tatsächlich genau das, was Leibniz ihm vorwirft: ausgerechnet der Mystiker wird heute für den Begründer des mechanistischen Weltbildes gehalten. Das kommt, weil Newtons Theismus ein Einfallstor für den Materialismus gewesen ist (17); an dem Theismus hängt nämlich sein Empirismus. Newton, der darauf bestand, Gott sei nicht der Vernunft unterworfen, sondern etwas höheres, lehnte physikalische Hypothesen ab. „et hypotheses non fingo“, die Ursache der Gravitation habe ich nicht

herausfinden können, und Hypothesen erfinde ich nicht, schreibt er in den Principia (18). So blieb er Empiriker, und wird zum Säulenheiligen eines Skeptizismus, der nur noch glaubt, was er beweisen kann, und damit schlussendlich auch Gott den Garaus macht. Von „hypotheses non fingo" führt ein merkwürdig verschlungener Weg zu Laplace, der über Gott sagt: diese Hypothese habe er bisher nie gebraucht.

Der Triumph der Physik, die auf den Spuren des Satzes vom zureichenden Grunde weitergeht und damit Gott aus dem System der Schöpfung herausdrängt (19), erfüllt damit das Programm, das Leibniz ihr gegeben hat; sie gemeindet Newton ein, gegen seinen erklärten Willen (20); aber sie hält sich immer mehr zum Atheismus, den beide gegeneinander bekämpft haben. Und beide hatten Recht, die Spuren des Atheismus aneinander zu finden: denn beide sind nur dialektisch entgegengesetzte Vorläufer, an denen die eine oder die andere Seite dessen, was später die Physik war, erscheint. So sehr verflochten erscheinen die Positionen der Kontrahenten, dass es unmöglich erscheint, ihnen einzeln Gerechtigkeit widerfahren zu lassen; ob, wie der Herausgeber meint, die Physik später eine entschieden leibnizsche ist (21), will ich nicht kommentieren. Es lassen sich wahrscheinlich genauso gute Gründe dagegen anführen (22).

Die Physik als politische Theologie

Man muss die Physik auch einmal als chiffrierte politische Theologie lesen. Es ist vielleicht kein Zufall, dass diese Kontroverse ausgetragen wird in einer Zeit, in der die Staatsphilosophen über das Verhältnis von Souveränität und Recht streiten; genauer gesagt: in einer Zeit, in der die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft erst gelegt werden, und zwar gewaltsam. Die Gesellschaft, die neben dem Staat stehen soll, die nach ihren eigenen Gesetzen funktionieren soll, und in der eine prästabilierte Harmonie garantiert, dass die Einzelnen in der Verfolgung ihrer Privatinteressen das gemeinsame Wohl erst schaffen, setzt das gewaltsame Wirken des Staates voraus. Der Prozess der originären Zentralisation, die Zusammenballung älterer Macht zum vollen Begriff eines souveränen Staates, schafft erst die Grundlagen für das allgemeine bürgerliche Recht der Freiheit und Gleichheit; und diesem Recht sieht man seine blutige Geschichte nicht mehr an.

Den Naturgesetzen, wie Leibniz und andere sie formulieren, sieht man im übrigen auch nichts mehr an. In der vollen Äquivalenz von Ursache und Wirkung verschwindet die Bedingung, dass es physikalische Prozesse überhaupt geben kann (23). Erst mit dem zweiten Hauptsatz der Thermodynamik macht sich gegen die klassische Physik wieder die Irreversibilität geltend: und erst die Kosmologie hat die Frage überhaupt wieder gestellt, wo denn die anfängliche Ungleichmäßigkeit in der Verteilung von Energie im Raum hergekommen ist, ohne die an einen Ablauf der Zeit überhaupt nicht gedacht werden kann. Leibniz konnte das noch unter der Kategorie Schöpfung verhandeln, die eine, wie man das so sagen will, reibungsfreie Modellwelt ermöglichen sollte; von seinem Begriff der Naturgesetze, an denen von den Anfangsbedingungen ihrer Geltung keine Spur mehr erscheint, bleibt ohne seinen Gott nichts mehr übrig.

Leibniz hat noch einen anderen Ehrgeiz: in seiner Welt gibt es, wie in der des Descartes, Subjekte und Objekte. Das Objekt ist materiell; das Subjekt ist das, welches denkt. Nun stellt sich die Frage, wie das Subjekt auf das Objekt wirkt. Und das ist in der Tat nicht ganz einfach: gegenüber der Schöpfung muss darauf bestanden werden, dass die Welt dem Naturgesetz unterworfen ist; gegenüber dem Naturgesetz darauf, dass die Seele ihm nicht unterworfen, daher nicht materiell ist. Wie wirkt nun immaterielles auf Materie, ohne das Wunder zu bemühen (24)? Und zwar ein immer neues, und aus ist es mit der Freiheit des Willens, und mit jedem Unterschied zwischen Gott und der Welt, und damit dem Christentum. Leibniz erklärt das Problem für unlösbar: die Seelen sind fensterlose Monaden, die Körper sind der Mechanik unterworfen. Dass beides harmoniert, dazu braucht es die prästabilierte Harmonie (und wir sehen jetzt, wozu er Gott mit der Vernunft versöhnen musste).

Clarke, die seltsame Mischung aus Theist und Empiriker, entgegnet ihm: wenn es ihm schwierig dünke, dass immaterielles auf Materie wirke, solle er mal nachdenken, wie es sein könne, dass materielles auf Materie wirke (25), und hat so unrecht damit nicht: denn es hat etwas geheimnisvolles, wie die Materie die Fähigkeit besitzen soll, aufeinander zu wirken, und Leibniz scheint sich überhaupt nicht darüber zu wundern. Ihm geht es um das bürgerliche Individuum, das er streng gegen die Welt der Objekte absetzen will: dass eine Wirkung der einen Welt auf die andere überhaupt existiert, ist allein dem anfänglichen und (insofern) weiterwirkenden Wunder zuzuschreiben. Hier wird sichtbar, wie wenig es dem Deismus gelingt, gegen den Ausnahmezustand des Wunders auf der Gesetzmäßigkeit des Geschaffenen zu bestehen: der Preis dafür ist die Anerkennung des Ausnahmezustands in Permanenz. Der Newtonianer kennt diese Schwäche und setzt oft genug und geradezu genüsslich dort an.

Staat, Subjekt, Vernunft, Beherrschung der Natur

Worauf zielt nun Leibniz mit seinem Programm, das über die Physik hinaus eine Art große Synthese enthält, ein Versuch, die Vernunft mit der Schöpfung zu versöhnen, Gott zu beweisen, und Wissenschaft wie Metaphysik fest auf dem Boden des Satzes vom zureichenden Grunde zu verankern? Es ist interessant, dass diesem System der Vorwurf gemacht werden kann, es ziele auf Naturbeherrschung ab (26). Denn in der Tat stellt es in einer bisher unbekannten Weise die Welt unter die Herrschaft der Vernunft. Enthielt schon die cartesische Entgegensetzung von Subjekt und Objekt eine Wahrheit über das bürgerliche Subjekt, das sich gerade daran machte, die Welt seinem Diktat zu unterwerfen, so geht Leibniz noch einen Schritt weiter: er konstatiert die Unmöglichkeit, dass immaterielles Subjekt und materielles Objekt aufeinander wirken können, und verwundert sich darüber, dass dieses den gelehrten Cartesianern nicht aufgefallen sei (27).

Dann macht er sich daran, das Problem zu lösen: die Subjekte, die fensterlosen Monaden, werden nur durch die Zentralmonade Gott mit ihrer Außenwelt in Zusammenhang gesetzt. Der barocke Jurist und Politiker Leibniz weiß sehr wohl um die Bewandtnis, die es mit dem Souverän hat: und der Akt, in dem sich das Subjekt die Natur unterwirft, ist nicht ein unvermittelter. Die Akteure sind nicht die Akteure, die einzelnen, empirischen Subjekte werden zu solchen nur durch das Walten eines automatischen: erst die In-Wert-Setzung der Welt, erst die gewaltsame originäre Akkumulation macht aus dem Einzelnen den Conquistador. Leibniz' Zentralmonade verweist auf den barocken Staat, und schon das Wort klingt nach bürokratisch-merkantiler Modernisierung. Das Subjekt unterwirft, vermittelt durch Gott, die Welt nicht unmittelbar sich selbst, sondern die Welt und sich selbst der Vernunft, die bereits etwas Objektives ist. Zur selben Zeit unterwirft das europäische Bürgertum, vermittelt durch Staat, Kolonial-Kompagnie und die jeweils alleinseligmachende Konfession, die Welt dem Wert („zivilisiert" sie, wie man es nennt), und begründet den Weltmarkt, die höchste Form der Weltherrschaft kapitalistischer Vernunft.

Die Rede von der Zentralmonade, die Restauration des Allerhöchsten als in-wertsetzenden Souverän, kennt noch nicht die Flexibilität der unsichtbaren Hand des Adam Smith; scharf wendet sie sich gegen die Lehre einer Weltseele; Gott ist intelligentia supramundana, er steht zur Welt wie der barocke Staat zur Gesellschaft. Noch ist er nicht, wie im Pantheismus der deutschen Idealisten, mitten in der Geschichte; noch ist der Staat nicht ein von der Gesellschaft geschaffener, oder genauer gesagt: noch ist die Souveränität nur als Attribut des legitimen Monarchen denkbar, noch hat sie nicht die Massen ergriffen. In Kants Kritiken, im Sturm auf die Bastille, in der industriellen Vorhölle Manchesters versank die Zentralmonade, um nicht wiederzukommen. Das Konzept der Souveränität aber wandelte seine Formen, und blieb; auch wenn es mit der Zeit überständig wurde, und der Zeitpunkt seiner Abschaffung lange überschritten, aber nur desto überfälliger zu sein scheint.

A Widely Believed Fact

Und so blieb uns, mit den anderen überständigen Segnungen des bürgerlichen Denkens, auch die klassische europäische Physik, als ein Gebäude, an dem immer noch weitergebaut wird, wie an gewissen alten Kirchen über ganze Zeitalter hinweg gebaut wurde; und jede Generation den Stil ihrer Zeit hinzufügte. Auf die antiken Fundamente der Geometer und Astronomen baute die italienische und flämische Renaissance, cartesianischer Früh- und leibnizscher Hochbarock, zwischen Rokoko und Klassizismus D'Alembert, Empire Gauss, die Elektromagnetik und Thermodynamik Viktorianismus und Gründerzeit, und schließlich, am fin de siecle, Plancks und Lorentz; und danach fügten Einstein und die Quantenmechanik Elemente von Stahl, Glas und Sichtbeton dazu, betonten die Asymmetrie der Grundanlage, und die Stringtheoretiker diskutieren heute darüber, ein paar neue Flügel anzulegen, in irgendeiner bisher noch unbebauten Dimension.

Seltsamerweise aber ist das Vertrauen in die „Wahrheit" der physikalischen Sätze ungebrochen; je mehr sich die Physik wieder zu einer spekulativen Disziplin entwickelt, desto interessierter wird das Publikum. Stephen Hawkings Bücher waren Bestseller; sie verwischten die Grenze zwischen science und fiction. Komplette physikalische Denkschulen, die mit ihrem Lärmen ganze Jahrzehnte füllen, entstehen und vergehen nach den Regeln einer Massenpanik oder eines Lemmingzuges; Legionen von Physikern verschreiben sich der Entwicklung von Weltmodellen, die leider nur entweder 11 oder 26 Dimensionen zulassen, was zwar zufällig der Erfahrung widerspricht, womit sich aber, einige ziemlich willkürlich gewählte Parameter vorausgesetzt, ansonsten, erstaunlich widerspruchslos rechnen lässt, wie sie beteuern.

Die Physik trieb Licht ins Dunkel, soviel ist wahr; sie hat nach dreihundert Jahren zwar immer noch keine vernünftige Erklärung der Gravitation, aber dafür eine ganze Reihe von interessanten Hypothesen (von denen die 11- oder 26köpfigen Ungeheuer nur die extremsten sind; was hätte Newton gelacht). Sie hat die physikalischen Zusammenhänge in die Bereiche des allerkleinsten und des allergrößten verfolgt, bis zu dem verblüffenden Punkt, wo Kosmologie und Teilchenphysik sich wieder annähern; aber das Licht, das sie wirft, hat eine bestimmte Struktur, und die prägt das beleuchtete vor. Dieses Licht transportiert bereits ein bestimmtes Verhältnis des Sehenden, ein bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis; denn bereits in der Trennung von Subjekt und Objekt, im cartesischen Dualismus ist ein Widerspruch enthalten. Es ist der Selbstwiderspruch der Menschheit selbst; und er treibt immer weiter. Er trägt die Unterscheidung zwischen Ursache und Wirkung (aus dem Subjekt) ins Objekt, er erzwingt, die Beschreibung von Bewegungen zu verdoppeln in Kinematik und Dynamik, stellt Raum und Materie, Raum und Zeit einander gegenüber; er induziert die Begriffe Masse und Kraft, und nach diesen Begriffen erschafft sich das bürgerliche Subjekt seine Welt.

Die Wahrheit, die Natur, die Dialektik und andere Zumutungen

Wie ist also die Welt in Wahrheit? Wir wissen es nicht. Wenn der Kommunismus das aufgelöste Rätsel der Geschichte ist, dann werden wir erst dann wissen, ob die Physik einen historischen Gebrauchswert hat, oder ob sie nur ein besonders barockes Wahnsystem ist, in das sich das Denken verrannt hat, im Banne der Fetischverhältnisse, im Banne seiner Konstitution als Subjekt, im Banne einer auf dem Kopf stehenden, verzauberten Welt. Im Kapitalismus gewinnen die toten Dinge ein gespenstisches Eigenleben; die Waren vergleichen sich miteinander und wechseln nach Gutdünken die Besitzer; die Menschen selbst verhalten sich wie besessen: allesamt stehen sie unter der Herrschaft von Begriffen, unter der Herrschaft einer irren Vernunft, die man als Rationalität bezeichnen kann; und diese Vernunft reitet die toten Dinge in dialektischen Kapriolen.

Das menschliche Denken gestaltet sich als ob die Ware ihm erst das Abstrahieren beibringen müsste. Es kann nicht anders; das Denken des Subjektes, das sich der Ware zu bedienen scheint, um sich auf den Markt tragen zu lassen erklärt sich als Dolmetscher des Willens der Ware im Verhältnis von Personen zu Personen. In der Verselbstständigung der Warenform liegt schon die ganze Totalität von Subjekt, Objekt, Aneignung und Herrschaft, Gott und Staat und Kapital. Gott selbst wird im Zuge der Geschichte nur deshalb tendenziell liquidiert, weil er überflüssig wurde. Das Kapital hat die Welt nämlich gründlicher verzaubert, als es der schlimmste Aberglaube konnte: der Spuk wurde transformiert in ein neues Gewand, andere Formen. Sogar die toten Dinge scheinen sich schon komisch zu benehmen; aber woher sollte man es auch besser wissen? Selbst die Physik lehrt, dass es sich bei ihnen um unheimlich vertrackte Angelegenheiten handelt, in denen Ursachen auftreten, die von ihnen säuberlich zu unterscheidende Wirkungen hervorrufen, um dann in ihnen zu verschwinden, aber vollauf („äquivalent") in ihnen enthalten zu sein; da treibt ein Unwesen sein Wesen wie die Energie, die ihre Form ändert, aber trotzdem erhalten bleibt: schon soweit es die Physik betrifft, ist es nicht geheuer in den Dingen.

Welche Bewandtnis es mit Raum und Zeit und ähnlichen Umständen habe, das diskutieren Leibniz und Clarke so erbittert wie unbefriedigend: nicht anders als die Theologen, die das Dogma von der Trinität nicht verständlich formulieren konnten, weil es sich nur unverständlich formulieren lässt (28). Und wie die Ökonomen, die an ihrem Gegenstand aus zwei Gründen scheiterten: weil er nicht verstanden werden kann, und weil er nur dialektisch verstanden werden kann. Die Dialektik ist der objektive Widersinn, der in die Dinge gefahren ist; und tatsächlich, das hat schon Engels in seiner ansonsten untauglichen „Dialektik der Natur" bemerkt, drängt es auch die Physik in ihren lichten Momenten zur Dialektik (29). Seiner Empfehlung, die „dialektische Methode" als den Schlüssel zur Welterkenntnis anzuwenden, wollen wir aber lieber nicht folgen: denn die Dialektik wohnt nicht als tieferes Prinzip in den Dingen. Sie ist ihnen aufgenötigt. Zweifellos nämlich bewegen sich die Waren unter dem Kommando des objektiven Widersinns in derart albernen Sprüngen, aber das heißt noch nicht, dass es etwa die Pulsare ihnen nach tun müssten.

Nun sind zwar schon allerhand seltsame Bewegungen bei solchen Sternen beo-

bachtet worden: warum also nicht auch eine dialektische? Es würde nur vielleicht weniger über den Stern als über die Physik aussagen. Die Dialektik ist die Art, wie unser vertracktes Gehirn hüpft, wir mögen wollen oder nicht; die wir uns, ohne sie auch nur kennen zu müssen, von dem täglichen Umgang mit den Waren geholt haben, und nicht mehr loswerden; auch nicht, wenn wir uns Licht anschauen, das gerade das Kunststück der Spaltbrechung, der partiellen Reflexion oder andere akrobatische Darbietungen vollführt. Soviel zu Engels: nicht in der Natur wohnt die Dialektik, sondern im Kapital, das heißt in uns, und eine befreite Gesellschaft befreit dereinst hoffentlich auch uns von dieser mäandernden Zumutung.

**Anmerkung der Redaktion: Für den zu entfaltenden Gedanken bedeutsame physikalische Begriffe werden im Text erläutert. Von Fußnoten auf naturwissenschaftliche Diskussionen und Termini wurde mit Rücksicht auf Leserlichkeit abgesehen, diese können vom geneigten Leser im Internet oder in der entsprechenden Fachliteratur nachgeschlagen werden.*

Anmerkungen:

(1) Zu nennen wäre v.a. Backhaus, Dialektik der Wertform, Freiburg 2011.
(2) Leibniz, Specimen Dynamicum, Hamburg 1982, 22 f. 32 f.; dazu Ilya Prigogine - Isabelle Stengers, Das Paradox der Zeit, München 1993, S. 44.
(3) Zum Zusammenhang dieses Gedankens zu den Erhaltungssätzen vgl. Robert Mayer, Bemerkungen über die Kräfte der unbelebten Natur, in: Annalen der Physik und Pharmacie Bd. XLL, hg. Wöhler, Liebig, 233, 234: Ursache und Wirkung sind „verschiedene Erscheinungsformen ein und desselben Objekts"; Helmholtz, Robert Mayers Priorität, in: Reden und Vorträge Bd. 1, Hamburg 2010, 60, 70.
(4) Samuel Clarke, Briefwechsel mit Leibniz von 1715/6, Hg. Ed Dellian, Hamburg 1990.
(5)Und, am Rande, in dieser Eigenschaft berühmt für seine äußerst effiziente Verfolgung von Münzfälschern. Sein größter persönlicher Erfolg in diesem Amt war die Aburteilung und Erhängung von zahlreichen Münzfälschern, dazu neuerdings Thomas Levenson, Newton and the Counterfeiter, London 2010.
(6) Newton stand wohl schon zu seiner eigenen Zeit im Ruf, die göttliche Trinität abzulehnen. Seine Konzeption des Verhältnisses zwischen Gott und der Welt scheint von einer solchen Auffassung Spuren zu tragen. Ein ähnlicher Vorwurf hat seinen Nachfolger die Professur gekostet. Soviel zu den Methoden von Leibniz.
(7) Dort in q. 28. „Is not Infinite Space the Sensorium of a Being incorporeal, living and intelligent, who sees the things themselves intimately, and thoroughly perceives them, and comprehends them wholly by their immediate presence to himself?" Newton rief die Auflage zurück, um die Aussage zu ersetzen durch ein milderes „quasi": „as it were in his Sensory". neuerdings hierzu: Kevin Brown, Reflections on Relativity, Raleigh 2012.
(8) Meint jedenfalls der Herausgeber Dellian S. 139 in seinen Anmerkungen.
(9)Leibniz erster Brief, Nr. 3. Anzufügen ist noch einmal der mögliche Zusammenhang dieses sensorium mit Newtons unitarischer Auffassung. Eine echte Denunziation jedenfalls.
(10) Ibid. Nr. 4.
(11) Ich bitte vorderhand um Vorsicht mit dem Begriff der Kraft in diesem Zusammenhang; er ist noch nicht identisch mit dem der heutigen Schulphysik.
(12) Wie Dellian ebd. LXXVII sehr treffend formuliert.
(13) Geschwindigkeit ist Streckenänderung durch Zeit, $v=x/t$. Beschleunigung ist Geschwindigkeitsänderung durch Zeit, $a=dv/dt=d^2x/dt^2$. Impuls ist Masse mal Geschwindigkeit, $p=mv$. Kraft ist Masse mal Beschleunigung oder Impulsänderung in der Zeit, $F=ma=dp/dt=md^2x/dt^2$. Kinetische Energie ist halbe Masse mal Quadrat der Geschwindigkeit, oder Integral der Kraft über den Weg: $E=mv^2/2$. Arbeit wird seit dem 19. Jahrhundert genauso definiert.
(14) Oder ist das ein eristischer Trick, da ja Newton bekanntlich das Licht als eine Korpuskelstrahlung gefasst hat? Als ein Schüler des Huygens sollte Leibniz eigentlich das Licht für eine Welle halten.
(15) In der Tat misst man seit D'Alembert die kinetische Energie später mit $mv^2/2$.
(16) Zu beachten ist, dass Leibniz allerdings den Atomismus ablehnt; er argumentiert damit, plastisch verformbare Körper bestünden wohl aus gegeneinander beweglichen Einzelteilen. Nicht verformbare sollen sich anders verhalten; Clarke behauptet eine Auslöschung der Bewegung auch beim nichtplastischen Stoß, und widerspricht hier Leibniz, aber wohl auch der Empirie.
(17) Dellian behauptet, ebd. XX ff., mit beachtenswerten Gründen, das gerade Gegenteil: das sich aber wohl als dialektisches Gegenteil erweist, s.u.
(18) Philosophiae Naturalis Principia Mathematica, London 1726, 530
(19) Ebenso wie den abstrakten leeren Raum, s.o.
(20) Seine mystischen und alchemistischen Schriften wurden z.B. nach seinem Tod unter Verschluss gehalten; Voltaire hätte es sonst nicht so einfach gehabt, Newton in Frankreich als Aufklärer populär zu machen.
(21) Dellian ebd. XXIII.
(22) Leibniz war ein Gegner des Atomismus, z.B. Verglichen mit der Physik des 18. Jahrhunderts allerdings ist die des 19. bedeutend leibnizscher.
(23) Prigonine hat ebd. pass. ebenso wie vorher schon Boltzmann darauf hingewiesen, dass die Gleichungen der klassischen Physik allesamt gegen eine Umkehr der Zeit invariant sind.
(24) Leibniz 5. Brief, 91, 100.
(25) Clarkes 5. Entgegnung, 133.
(26) Dellian ebd. XLIV.
(27) Ebd. Leibniz 5. Brief, 91, 100.
(28) Das Trinitätsdogma wurde auf dem ersten Konzil von Nikaia beschlossen, auf Intervention des Imperator Constantinus: der damals noch nicht einmal Christ war! Das Dogma trägt das Mal der Interferenz von Staat und Religion, und es hat sie weitergetragen. Und zwar unbehebbar: die Intervention des Constantinus setzt voraus, dass der Staat eine theologische Qualität und Gott eine politische hat. Die Christologie, wie das tatsächlich heißt, war immer die Lieblingslehre der Dogmatiker, Rebellen, Tyrannen, Meuchelmörder, Weltverbesserer oder sonstiger Kinder des Leviathan. (Freilich, der Schöpfer, der mit dem Erlöser teilidentisch ist: über die weitere Geschichte des christlichen Staates muss man sich dann nicht mehr wundern. So was kommt von so was.)
(29) Und zwar über die Beispiele bei Engels weit hinaus; in der Optik stieß man auf den Dualismus von Welle und Teilchen, später in der Quantenphysik, darauf aufbauend, auf den Wellencharakter der Materie, auf Schrödingers Paradoxon von der Katze, die weder tot noch lebendig ist, sondern 50:50; und später kam John von Neumann dazu, rundweg zu erklären, dass erst der Blick des Betrachters, die Messung, die Wahrscheinlichkeit zu einer Wirklichkeit konkretisiert, indem er die Wellenfunktion zusammenbrechen lässt, woraufhin $|\psi|^2$ einen bestimmten Wert annimmt. Damit ist vom cartesianischen Dualismus so ziemlich der Boden erreicht; aber der berechtigte Einwand bleibt, woher ein bisher nicht entdeckter Pulsar z.B. dann weiß, wie er sich als nächstes verhalten soll. Zweifellos eine der interessanteren Sackgassen des menschlichen Geistes.

Recht als irrationale Rationalität

Teil 1: Die Logik des Rechts

von Leo Elser

Recht ist das Urphänomen irrationaler Rationalität.

Adorno

Die Frage nach der Wahrheitsfähigkeit des Rechts ist weder eine moralische (1), noch eine abstrakte, sondern eine konkret erkenntniskritische. Abstrakt ist nicht die Reflexion auf die Voraussetzungen rechtsförmigen Denkens, sondern vielmehr eine vom Gesamtzusammenhang gesellschaftlicher Wirklichkeit – und das Recht ist gesellschaftliche Wirklichkeit schlechthin – isolierte Parteilichkeit moralischen Standpunktdenkens, wie sie etwa in der linken Parole „Recht vor Glaube" zum Ausdruck kommt. Gewiss gibt es bestimmte gesellschaftliche Situationen, in denen Partei zu ergreifen notwendig sein kann; erstens wären solche Situationen aber als Nötigung zu begreifen, zweitens die Parteilichkeit in einer bestimmten Situation nicht beliebig auf andere Situationen auszuweiten, drittens die gesellschaftliche Relevanz eigener Parteinahme zu berücksichtigen und viertens eben die Voraussetzungen solcher Parteilichkeit zu reflektieren.

Hier geht es aber um etwas anderes: Mir scheint, bei aller Gegenwärtigkeit des Rechts, sowohl in sich explizit als ideologiekritisch begreifenden, als auch in Diskussionen linker politischer Gruppen, dass der Begriff des Rechts doch merkwürdig unbestimmt und statisch bleibt. Das führt zum Teil zu Artikelproduktionen, in denen eine ideale, bzw. idealisierte Vorstellung von dem, was das Recht sei – ohne dass diese dann entwickelt würde – einer bestimmten Rechtspraxis gegenübergestellt wird, die gegenüber dem Rechtsideal als Verfallsform erscheint. Der Kritiker dieser Verfallsform tritt auf wie ein das Recht besser verstehendes Bundesverfassungsgericht, das ein statisches Rechtsideal als Maßstab gegen den dynamischen Verfall des Rechtsideals zu verteidigen hat. Das einzig wirkliche Ideal des Rechts kann natürlich nur die Gerechtigkeit sein: und so erweist sich dann auch beinahe die gesamte Kritik am Recht als Kritik an der Rechtspraxis im Namen einer höheren und zu verwirklichenden Gerechtigkeit. Allerdings sticht dabei ins Auge, dass sich die Vorstellungen davon, was wiederum Gerechtigkeit wäre, inhaltlich unterscheiden (wobei sich im Grunde alle Gerechtigkeitsvorstellungen, ob links, rechts oder bürgerlich, in einem Satz zusammenfassen lassen: wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen). Wird das Recht allerdings als Instrument eines höheren Ideals gedacht, als Mittel eines zu verwirklichenden höheren politischen Zwecks, dann kann die logische Konsequenz nur der autoritäre Staat sein. Das bürgerliche Rechtsideal, wir könnten auch sagen: die bürgerliche Vorstellung von Gerechtigkeit dagegen versteht die Verwirklichung der Gerechtigkeit gerade nicht als einen inhaltlichen Staatszweck, sondern formal (2). Davon ausgehend, lässt sich eine andere Art der Kritik an der Rechtspraxis unterscheiden; eine solche nämlich, die gerade das bürgerliche Rechtsideal, das rein formal sein will, zum Maßstab der Kritik an der Rechtspraxis macht; kritisiert wird gerade umgekehrt, dass inhaltliche Bestimmungen, wie Religionszugehörigkeit, Naturschutz, usw. als Sonderrechte in die Rechtspraxis Eingang finden.

Obwohl der Verfasser die Stoßrichtung dieser Kritik *in praktischer Hinsicht* teilt, weil der autoritäre Staat schlimmeres bereithält, als abstrakte Herrschaft und durch den Tausch vermittelte Ausbeutung, glaubt er doch zeigen zu können, dass der Maßstab der formellen Seite des bürgerlichen Rechts die Wirklichkeit des Rechts (und d.h. der Rechtsidee, nicht nur der Rechtspraxis) zugunsten einer Idealisierung verfehlt, die sich über das Verhältnis der inhaltlichen und formalen Seite des Rechts und damit zugleich das Verhältnis von bürgerlichem und autoritärem Staat betrügt.

Wenn die Rede von den dem Recht innewohnenden Tendenzen zu seiner eigenen Aufhebung nicht bloß eine Phrase sein soll, dann wäre wohl herauszuarbeiten, wie Rationalität und Irrationalität des Rechts aufeinander bezogen sind. Nicht um einer Indifferenz zwischen Recht und totalem Staat das Wort zu reden, sondern um die Weise zu begreifen, in der sie aufeinander bezogen sind.

Dabei müsste eigentlich die Frage auf der Hand liegen, ob ein Gegenstand, der eine nicht etwa äußerliche, sondern *innewohnende Tendenz zur Selbstaufhebung* zeigt, der es also bei sich selbst nicht aushält und seine eigene Vernichtung betreibt, den emphatischen Ausdruck der Wahrheit verdient.

Der Standpunkt des Rechts

Das Recht erscheint nicht bloß als Institution, sondern muss sich von Zeit zu Zeit auch personifizieren: So klingelte (in der Zeit als der Verfasser dieser Zeilen gerade an den Vorarbeiten zum Thema saß) frühmorgens ein Gerichtsvollzieher und verlangte die Herausgabe eines Kellerschlüssels, um der Wohnung obendrüber den Stromzähler zu verplomben. Am selben Tage noch sollten Zeitungen Vertreter der Stromindustrie die Überproduktion beklagen lassen, aber vermutlich hatte der klingelnde Vollzugsbeamte, der gewiss aus Verantwortung für die Natur im Bioladen einkauft und früh morgens gekämmt und rausgebürstet auf die Rechtmäßigkeit seiner Forderungen verwies, Recht und Realität auf seiner Seite. Im Unterschied zum Wutbürger, der gewiss keine erstrebenswerte Alternative darstellt, zeigt dieser Aktivbürger qua Beruf, der es sich zur Hauptbeschäftigung seines Lebens gemacht hat, Leuten, die mit der Realität nicht so erschreckend problemlos zurechtkommen wie er, den Strom abzuschalten, nicht die Spur pathologisch geltender Charakterzüge. Gerade der Hang des Wutbürgers, aus oftmals für seinen Lebensalltag recht banalen Dingen, wie etwa dem Bau eines neuen Hauptbahnhofes, eine leidenschaftliche Passion zu machen, für die so mancher gar seine körperliche Unversehrtheit aufs Spiel setzt, macht ihn so offenkundig verrückt und zugleich, verglichen mit jenem Typus des ohne Zweifel sehr gut in der Realität zurechtkommenden Gerichtsvollziehers, auch relativ leicht kritisierbar. Während dem Wutbürger nur sein diffuses Gerechtigkeitsempfinden bleibt, das freilich, je weniger es begründbar ist, desto fanatischer behauptet wird, kann sich unser Gerichtsvollzieher auf den Buchstaben des Gesetzes berufen. Wer den Standpunkt des Rechts einnimmt, hat immer recht. Er spreizt sich selbst keineswegs auf, sondern

hat immer schon gelernt, wie es eben zugeht in dieser Welt und findet als *Organ* der Rechtspflege seine Tätigkeit so natürlich, wie der Darm die Verdauung.

Wie die Verdauung existiert das Recht nicht in erster Linie als etwas einfach Seiendes, sondern vor allem als ein Prozess – was im Ausdruck von der rule of law noch deutlicher präsent ist, als im deutschen Wort Rechtsstaat. Im Unterschied zur Verdauung allerdings handelt es sich ausschließlich um einen Prozess gesellschaftlicher, d.h. zweiter Natur, auch wenn diejenigen, die an diesem Prozess wesentlich beteiligt sind – etwa Anwälte, Staatsanwälte, Richter und eben auch Gerichtsvollzieher offiziell als *Organe* der Rechtspflege gelten, so als ob sie nichts wären als Natur. Das Recht muss als naturhaft erscheinen, weil es nur dann in einem strengen Sinne Recht ist, wenn es weitgehend alle Willkür und Zufälligkeit von sich auszuschließen vermag, so *als ob* ihm Naturgesetzlichkeit zukäme. Konsequenterweise musste auch dem besagten Gerichtsvollzieher die naive, verschlafene Frage, ob es denn unbedingt nötig sei, jetzt den Strom abzudrehen, so absurd vorkommen, als fragte man einen Baum im Herbst, ob er denn nun unbedingt seine Blätter auf den Weg werfen müsse.

Weil es sich allerdings eben doch nicht um einen naturgesetzlichen Prozess handelt, wäre das, was zunächst Prozess genannt wurde, genauer als Praxis zu bestimmen. So wenig wie die Waren selbst zum Markte gehen können, um sich auszutauschen, prozessiert das Recht von alleine, sondern ausschließlich in der Praxis der an ihm beteiligten Personen, die durch diese Praxis erst das hervorbringen, was Recht genannt wird. In seiner eigenen Logik kennt das Recht Freiheit als Vertragsfreiheit oder als die Freiheit eines Tatsubjektes; die Organe des Rechts bleiben aber von Freiheit merkwürdig unberührt: sie finden und vollstrecken und wie das Verdauungsorgan haben sie dabei einen gewissen Ermessensspielraum und manchmal Krämpfe (3).

Das Recht ist Recht nur soweit wie es dem Primat seiner Form unterliegt. Vom abstrakten oder formalen Recht zu sprechen, ist daher auch keine spezifische Einschränkung, sondern nur eine nähere Bestimmung des Rechts selbst: ein materiales Recht, das auf einen bestimmten Inhalt zielt wäre – zunächst – kein Recht mehr, sondern Befehl. Die etwa unter Linken beliebte Vorstellung eines Anwalts der Armen und Entrechteten, der mit leidenschaftlichen Plädoyers das Gerechte und Gute in der Welt rettet, ist ein Bild aus mehr oder weniger unterhaltsamen Hollywoodschinken, hat aber mit dem Recht wenig gemein. Seinem eigenen Begriff nach stellt es nur fest und vollstreckt, was ohnehin immer schon Recht war und sein wird – dass es „immer schon" war, ist freilich eine Fiktion, aber eine für das Recht notwendige.

Die Praxis des Rechts ist allerdings zugleich nicht mit der Vorhandensein von Rechtsmitteln zu verwechseln. Es prozessiert niemals von selbst, sondern stets nur durch die von konkreten Personen ausgehende Anstrengung (4).

In Erscheinung tritt das Recht immer dann, wenn es einen Streitfall gibt. Für den normalen Gang der Rechtsakte braucht man meist weder Richter, noch Anwälte, noch Gerichtsvollstrecker. Das heißt aber natürlich nicht, dass in diesem Normalfall das Recht abwesend wäre, im Gegenteil: es ist die Form, in der sich alle gesellschaftliche Praxis in dutzenden Akten jeden Tag vollzieht. Das könnte sie aber nicht, wenn für jeden Akt, der potentiell in den Bereich des justiziablen fällt, ein Gericht angerufen werden müsste. Das heißt, dass das Recht als Praxis voraussetzt, dass der normale Gang der Dinge die spezifische Rechtsform angenommen hat. Und da auch dieser „Gang der Dinge" eine Praxis ist, heißt das, dass dem Recht für die Rechtssubjekte eine *Plausibilität* zukommen muss, die etwa so selbstverständlich ist, wie das Gesetz der Schwerkraft.

Diese enorme *Plausibilität*, die dem Recht als Denkform zukommt, ist aber alles andere als selbstverständlich. Marx hatte bereits im Anfang des *Kapital* auf den merkwürdigen Umstand hingewiesen, dass in der bürgerlichen Gesellschaft die fictio iuris herrsche, dass „jeder Mensch als Warenkäufer eine enzyklopädische Warenkenntnis besitzt" (5). Homolog ließe sich dem die nicht minder merkwürdige fictio iuris hinzufügen, dass jeder Mensch als Rechtssubjekt ebenso über eine enzyklopädische Kenntnis der Rechtsnormen verfügt. Noch merkwürdiger ist daran, dass diese fictio iuris nicht nur als Bedingung der Geltung des Rechts vorausgesetzt werden muss, sondern dass im Alltag ganz real die Rechtssubjekte im Großen und Ganzen in der Lage sind zu unterscheiden, was Recht und Unrecht ist, ohne jemals einen Blick ins BGB geworfen zu haben.

Damit das Recht überhaupt derart plausibel sein kann, muss von ihm eine gewisse Anziehungskraft ausgehen – und das galt offenkundig selbst für die Nationalsozialisten, die gewisse Bereiche des Rechts, vor allem das Zivilrecht, nicht angetastet haben. Das schließt gleichwohl bestimmte Abstoßungskräfte nicht aus, aber es stellt sich die Frage, ob es wirklich jemals einen gesellschaftlichwirksamen Hass auf *das* Recht, oder nicht vielmehr nur auf bestimmte Bereiche und Momente des Rechts gegeben hat.

Das Recht als Form und als Praxis

Das Recht lässt sich in mehrfachem Sinne als Form und als Praxis betrachten: einmal nämlich geltungslogisch als gesamtgesellschaftliche Form und Praxis und zweitens, damit keineswegs identisch, als Form und Praxis der einzelnen, vergesellschafteten Subjekte. Drittens wäre die Frage zu stellen, wie sich das Verhältnis des Rechts zu seiner negativen Aufhebung historisch, d.h. nach dem Nazifaschismus darstellt. Der hier vorliegende erste Teil dieses Artikels behandelt nur die geltungslogische Frage.

Wenn der Reichtum die Form von Waren annimmt ist vorausgesetzt, dass eine Ware auch dann *meine* Ware ist, wenn ich sie in actu nicht in meiner unmittelbaren Gewalt habe und wenn ich einen Anspruch auf ihren Wert habe, sobald ich sie weggegeben, d.h. getauscht habe. Weil die Waren selbst, wie Marx schreibt, widerstandslos sind gegen die Menschen und sich nicht selbst austauschen, weil sie weder von sich aus jemandem gehören, noch den Wechsel ihres Besitzers anzeigen, „müssen die Warenhüter sich zueinander als Personen verhalten, deren Willen in den Dingen haust, so daß [...] jeder nur vermittelst eines, beiden gemeinsamen Willensakts sich die fremde Ware aneignet, indem er die eigne veräußert. Sie müßen sich daher wechselseitig als Privateigentümer anerkennen"(MEW 23, 99). Der *geltungslogische* Ursprung des Rechts als gesellschaftlicher Form ist das Recht zu kaufen und zu verkaufen: es setzt voraus, die Ware eindeutig einem Besitzer zurechnen zu können und diese Zurechenbarkeit macht den Einzelnen zur Rechtsperson. Eine Ware als meine Ware denken zu können, obwohl ich sie nicht in meiner unmittelbaren Verfügungsgewalt habe, ist bereits eine ungeheure Abstraktion: jeder konkrete, besondere, empirische und raumzeitliche Bezug zu dem Gegenstand scheint darin verschwunden. Kant sprach darum vom „intelligiblen" bzw. „intellektuellen" Besitz (6). Einerseits ist das Eigentum also nichts anderes als etwas bloß Gedachtes; andererseits aber setzt es voraus, auch jeden anderen zwingen zu können, es als das meine anzuerkennen. Dies ist nur möglich, wenn der Staat, als von beiden Parteien unabhängige Instanz, über die wechselseitige Anerkennung des äußeren *Mein* und *Dein* wacht und die Gewalt besitzt, jeden auf seinem Territorium zu dieser Einhaltung zu zwingen. Die Abstraktion steigert sich noch

in der Situation des Austauschs: Wenn zeitgleich zwei Waren durch wechselseitige Willensbekundung ihrer Besitzer ihren intelligiblen Eigentümer wechseln, festgehalten durch einen Vertrag, der juristisch auch dann vorliegt, wenn er nicht auf einem Stück Papier schriftlich festgehalten wird. Weder das Moment des bloß Gedachten, noch das des potentiellen äußeren Zwangs lassen sich voneinander isolieren: Tatsächlich wäre kein allseitiger Warentausch möglich, müsste er jedesmal unmittelbar erzwungen werden; und umgekehrt wäre er unmöglich, könnte er nicht immer auch erzwungen werden. Der Vertrag kommt nur dann zustande, wenn sein Zustandekommen im Willen beider Vertragspartner liegt (7).

Das Privatrecht ist die juristische Form in der der Tausch, genauer: der Äquivalententausch sich vollzieht. Indem sich alle Waren und alle Arbeiten an einem allgemeinen Maßstab messen lassen müssen, liegt auf den Tauschenden nicht nur der äußere juristische Zwang, den Anderen nicht um den Wert seiner Arbeit zu betrügen, sondern auch der stumme ökonomische Zwang sich in der Konkurrenz zu vergleichen. Nur im Tausch realisiert sich die Verwertung des Werts. Doch die Menschen tauschen ihre Waren nicht aus der puren Freude heraus, den Waren dabei zuzusehen, wie ihre intelligiblen Besitzer wechseln: Allein durch den Tausch lassen sich die zur Bedürfnisbefriedigung nötigen Waren erwerben. Sowohl die Bedürfnisbefriedigung, als auch die Verwertung des Werts sind aufeinander angewiesen: Produziert wird nur, solange davon auszugehen ist, dass sich die Produktion auch lohnt; lohnen kann sie sich nur, durch die über den Tauschakt vermittelte Ausbeutung der Ware Arbeitskraft; umgekehrt kann konsumieren nur, wer seine Arbeitskraft an jemanden verkaufen kann, für den sich die Ausbeutung auch lohnt und an die Konsumgüter wird man nur dann vermittelt über den Vertrag herankommen, wenn genug von ihnen auf dem Markt erhältlich sind. Wenn wir also konstatieren, dass der Vertrag die Form ist, in der sich die Praxis des Rechts vollzieht, der Vertrag aber nur dann zustande kommt, wenn er von den Vertragspartnern gewollt wird, diese ihn aber nur dann wollen können, wenn er sich für sie auch lohnt, dann *hängt in der Tat die ganze Rechtspraxis davon ab, dass eines nicht manifest wird: die Krise.* Wenn an die Gebrauchsgüter für den alltäglichen Bedarf nicht mehr durch die Vermittlungen des Tausches heranzukommen ist, dann verliert die Vertragsform ihre Gültigkeit. So wird aber auch das Rechtssubjekt als Zurechnungspunkt der Vertragsfähigkeit und Vertragsverpflichtung prekär und damit der Schutz der Rechtsperson, d.h. ihres Eigentums und ihres konkreten Leibs vor dem unmittelbaren Zugriff des Staates und der Anderen.

Das Privatrecht als die Form der Vermittlung des Äquivalententausches, ist das Recht in seiner reinsten Form. Der sedimentierte Inhalt dieser Form ist der gleiche und gerechte Tausch. Als Zivilrecht kennt es nur freie Rechtspersonen, die sich auf dem Markt begegnen. Die Rechtsperson ist, wie sich oben gezeigt hat, eine von allen konkreten Bestimmungen, außer der Zurechenbarkeit ihres Eigentums und damit dem Recht, dieses Eigentum zu verkaufen, losgelöster Zurechnungspunkt. Es muss eine Instanz voraussetzen, die diese Rechtspersonen auch zwingen kann, ihre Verträge einzuhalten, die weiter die Zurechenbarkeit der Rechtsperson, die ja immer als konkret leibliche mit individuellem Bewusstsein existiert, gewährleisten und sie muss der Rechtsperson gewährleisten, dass alle Bedingungen erhalten bleiben, damit die Rechtsperson weiter Rechtsperson bleiben kann: diese Instanz ist die sogenannte Öffentlichkeit – vertreten durch Institutionen, der Staat. Er muss die für die Allgemeinheit des Tausches notwendige Abwesenheit äußerer Gewalt sicherstellen, die Identifizierbarkeit der Rechtspersonen garantieren und die allgemeinen Bedingungen für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktion bereitstellen. Weil der Äquivalententausch auch nur dann ein Tausch formal gleicher und freier Warenbesitzer sein kann, wenn alle Rechtspersonen vor dem Gesetz gleich behandelt werden, muss auch das Verhältnis der staatlichen Institutionen zueinander und des Staates zu den Rechtspersonen erstens überhaupt genau geregelt werden und zweitens nach dem Grundsatz der formellen Gleichheit geregelt sein. Dem *öffentlichen Recht* sind wesentlich Staatsrecht, Steuerrecht, Verwaltungsrecht und Sozialrecht zuzurechnen (8). Das Strafrecht gehört einerseits formal zum öffentlichen Recht, weil hier die Öffentlichkeit gegen eine Privatperson verhandelt, ist aber andererseits auch derjenige Bereich des öffentlichen Rechts, der dem Privatrecht am nächsten kommt. Weil ihm auch eine eigene Logik zukommt, wird es später gesondert dargestellt.

Das Öffentliche Recht

Zuvor wurde nur die formale Seite des zivilen, bürgerlichen Rechts betrachtet. Weil die Krise aber in der Welt ist, seit es Geld als Kapital gibt, muss sich das Recht, dessen Idealtypus überzeitlich ist, auf seiner eigenen Grundlage gewissermaßen verzeitlichen, es muss zur Aufrechterhaltung seiner eigenen Bedingungen auch innerhalb des Rechts fließend übergehen bis hin zum Tagesbefehl. Nicht aus purer Willkür der Beteiligten, sondern in Vorwärtsverteidigung des status quo müssen so auch schon mal, wie in der Euro-Krise, über Nacht Gesetze beschlossen und ratifiziert werden. Ökonomie und Recht sind beide aufeinander angewiesen, doch wie in der Fabel von Hase und Igel muss das Recht einerseits der ökonomischen Entwicklung immer einen Schritt voraus sein, auf die es andererseits immer nur reagieren kann. Im öffentlichen Recht amalgamieren sich die überzeitliche Notwendigkeit, die allgemeinen Bedingungen des Tausches aufrechtzuerhalten – und die dem entsprechende staatliche Ordnung der freien und gleichen Warenbesitzer und Rechtssubjekte – mit den Reaktionen auf die je spezifischen innen- wie außenpolitischen Situationen. Die Schwierigkeit, die das öffentliche Recht bislang noch jeder Rechtstheorie bereitet, liegt darin begründet, dass sich der Niederschlag des politischen Willens in der Wirklichkeit des Rechts nicht vom Recht trennen lässt, weil die Staaten jeweils in bestimmten historischen, politischen und ökonomischen Situationen stehen. Davon abstrahiert die liberale Auffassung, die den Staat auf die Funktion als negativer Friedensrichter, der die Einhaltung der Verträge und die allgemeine Sicherheit gewährleisten soll, reduzieren möchte.

Auch ergeben sich aus der gesellschaftlichen Form selbst inhaltliche Ausgestaltungen des Rechts, wie die Bestimmungen zur Rechtsfähigkeit. Rechtssubjekt etwa wird man einerseits mit einem Schlag: Tatsächlich und buchstäblich erwirbt man die vollständige Mündigkeit wundersam über Nacht. Andererseits veranschlagt das Recht fast ein Viertel der Lebenszeit bis man soweit ist; es kann also so ganz einfach und selbstverständlich doch nicht sein, die Fähigkeiten zum Rechtssubjekt zu erwerben. Und untrennbar gehört zu diesem Prozess die persönliche Abhängigkeit und Gewalt der eigentlich vorbürgerlichen Form der Familie, die – auch das gehört zur Ambivalenz des Rechts selbst – einerseits staatlich geschützt wird und werden muss und doch andererseits immer wieder in Konflikt mit ihm gerät: vom banalen Rückflug aus dem Urlaub nach Schulbeginn bis hin zu den meist fragwürdigen Gestalten, die ihr Kind zuhause vor der Schule (9) (und etwa dem Sexualkundeunterricht) zu beschützen müssen glauben.

Das öffentliche Recht ist der Bereich, in dem durch Sozialgesetzgebung und Gesundheitsverordnungen in permanenter Vorwärtsverteidigung der sogenannte soziale und öffentliche Frieden, sowie die allgemeinen Bedingungen fortgesetzten Äquivalententauschs aufrechterhalten werden.

Dabei spielt es nur eine höchst untergeordnete Rolle, wie realistisch eine jeweilige Gefahr für die gesamtgesellschaftliche Ordnung tatsächlich ist. Eben weil es die grundlegende Aufgabe von Staatlichkeit ist, die Grenzen von Legalität und Illegalität eindeutig zu definieren, ist grundsätzlich jede Handlung gegen den Geist des Gesetzes und den Willen des Gesetzgebers, die nicht vom Recht eindeutig erfasst ist, mag sie für sich genommen gesamtgesellschaftlich noch so irrelevant sein, eine prinzipielle Gefahr für die Ordnung des Rechtsstaates. Das heißt umgekehrt aber auch, dass jede nicht von der rechtlichen Ordnung erfasste Handlung tendenziell als verbrecherisch erscheinen muss, zumal, wenn sie weithin als moralisch verwerflich eingestuft wird (10). So gehen dann auch zahlreiche Gesetzesänderungen mit öffentlichen Skandalen einher, wie bei der aktuellen Verschärfung des Sexualstrafrechts und der „Edathy-Affäre" oder dem noch anstehenden neuen Prostitutionsgesetz und der medialen Präsenz von „Zwangsprostitution" – letzteres wird auch nicht nur das Strafrecht betreffen, sondern vor allem das Gewerberecht.

Insofern Gesetzesänderungen oftmals Reaktionen gar auf Einzelfälle sind, ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass es im öffentlichen Recht oftmals de facto Sonderrechte gibt: Das kann für bestimmte Berufsgruppen, wie Beamten generell oder speziell Soldaten und Polizisten gelten oder auch für bestimmte Arten des Gelderwerbs, die nach dem politischen Willen eingedämmt werden sollen, wie die Prostitution. Auch die Förderung bestimmter Berufszweige, sei es durch das Steuerrecht oder durch Subventionen (man denke nur an die deutsche Landwirtschaft) gehört in jenen Bereich. Das gilt auch für Religionsgemeinschaften: So geht etwa die Kirchensteuer historisch auf die Enteignung der katholischen Kirche zu Beginn des 19. Jahrhunderts zurück, weshalb der Staat die Versorgung der Geistlichen übernahm. Auch die Einführung der obligatorischen Zivilehe durch Bismarck entstammt dem sogenannten „Kulturkampf" gegen den Einfluss der katholischen Kirche; davon wirkte noch bis 2009 die als Ordnungswidrigkeit geltende „religiöse Voraustrauung" nach, die Priester mit einer Geldbuße belegte, die Paare trauten, ohne vorher geschlossene standesamtliche Ehe. Ihrem Geist nach handelt es sich dabei natürlich um Sonderrechte, die aber den Grundsätzen der Allgemeinheit und Gleichheit entsprechend formuliert sein müssen.

So findet die staatliche Abwehr anonymer Gefahren und der Kampf gegen potentielle oder tatsächliche Staatsfeinde auch in das Strafrecht Eingang und passt sich dort den gesellschaftlichen Gegebenheiten an. Der Volksverhetzungsparagraph (§ 130 StGB) war im 19. Jahrhundert noch ein staatliches Instrument gegen Aufrufe zum Klassenkampf. Obwohl er sich natürlich speziell gegen die Agitation aus der Arbeiterbewegung richtete, war er natürlich gemäß rechtlichen Gleichheitsgrundsätzen formuliert (11). Seine Neuausrichtung gegen nationalsozialistische Propaganda erfuhr er um 1960, nachdem eine Reihe von Brandanschlägen auf Synagogen auch im Ausland für öffentliches Aufsehen sorgte. Insbesondere die sozialdemokratische Opposition, aber auch Vertreter jüdischer Organisationen kritisierten die Neufassung als ein Sonderrecht für Juden (12) – und hatten damit aus formalrechtlicher Perspektive durchaus nicht unrecht. Auch die weiteren Änderungen des § 130 in den 1980er und -90er Jahren fanden in Reaktion auf neonazistische Aktionen und internationale Berichterstattung darüber statt. Natürlich handelt es sich dem Geist nach um ein Sonderrecht, das zunächst vor allem Juden als Opfer des Nationalsozialismus und später auch andere Opfer alter und neuer Nazis schützte – auch wenn diese gemäß dem Gleichheitsgrundsatz in der rechtlichen Norm nicht eigens erwähnt werden (13).

Der Widerspruch von Privileg und Gleichheitsgrundsatz ist nur ein Ausdruck des zentralen Widerspruchs zwischen der allgemeinen rechtlichen Form und der spezifischen politischen Situation. Das Recht löst weder, noch entscheidet es diesen Widerspruch, sondern enthält ihn und macht ihn zu einem rein nominalen Ordnungsproblem: hinter welchem allgemeinen Rechtsgut kann das Sonderrecht als dem Gleichheitsgrundsatz adäquat erscheinen (14)? Soweit die Logik des formalen Rechts, ihre eigenen, nicht-rechtlichen, sondern politischen, gesellschaftlichen usw. Voraussetzungen verdrängt, soweit muss auch das öffentliche Recht sich selbst um seinen Sonderrechtscharakter betrügen.

Sonderrechte für bestimmte Glaubensgemeinschaften, religiöse Institutionen, politische Vereinigungen, oder auch Gewerkschaften sind von daher nicht grundsätzlich einer dem Recht fremden Sphäre entnommen, die dem rechtlichen Grundsatz der formalen Gleichheit von außen widerspricht, sondern gehören der Antinomie des öffentlichen Rechts selbst an: Nämlich einerseits dem Grundsatz der formellen Gleichheit sich zu verpflichten, andererseits aber in ganz bestimmten historischen und politischen Situationen eine ganz bestimmte Staatsraison durchzusetzen. Das kann man im Einzelfall nun politisch kritisieren; einen grundsätzlichen Bruch mit dem Rechtsprinzip kann man aber nur dann darin erblicken, wenn man das Recht selbst als widerspruchsfreies und statisches System denkt (15).

Praktisch kann das Recht seine eigenen Bedingungen nur in permanenter Vorwärtsverteidigung und im Bruch mit dem Grundsatz formaler Gleichheit erhalten. Die Rechtsform kann sich nicht in ihrer reinen Formalität erhalten, sondern bedarf der Sonderrechte zur Erhaltung ihrer Voraussetzungen.

Während also das Zivilrecht weitgehend formal-allgemein ist und den Äquivalententausch zum allgemeinen Inhalt hat, ist das öffentliche Recht notwendig immer schon ein Besonderes in der Form des Allgemeinen. *Universell* ist das Recht bestenfalls in der Rechts*idee*, die das universelle Tauschprinzip begleiten muss, niemals aber als geltendes Recht – jedes geltende Recht muss zwischen Staatsbürgern und Nicht-Bürgern grundlegend unterscheiden. Das öffentliche Recht vermittelt zwischen Besonderem und Allgemeinen, wobei das jeweils Allgemeine insofern natürlich selbst ein Besonderes ist, insofern der jeweilige Staat ein besonderer, mit eigenen innen- und vor allem außenpolitischen Interessen ist (wobei man speziell in Deutschland unfähig ist, außenpolitische Interessen als außenpolitische Interessen und nicht als allgemein universale Ethik zu formulieren).

Es war Hegel der hervorgehoben hat (und Joachim Bruhn, der daran erinnerte), dass in der bürgerlichen Gesellschaft eine wirkliche, personifizierte Vermittlung egoistischer Privatinteressen und dem Allgemeininteressen (des Staates) stattfindet: im Stand der Tapferkeit, dem Soldaten. Was sich im Friedenszustand noch als besonderer „Stand" – heute würde man sagen: Beruf – von der Gesellschaft absondert, drängt als reale Vermittlung der Zerrissenheit in bourgeois und citoyens, die sich noch durch die Subjekte hindurchzieht, immer schon auf die Erhebung dieses Besonderen zur Allgemeinheit. Die „Aufopferung für die Individualität des Staates [ist] das substantielle Verhältnis aller und hiermit *allgemeine Pflicht*"(16). Das ist das Unwahre – nicht in dem Sinne, dass es nicht stimmen wür-

de, sondern dass es sich wirklich so unvernünftig verhält – des Liberalismus bzw. des bürgerlichen Rechts, das Hitler wie kein anderer Bürger durchschaute, als sich die Deutschen unter seiner Führung aus einer Gesellschaft in nichts als ein opferbereites Mordkollektiv verwandelten. Weder in einer Fragmentierung des Besonderen gegenüber der Allgemeinheit des Rechts, noch umgekehrt, in einer von außen aufgezwungenen Verallgemeinerung des Rechts, liegt jener Übergang vom bürgerlichen zum totalen Staat, sondern der Nationalsozialismus war die Verallgemeinerung des besonderen Soldatenstandes zur Volksgemeinschaft und die unmittelbare Besonderung dieses Allgemeinen zum Volksgenossen. Auf institutioneller Ebene war die Verwandlung des Rechts in den Führerbefehl eine Bedingung dieser Transformation, aber nicht mit ihr in dem Sinne identisch, dass diese Transformation mit der Re-demokratisierung der Institutionen verschwunden wäre. Die Nazifizierung der bürgerlichen Gesellschaft hat in Deutschland bereits stattgefunden und die postnazistische Demokratie ist ökonomisch, politisch und im spezifischen Verhältnis der Deutschen zum Staat ihr Resultat. Darüber aber betrügt sich ein „Wehret den Anfängen"-Antifaschismus, der so tut, als würde diese Transformation erst in der Zukunft drohen. Und ebenso ein Anti-Antisemitismus, der den Antisemitismus ausschließlich als eine mehr oder weniger verbreitete Meinung behandelt und glaubt, das Verhältnis der Deutschen zu den Juden ohne Auschwitz denken zu können.

Das Strafrecht

Vielleicht weil es irgendwie spektakulärer ist und sich auch für Literatur und kulturindustrielle Produktion besser eignet als das Privatrecht, vielleicht aber auch, weil es älter ist als das moderne Recht, nimmt man in der Regel das Strafrecht, statt des Zivilrechts zum Ausgangspunkt für Bestimmungen des Rechts. Nicht zuletzt das Strafrecht verleiht dem Recht in toto einen Gutteil seiner Plausibilität: Denn tatsächlich kann sich niemand wünschen, in einem Zustand zu leben, in dem ungestraft gemordet, geprügelt und vergewaltigt werden darf. Die Frage ist allerdings, ob die Verhinderung von Gewalt, oder, was auch manchmal behauptet wird, die Besserung von Straftätern, der zentrale Zweck des Strafrechts ist. Weder in den Gesetzbüchern, noch in der juristischen und gesellschaftlichen Praxis wird man dafür jedenfalls eine Bestätigung finden. Beides mag zwar für den konkreten Strafvollzug – oder auch für die sogenannte Sicherungsverwahrung – eine Rolle spielen, macht jedoch gewiss nicht den Kern des Strafrechts aus.

Zur Rationalität des bürgerlichen Rechts rechnet ja gerade die Abstraktion der Tat vom Täter – unter dem Gesichtspunkt einer moralischen Besserung des Täters (die, um das in aller Deutlichkeit zu sagen, gewiss nicht wünschenswerter als das bestehende Recht sein kann) würde diese Abstraktion überhaupt keinen Sinn machen (17). Die Bedeutung zentraler Kriterien des Strafrechts – wie Vorsatz, Fahrlässigkeit und Unzurechnungsfähigkeit – würde sofort ihren Sinn verlieren, ginge es etwa um die Begleichung eines entstandenen Schadens. Zudem werden wohl die meisten Straftaten in Ausnahmesituationen oder von Wiederholungstätern begangen. Ginge es um die Verhinderung von Straftaten, macht es wenig Sinn, jemanden zu bestrafen, der in einer Situation eine Straftat begangen hat, in die er höchstwahrscheinlich ohnehin nicht wieder kommen wird. Und wieso sollte man unter diesem Gesichtspunkt einen Wiederholungstäter, der höchstwahrscheinlich ohnehin wieder gewalttätig werden wird, nach seinen begangenen Straftaten bestrafen und nicht einfach wegsperren?

„Man stelle sich für einen Augenblick vor, daß das Gericht sich tatsächlich nur mit der Erwägung dessen abgäbe, auf welche Weise die Lebensbedingungen des Angeklagten derart verändert werden könnten, daß er entweder gebessert oder daß die Gesellschaft vor ihm geschützt würde – und der ganze Sinn der Bezeichnung »Strafe« verflüchtigt sich sofort"(Paschukanis)(18).

Die Strafe, heißt es bei Kant in bemerkenswerter Klarheit „kann niemals bloß als Mittel, ein anderes Gut [...] zu befördern, für den Verbrecher selbst oder für die bürgerliche Gesellschaft, sondern muß jederzeit nur darum wider ihn verhängt werden, weil er *verbrochen* hat; denn der Mensch kann nie bloß als Mittel zu den Absichten eines anderen gehandhabt und unter die Gegenstände des Sachenrechts gemengt werden, wowieder ihn seine angeborne Persönlichkeit schützt, ob er gleich die bürgerliche einzubüßen gleich wohl verurteilt werden kann" (KW VIII, 453). Dass sie ihre „Schützlinge" wie Dinge behandeln kann man freilich den Sozialpädagogen, die angetreten sind aus den Straftätern, wie es heißt, „wertvolle Mitglieder der Gesellschaft" zu machen, getrost ins Stammbuch schreiben. Das formale Prinzip, das hinter der Bestrafung steht, ist für Kant das der reinen Gerechtigkeit: „Nur das Wiedervergeltungsrecht [...], aber wohl zu verstehen, vor den Schranken des Gerichts (nicht in deinem Privaturteil), kann die Qualität und Quantität der Strafe bestimmt angeben; alle anderen sind hin und her schwankend, und können, anderer sich einmischenden Rücksichten wegen, keine Angemessenheit mit dem Spruch der reinen und strengen Gerechtigkeit enthalten"(ebd., 454). In anderen Worten: das bürgerliche Strafrecht ist die objektivierte, formalisierte und durch das Äquivalenzprinzip gemilderte Form der *Rache*. Objektiviert, weil nur der Staat das Recht hat, sie zu vollstrecken, formalisiert weil er es ohne Ansehung der konkreten Person, etwa ihrer Herkunft und ihres Geschlechts tut, ohne eigenes Interesse an der Strafe und – zumindest seinem Begriff nach – in strikter Trennung von privater Moral und Recht. So ist in das Strafrecht materialiter ein Prinzip eingegangen, das aus der Sphäre des Tauschs stammt: Die Äquivalenz von Schuld und Strafe (19). An das Äquivalenzprinzip ist das Recht gebunden, indem ihre Quantität neben dem Straftatbestand im Strafgesetzbuch festgehalten ist, woran die Rechtspraxis sich zu halten hat.

Nach der *reinen* Lehre der Äquivalenz von Schuld und Strafe fällt es zunächst schwer, dem Argument Kants für die Todesstrafe für alle Mörder etwas entgegenzuhalten: Denn was sonst sollte der Tötung äquivalent sein, als die Tötung des Täters? Gegenüber dieser logischen Rationalität des Rechts erweist sich das selbstverständlich humanere, auf die Todesstrafe zu verzichten, seinerseits als irrational. Selbst noch das beliebte Argument gegen die Todesstrafe, dass sie nämlich, einmal exekutiert, im Falle eines Irrtums des Gerichts, irreversibel sei, bestätigt das Äquivalenzprinzip. Irreversibel ist nämlich auch die im Gefängnis verbrachte, unwiederbringliche Lebenszeit. Sinn macht dieses Argument daher nur, sofern die Entschädigung für den als unschuldig erwiesenen Haftinsassen sich ohne Ansehung der unwiederbringlich vergangenen Zeit als Ausgleich der reinen Quantität eines Schadens – so als ob er außerhalb der Zeit entstanden wäre – gedacht wird.

Doch Kants rigorose Härte gegen den Mörder basiert darauf, dass er die Kategorie der (strafrechtlichen) Schuld rational zu fassen versucht, indem er sie an den realen Schaden zurückbindet. Allerdings abstrahiert das moderne Strafrecht bei der Bestimmung der Schuld weitgehend von diesem konkreten Schaden, den ein Geschädigter erlitten hat – insofern eben die Schuld nicht im Schaden für den Geschädigten besteht, sondern allein in der abstrakten Schädigung der *vom Staat gesetzten Norm* (vgl. Paschukanis a.a.O., S. 177f.). Aus der formalen Perspektive, die keiner besser beherrschte als Kant, muss die souveräne,

unableitbare Setzung der staatlichen Norm als ein Moment der Willkür und Irrationalität erscheinen. Es ist allerdings kein Zufall, dass Kant hier als Beispiel die Äquivalenz von Mord und Todesstrafe wählt. Bei einem Diebstahl wäre es deutlich weniger plausibel, zu sagen, es sei einsichtig, dass die Strafe nur 4-Jahre Gefängnis sein kann. Die jeweilige quantitative Bestimmung einer Strafe ist zwar unableitbar, aber darum noch nicht willkürlich: sie hat allerdings außerrechtliche Gründe; wie im öffentlichen Recht wirken sich hier permanent spezifische gesellschaftliche Situationen – und immer wieder öffentliche Skandale – in der quantitativen Bestimmung strafrechtlicher Normen aus (20).

Das verglichen mit vergangenen Strafsystemen humane des bürgerliche Rechts, seine Abstraktion von allem Besonderen und damit einhergehend die Bestrafung der bürgerlichen Rechtsperson anstelle des Leibes selbst, ist zugleich aber auch ein irrationales Moment des Strafrechts: Dass, im Grundsatz unabhängig von der besonderen Situation, die Verletzung einer Norm die Strafe *unausweichlich* verlangt. „Wenn die Gerechtigkeit untergeht, so hat es keinen Wert mehr, daß Menschen auf Erden leben"(KW VIII, 453) – so kommentiert Kant im Anschluss an seine Argumentation für die Todesstrafe den Spruch, es sei besser, dass ein Mensch sterbe, als daß das ganze Volk verderbe.

Der Artikel wird im nächsten Heft der Pólemos fortgesetzt.

Anmerkungen:

(1) So konzediert die *Redaktion Bahamas* in ihrer Einladung zum Kongress „Das Unbehagen in der Zivilisation" eine „dem Recht innewohnende Tendenz zur Selbstaufhebung" um dann (implizit gegen meinen Artikel zur Beschneidungsdiskussion aus Pólemos # 05 „Endlich wieder Juden kritisieren") einzuwenden, dies legitimiere nicht „den Gedanken der *Allgemeinheit des Rechts preiszugeben* zugunsten einer *Rechtsverachtung*, für die das bürgerliche Recht per se nicht wahrheitsfähig ist und daher vernünftigerweise gar nicht an seinen eigenen Prämissen gemessen werden kann"(http://redaktion-bahamas.org/aktuell/20141206konferenz.html, herv. L.E.). In einem anderen Artikel, selbst merkwürdig raunend, wer denn nun gemeint sei, meint Justus Wertmüller: „Die *Rule of Law mit dem totalen Staat in einen Topf zu werfen* [...] gehört zu den peinlichen Beiträgen zur Beschneidungsdebatte von Leuten, die bei jeder *Gelegenheit* wissend ‚Behemoth' und ‚Leviathan' raunen" (Vgl., Wertmüller: „Und wer ist so fremd wie der Jude", in: *Bahamas #66*, S. 40, herv. L.E.). In meinem Artikel hatte ich geschrieben: „Weil das Recht prinzipiell zwischen Wahrheit und Meinung gar nicht unterscheiden kann – was pragmatisch betrachtet durchaus den *Vorzug des auf Allgemeinheit*, Gleichheit und Dauer *angelegten Rechts* gegenüber jedem Versuch darstellt, staatliche Herrschaft situationsgebunden auf einen positiv zu erfüllenden Zweck auszurichten – muss es systematisch, so sehr es auch *im Zweifelsfall gegen eine negative Aufhebung zu verteidigen wäre*, unter dem Niveau jedes emphatischen Vernunft- und Wahrheitsbegriffes bleiben" (Vgl. Pólemos # 05, S. 4, herv. L.E.). Was ich nun preisgegeben und in einen Topf geworfen habe, mag entscheiden, wer besser lesen kann, als diese Kritiker. Mit dem denunziatorischen Ausdruck der *Rechtsverachtung* – als sollte nicht etwa der Schutz der Einzelnen durch das Recht, sondern Ehre und Achtung *des Rechts selbst* verteidigt werden – aber wird der Gegenstand moralisiert, um sich auf eine Diskussion gar nicht erst einlassen zu müssen.

(2) Die amerikanische Verfassung etwa verspricht aus gutem Grund gerade nicht das Glück, sondern schützt (regulativ) das individuelle *Streben* nach Glück. Das „bürgerliche Glücksversprechen", das gelegentlich auch in ideologiekritischen Kreisen als positiver Bezugspunkt auftritt, ist eine contradictio in adiecto, weil das private Glück nach bürgerlichem Staats- und Rechtsverständnis den Staat aus guten Gründen nichts angeht. Den bürgerlichen Staat (und seine Gesellschaft) dafür zu kritisieren, dass er das Glück aller nicht verwirklichen könne, kann in der Konsequenz nur auf einen totalen Staat hinauslaufen, dergestalt wie Aldous Huxley ihn beschrieben hat und wie ihn sich Esoteriker herbeisehnen.

(3) Hier wäre zu unterscheiden zwischen der Freiheit im Recht und einer Freiheit, die man *Freiheit zum Recht* bzw. Freiheit zur Liebe zum Recht nennen könnte: Jedes Rechtsorgan, also jeder Anwalt, Richter, Vollstrecker usw. muss natürlich, solange er Organ ist, wie ein Organ handeln. Lieben muss er das nicht.

(4) So waren kurz nach dem Ende des Krieges im Grunde alle Rechtsmittel vorhanden, die ehemaligen Nazi-Täter vor den Kadi zu bringen. Bis 1959 allerdings wurde von Behördenseite keine systematische Nachforschung, Sammlung von Beweisen und Initiative zur Anklage der Täter betrieben, sondern nur aufgrund individueller Klagen überhaupt ermittelt, was wegen der geringen Beweismenge die dazu angeführt werden konnte, zu einer extrem hohen Quote an Freisprüchen führte. Einen Rechtsbruch hat damit aber keineswegs irgendeine der beteiligten Behörden begangen. (Vgl. Otto Kirchheimer: Über den Rechtsstaat, in: Ders.: Politische Herrschaft. Fünf Beiträge zur Lehre vom Staat. Frankfurt am Main 1967, S. 122-149, hier S. 136-139).

(5) Vgl. Marx: Das Kapital Band I. MEW 23, S. 50 Fn. 5.

(6) Vgl. Kant: *Metaphysik der Sitten*, KW VIII, 355-360 (§§ 4-6 des Privatrechts).

(7) Und: Wenn es ebenfalls im Willen beider Vertragspartner liegt, dass der Wechsel des Besitzes sich in der Form des Vertrages vollzieht. Der Ladendieb etwa wünscht wohl den Besitzwechsel – aber ohne Vertrag.

(8) Den Juristen zählt auch das Völkerrecht zum öffentlichen Recht, das jedoch von keiner über den Staaten stehenden Instanz durchsetzbar und daher gar kein Recht, sondern mit Hegel gesprochen bloß „gelten sollendes Recht" ist. (Vergleiche dazu die Arbeiten von Gerhard Scheit). Das heißt allerdings auch, dass das Recht gar nicht universell sein kann, und es so zwar einen Universalismus des Tausches, aber keinen des Rechts geben kann, es sei denn als „Wahn vom Weltsouverän" (Scheit): Kein geltendes Recht kann auf die Setzung eines Staatsvolkes verzichten.

(9) Diese Ambivalenz von formalem Ordnungshüter und der inhaltlichen Setzung bestimmter Werte findet sich bspw. im Schulgesetz wieder. Als „Auftrag der Schule" formuliert §1 (2) des Baden-Württembergischen SchG: „Über die Vermittlung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten hinaus ist die Schule insbesondere gehalten, die Schüler in Verantwortung vor Gott, im Geiste christlicher Nächstenliebe, zur Menschlichkeit und Friedensliebe, in der Liebe zu Volk und Heimat, zur Achtung der Würde und Überzeugung anderer, zu Leistungswillen und Eigenverantwortung, sowie zu sozialer Bewährung zu erziehen". In Abgrenzung von Diktaturen erlaubt die demokratische Schule auch ein bisschen Kritik, denn weiterhin ist es ihr Auftrag „zur Anerkennung der Wert- und Ordnungsvorstellungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu erziehen, die im einzelnen eine Auseinandersetzung mit ihnen nicht ausschließt, wobei jedoch die freiheitlich-demokratische Grundordnung, wie in Grundgesetz und Landesverfassung verankert, nicht in Frage gestellt werden darf" (ebd.).

(10) Anders verhält es sich natürlich im umgekehrten Fall, wenn eine definitiv illegale oder in einer rechtlichen Grauzone anzusiedelnde Handlung im Sinne oder Dienste des Rechts, Staats oder Gemeinwohl begangen wird. So führen die gelegentlich ja auch durch die Medien geisternden Skandale etwa um prügelnde Polizisten, die sich anschließend gegenseitig decken, bislang kaum zu Gesetzen, die eine stärkere Kontrolle der Polizei ermöglichen.

(11) „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu zweihundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft" (§ 130 StGB in der

Fassung von 1871). Dass der § 130 heute diese Stoßrichtung nicht mehr hat, heißt natürlich nicht, dass das Recht heute dem Klassenkampf gegenüber aufgeschlossener wäre, sondern liegt daran, dass er heute anders als im 19. Jahrhundert keine Bedrohung mehr darstellt. Die Diskussionen um die Reform des § 130 beginnen Ende der 1950er Jahre kurz nach dem Verbot der KPD; die Gewerkschaften waren zu diesem Zeitpunkt durch die Sozialpartnerschaft in den Staat integriert und die SPD hatte sich vom Klassenkampf verabschiedet. Der § 130 wurde in seiner damaligen Form überflüssig, weil der Feind, gegen den er sich richtete, restlos besiegt war.

(12) Der SPD-Abgeordnete Adolf Arndt sprach in den Parlamentsdiskussion um 1959 von einem „Judenstern-Gesetz". (Vgl. Peter Reichel: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. München 2001, S. 152). Das Gesetz wurde zunächst gekippt, aber nach der international für Aufsehen sorgenden antisemitischen Schändung der Kölner Synagoge Weihnachten 1959 doch verabschiedet, wobei sich die Kritiker grundsätzlich damit durchsetzen konnten, dass statt der „Aufstachelung zum Rassenhass" der Angriff auf die „Menschenwürde anderer" justiziabel wurde. Um den Gleichheitsgrundsatz zu gewährleisten, ist weiterhin von „Teilen der Bevölkerung" die Rede, gegen die zum Hass aufzustacheln strafbar ist. Die vollständige Formulierung des Gesetzes vom Juni 1960 lautete: „Wer in einer Weise die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören (1) die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er zum Hass gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt, (2) zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder (3) sie beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis fünf Jahren bestraft" (Reichel: Vergangenheitsbewältigung, S. 154). Da aus den Parlamentsdiskussionen (die grundsätzlich zur Interpretation von Gesetzen herangezogen werden) jedoch klar hervorgeht, dass mit den betroffenen „Teilen der Bevölkerung" vor allem Juden gemeint sind, wurde auch an dieser Gesetzesfassung kritisiert, es handle sich um ein Sonderrecht (was es natürlich seinem Gehalt nach auch war und ist).

(13) Es würde hier zu weit führen, ließe sich aber mühelos zeigen, dass das eigentlich mit dem § 130 geschützte Rechtsgut, die Ehre und das Ansehen des deutschen Volkes ist. Es soll hier der Hinweis auf den Vorläuferprozess zur neuen Rechtsnorm genügen: 1957 wurde Ludwig Zind, der sich als ehemaliger SD-Angehöriger stolz der Ermordung hunderter Juden brüstete, wegen Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener für diesen Straftatbestand ungewöhnlich hoch zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Anklage und Gericht begründeten diese Höhe mit dem Schaden „für das Ansehen des deutschen Volkes" (Vgl. Reichel: Vergangenheitsbewältigung, S. 144 f.).

(14) Beim Volksverhetzungsparagraphen ist dies erstens die allgemeine Einschränkung der Meinungsfreiheit durch das zweifelhafte Rechtsgut der Ehre und zweitens der Schutz der öffentlichen Ordnung. Schon rein ordnungstechnisch gesehen, gehört der § 130, wie auch der damals eigens gegen die RAF eingeführte § 129a zu den „Straftaten gegen die öffentliche Ordnung". Unter öffentlicher Ordnung versteht das Bundesverfassungsgericht „die Gesamtheit der ungeschriebenen Regeln, deren Befolgung nach *den jeweils herrschenden sozialen und ethischen Anschauungen* als unerlässliche Voraussetzung eines geordneten menschlichen Zusammenlebens innerhalb eines bestimmten Gebiets angesehen wird"(Vgl. www.juraforum.de/lexikon/oeffentliche-ordnung ; herv. L.E). Es versteht sich von selbst, dass dieses Rechtsgut im Kern nicht zur herkömmlichen Verbrechensbekämpfung, sondern zur innenpolitischen Feinderklärung und -verfolgung gedacht ist.

(15) Weil sie das Recht nicht kritisch begreifen, sondern loben will, kann die *Redaktion Bahamas* einerseits in der Beschneidungsdebatte die Position der formalen Seite des Rechts einnehmen und angesichts des Beschneidungsgesetzes dramatisierend von der Abschaffung des Rechtsstaates zugunsten völkischer Sonderrechte sprechen, sich aber dann wenig später in ihrer Erklärung „Wir staatstragende Staatsfeinde" wesentlich auf den Volksverhetzungsparagraphen berufen (vgl. http://www.redaktion-bahamas.org/aktuell/20140723aufmaersche.html). Dazu musste der Volksverhetzungsparagraph zu einem Gesetz, das „öffentlich propagierten Antisemitismus als schlimmsten Ausdruck der Aufstachelung zum Hass [...] unter Strafe stellt" (ebd.) umgedeutet werden, was – stünde etwa der Antisemitismus so im Gesetz – ein offener Bruch mit eben der formellen Seite des Rechts wäre. Dass Antisemiten strafrechtlich verfolgt werden, ist zwar ohne Zweifel begrüßenswert, der gegenwärtige Volksverhetzungsparagraph aber richtet sich nicht gegen den Antisemitismus, sondern schützt die öffentliche Ordnung und die Ehre von den in § 130, 1 (1) kryptisch aufgezählten „nationalen, rassischen, religiösen oder durch ihre ethnische Herkunft bestimmten Gruppen", sowie von „Teilen der Bevölkerung" und Einzelpersonen, die wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer dieser Gruppen bedroht oder diffamiert werden. Es ist gerade der im Wortlaut verschwiegene Sonderrechtscharakter, der (bislang noch) verhindert, dass etwa Islamkritiker genauso rechtlich verfolgt werden, wie Antisemiten.

(16) G.W.F. Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts, §325. Präziser als bei Bruhn, lässt es sich nicht zusammenfassen: „Allerdings hatte Marx niemals den Beweis führen können, Hegel sei an der Vermittlung von Bourgeois und Citoyen gescheitert, denn sein Gegenstand [der Kritik des Hegelschen Staatsrechts] waren eben nur die §§ 261 bis 313, d.h. bloß ein Auszug des Hegelschen [...]innere[n] Staatsrecht[s]. [...]Denn hätte Marx nur weitergelesen und -kritisiert, dann wäre ihm aufgefallen, daß Hegel in den §§ 321–329 ‚Die Souveränität gegen außen' behandelt, sodann ‚Das äußere Staatsrecht' darstellt und da eben die Vermittlung von Bourgeois und Citoyen gibt, deren Absenz Marx ihm ankreiden will: in der Gestalt des Soldaten. Die Vermittlung also existiert allerdings, nicht jedoch als Versöhnung, sondern als Tod, in der bedingungslosen Pflicht zum Töten und zum Opfer. Der Staat darf, sagt Hegel, ‚nicht nur als bürgerliche Gesellschaft' betrachtet werden (Grundlinien § 324, Zusatz), sondern als die Nation in ihrer Grenze, die das ‚Hingeben der persönlichen Wirklichkeit' an den ‚absoluten Endzweck', an die ‚Souveränität des Staates' (§ 328) impliziert. Der Soldat versöhnt, in äußerster Negativität, den konkreten Egoismus mit dem abstrakten Altruismus des in der Form des Subjekts konstituierten Individuums, er verkörpert das ‚Bereitsein zur Aufopferung im Dienste des Staates' (§ 327). Die Subjektform ist die Uniform, Rechtsform ist Mordauftrag. Darin ist ‚das Interesse und das Recht des Einzelnen als ein verschwindendes Moment gesetzt' (§ 324), also der Kamerad und Volksgenosse, und letztlich die Verwandlung der bürgerlichen Gesellschaft ins Mordkollektiv, d.h. der ‚Umschlag der Gleichheit des Rechts ins Unrecht durch die Gleichen' und die Verwandlung der Subjekte aller Klassen in ‚eine hundertprozentige Rasse' (Theodor W. Adorno/Max Horkheimer, Dialektik der Aufklärung)" (Joachim Bruhn: Subjektform ist die Uniform. URL: http://www.ca-ira.net/isf/beitraege/bruhn-subjektform.uniform.html).

(17) Foucault, bei dem die „Besserung" eben „Normierung" heißt, verfehlt daher in seiner Kritik am Strafvollzug von Anfang an seinen Gegenstand, indem er die Bedeutung der Strafe von ihrem Zusammenhang im Recht losreißt.

(18) Vgl. Eugen Paschukanis: Allgemeine Rechtslehre und Marxismus. Freiburg 2003, S. 178.

(19) Bereits Aristoteles sah im Verbrechen daher einen unfreiwillig abgeschlossenen Vertrag.

(20) Solche politischen Wertungen sichtbar zu machen, erlaubt ein Gedankenspiel. Vergleichen wir die Quantität der Strafe bei Verletzung der Norm einmal mit dem erlittenen Schaden in Hinsicht auf verschiedene Straftaten: Die Verletzung der Norm, einen anderen nicht umbringen zu dürfen, ist im Hinblick auf die Quantität der Strafe geringer als der vom Getöteten erlittene Schaden. Bei einem Diebstahl allerdings verhält es sich andersherum: Die Norm setzt die Quantität der Strafe weit über dem konkret erlittenen Schaden an. Relativ zum erlittenen Schaden wiegt also das Strafrecht Eigentumsdelikte schwerer als Mord und Totschlag.

Das Lachen und das Unbewusste

Über den gesellschaftlichen Charakter des Lachens

von David Hellbrück

Wenn man etwas so witzig findet, dass man lachen *muss*, wenn gleich die ganze Runde spontan in schallendes Gelächter *ausbricht*: dann sollte man wohl meinen, so reflexhaft, so unkontrolliert wie sich solche Situationen darstellen, dass hier Natur, schlechthin Naturzwang am Werk sei.

Mit Fingerzeig auf die vermeintliche Frohnatur kann man aber ebenso wenig Gesellschaft wie Natur erkennen (1). Ein Witz, der dem Hörer ein Lachen abverlangt, wird beim nächsten Mal vielleicht betretenes Schweigen erwirken. Am Lachen lässt sich also so wenig die gesellschaftliche Totalität entfalten wie an einem Film die ganze Kulturindustrie; doch kann man zeigen, dass das Lachen nicht allein und zuerst ein natürlicher Vorgang ist, wie gemeinhin angenommen. Bedürfnis, Gestik, Mimik und im strengeren Sinn auch die Wahrnehmung des Individuums sind ein immer wieder zu leistendes Resultat der Vermittlung von Natur, Geschichte und Gesellschaft durch den Einzelnen. Die Differenz zwischen Gesellschaft und Individuum darf dabei allerdings nicht zur Unkenntlichkeit verschwimmen; vielmehr ist auf die Differenz zu insistieren, um die gegenwärtige Vergesellschaftung denunzieren zu können. Mit der Freudschen Psychoanalyse ließe sich gerade an dieser Trennung festhalten und mit dem Ödipuskomplex darauf hinweisen, dass das Subjekt ohne *Ver*drängung (2) und andere Abwehrmechanismen des Ichs den Komplex, nicht ohne Schaden zu nehmen, bewältigt.

Lachen und Spaß

Als die Wiener Polizei kurz nach Weihnachten 2012 um 4.00 Uhr morgens ein Camp streikender Flüchtlinge räumte, skandalisierten die Protestierenden die „brutale Räumung" und verwiesen auf ein dreiminütiges Video. Die suggerierte Brutalität von Polizisten zeigt sich im dargebotenen Beweismaterial nicht. Im Gegenteil: äußerst behutsam, aber mit schwerem Gerät unter grell-weißer Beleuchtung, so dass der Anschein eines chirurgischen Eingriffs erweckt wurde, setzte man dem Protestcamp im Sigmund-Freud-Park ein Ende. Niemandem fiel die Gruppe Polizisten auf, die lachend den Einsatz eines kleinen Krans, der gerade die Zelte zermalmte, bewachten. Die Gewalt hätte man durchaus konstatieren können, jedoch nicht im Bild von mutmaßlich prügelnden Polizisten, sondern in der sadistischen Haltung der Gruppe Polizisten, die sich während des Einsatzes selbstgefällig vermutlich Witze erzählten und frohen Gemüts herzlich lachten. Doch, und das war allen Beteiligten im stillen Einvernehmen klar, gab es offenkundig nichts zu lachen. Szenen wie diese sind alltäglich und das Lachen gilt gemeinhin immer als Ausdruck freudiger Unterhaltung, doch gerade an dieser einzelnen Szene hätte man die Brutalität, die Flüchtlingen in Europa entgegenschlägt, abbilden können. Dass das Gelächter der Gruppe, das den Ausschluss eines Dritten evoziert, in diesem Fall die Geräumten trifft, ist nur eine der mannigfachen gesellschaftlichen Funktionen des Lachens.

Lachen muss kein notwendiger Ausdruck von Spaß sein, wie beim Betrachten der von der Lachindustrie produzierten Kultur, sei es im TV oder im Kabarett, ebenso deutlich wird. Das Publikum Volker Pispers' oder Georg Schramms, das sich in den eineinhalbstündigen Programmen der linken Pausenclowns zum Gelächter provoziert fühlt, sagt mehr über seine eigene desatröse Geisteshaltung aus, als ihm lieb sein dürfte. Politisches Kabarett und Comedy begegnet dem geneigten Publikum in der Regel als aggressive Triebabfuhr, ohne sich als rein solches zu erkennen zu geben.

Witz und Traum

Vor dem Hintergrund der 1900 publizierten *Traumdeutung* ist die 1905 veröffentlichte, laut dem Freud-Biographen Peter Gay, unbekannteste Schrift Sigmund Freuds *Der Witz und die Beziehung zum Unbewussten* zu lesen. Die auf Ablehnung stoßende Hypothese des Unbewussten im Frühwerk *Die Traumdeutung* war folgenschwer für die damaligen Erkenntnisse der Psychoanalyse (3). Parallel zur Traumarbeit (4) spricht Freud von der Witzarbeit. Noch im analytischen Teil seiner Arbeit über *Die Technik des Witzes* formuliert er erste Zusammenhänge zwischen Traum und Witz: „Eben dahin weisen aber auch die Techniken des Gedankenwitzes, die Verschiebung, die Denkfehler, der Widersinn, die indirekte Darstellung, die Darstellung durchs Gegenteil, die samt und sonders in der Traumarbeit wiederkehren." (IV, 85) (5) Die „lustbringende Verdichtung" (IV, 159) (6) ist eine der größten Gemeinsamkeiten beider. Es ist jedoch nicht die *Technik des Witzes* allein, die an den Traum erinnert, sondern vielmehr, wie der Titel des Werks bereits verrät, die Beziehung zum Unbewussten, die beide kennzeichnet. Die Traumbildung besteht aus der „Versetzung der vorbewußten Tagesreste ins Unbewußte [...], sodann die eigentliche Traumarbeit im Unbewußten, und drittens die Regression des so bearbeiteten Traummaterials auf die Wahrnehmung als welche der Traum bewußt wird." (IV, 154) Allein die Regression des Gedankengangs zur Wahrnehmung ist für den Witz nicht gegeben. Die Witzbildung beim Produzenten besteht dann darin: „Ein vorbewußter Gedanke wird für einen Moment der unbewußten Bearbeitung überlassen und deren Ergebnis alsbald von der bewußten Wahrnehmung erfaßt." (IV, 155). Freud unterscheidet zudem nicht nur zwischen Traum und Witz, sondern auch zwischen Witzproduzent und -rezipient und betrachtet, wie in all seinen Arbeiten, den Witz, der mindestens zwei Personen benötigt, unter verschiedenen psychoanalytischen Aspekten (7).

„Harmloser" Witz

Für Freud gibt es einerseits vier Arten des tendenziösen Witzes und anderseits den „harmlosen oder abstrakten" Witz (IV, 109f). Die ‚harmlosen' Witze, wie Freud sie nennt, zeichnen sich durch die Tendenzlosigkeit aus: sie sind sich in der Beziehung Selbstzweck, da sie darauf ab-

zielen, Lust zu entlocken. Er bestimmt zunächst, dass „nur derjenige Witz, welcher eine Tendenz hat, Gefahr [läuft], auf Personen zu stoßen, die ihn nicht anhören wollen." (IV, 86) Auf dieser Darstellungsebene benennt er noch nicht die Instanz, die später das Über-Ich heißen wird, und entweder als Zensurstelle oder auch als Ausdruck der „kritischen Vernunft" Erwähnung findet. Durchaus der Schwierigkeiten des Sozialen im Witz bewusst (8), in der er sich vom Traum unterscheidet (9), ist er auf der Suche nach geeignetem Material und wählt folgenden ‚harmlosen' Schüttelreim: „Und weil er Geld in Menge hatte, lag stets er in der Hängematte." (IV, 87) Es darf als bekannt vorausgesetzt gelten, dass Leute, die Geld besitzen, sich nicht zwingend auf ihren Lorbeeren ausruhen müssen, sondern sie ebenso mit dem Ausgeben von Geld beschäftigt sein können. Freud kennzeichnet diesen Wortwitz als einen der harmlosesten aller Witze, doch in Zeiten der *Occupy*-Bewegung erscheinen solche Witze, ob am Stammtisch in der Kneipe verbreitet oder im deutschen Kabarett geblökt, gerade tendenziös. Gleich wohl diese Wortwitze im strengeren Sinn aus dem Grund tendenzlos bleiben, da man sich beinahe sicher sein kann, dass niemand ein solches Ressentiment im Witzkleid mit einer Zurechtweisung des Erzählers strafen wird. Gerade unter prekär beschäftigten Akademikern dürften solche Witze ebenso wie unterm „Pöbel" zirkulieren. Mit einem saloppen Spruch über Besserverdienende kann man sich der Lacher, solange kein „Störenfried" anwesend ist, gewiss sein. Den Geschmack der Aggressivität wird der Witz, so betrachtet, nur schwer los. Andererseits könnte man einwenden, der Witz sei einem sehr faulen, zu Geld gekommenen Produzenten kurz nach dem Aufstehen aus der Hängematte in den Sinn gekommen und trüge daher einen selbstironischen Zug. Es ist nicht in aller Eindeutigkeit zu klären, ob es sich bei dem Witz, wenn sich die Motive des Produzenten nicht einwandfrei klären lassen, tatsächlich um einen tendenziösen oder ‚harmlosen' handelt. Nicht nur war Freud daran gelegen, tendenziöse von harmlosen Witzen zu unterscheiden um letztendlich ein Motiv bei der Witzproduktion anzunehmen, sondern auch um auf den gesellschaftlich vermittelten Zeitkern zu insistieren. „Ich meine das Moment der *Aktualität*, das bei sehr vielen Witzen eine ausgiebige Lustquelle darstellt und einige Eigentümlichkeiten in der Lebensgeschichte der Witze erklärt. [...] Wir können aber nicht vergessen, daß wir vielleicht noch stärker als über solche perennierenden Witze über andere gelacht haben, deren Verwendung uns jetzt schwerfällt, weil sie lange Kommentare erfordern [...] Nach dem Erlöschen dieses Interesses, nach der Erledigung der betreffenden Affaire hatten auch diese Witze einen Teil ihrer Lustwirkung, und zwar einen recht beträchtlichen Teil, eingebüßt." (IV, 116) Dass sich allerdings ein manchmal so ‚harmlos' gerierter Witz zu einem aggressiven oder obszönen entwickeln kann, und welcher sozialen Dynamik der Witz im Besonderen und das Lachen im Allgemeinen unterworfen ist, ist ihm auch bei allem Verständnis über die soziale Tätigkeit des Witzes, entgangen. Als der oben genannte Witz von Freud notiert wurde, hatte er die Aggressivität gegen finanziell Wohlhabende nicht vor Augen. Den grassierenden Antisemitismus, der nicht nur im Witz, sondern auch in den zahllosen zeitgenössischen Karikaturen (in der Zeitung *La Libre Parole*) immer wieder Ausdruck findet, hätte er im Anschauungsmaterial zusammentragen können. In der weiteren Darstellung über die Aktualität des Witzes gibt er folgende Anspielung auf die Dreyfus-Affäre wieder: „Dieses Mädchen erinnert mich an Dreyfus; die Armee glaubt nicht an ihre Unschuld." (IV, 116) Mit dem Hinweis, dass dieser Gedankenwitz 1905 – gerade einmal elf Jahre nach der ersten Verurteilung von dem Hauptmann Alfred Dreyfus – verblasst sei, fährt Freud fort. Doch die Allusion, die damals an eine mit „frischer Erregung besetzte Angelegenheit" erinnerte, ist angesichts des damals anhaltenden Antisemitismus in der französischen Gesellschaft, der Theodor Herzl die Überlegungen zum Zionismus formulieren ließ, bis heute nicht in Vergessenheit geraten. „Das Wort ‚Unschuld'", so Freud in *Die Technik des Witzes,* „auf dessen Doppelsinn der Witz aufgebaut ist, hat in dem einen Zusammenhang den gebräuchlichen Sinn mit dem Gegensatz: Verschulden, Verbrechen, in dem anderen aber einen sexuellen Sinn, dessen Gegensatz sexuelle Erfahrung ist." (IV, 49) Schuldbeladen ist das „Mädchen" durch den Umgang mit vielen Liebhabern („die Armee glaubt nicht") und wird demzufolge öffentlich angeklagt. Ob der Witzproduzent nun damit sein Motiv, das etwa so lauten könnte, ausdrücken möchte: „Ich wäre auch gerne einer der Liebhaber, sie wird mir die sexuelle Begierde allerdings verwehren und aus dem Grund denunziere ich sie als Flittchen, die von einem ganzen Armeebataillon sich beglücken lässt"; kann aus der Ferne nur spekuliert werden, nicht aber in aller Gewissheit beantwortet. Der Produzent könnte auch ein anderes Motiv haben: „Ich möchte auf die Aktualität der Dreyfuß-Affäre in einer eigentümlichen Manier anspielen und sie durch den Witz wieder ins Gedächtnis rufen. Das „Mädchen" gilt ihm nur als anzüglicher Verweis in dem schändlichen Umgang mit Dreyfuß; er selbst ist von der Unschuld beider überzeugt, die Armee jedoch nicht." Mit dieser zugegeben unterhaltsamem detektivischen Arbeit kann man Stunden verbringen und nie wird man ohne nachzufragen (der Analytiker würde weitergehen und sagen: ohne zu deuten), das Ergebnis mit jeder Sicherheit eruieren können. Trotzdem lassen sich einige Vertreter, die Freuds Schrift wie einen Werkzeugkasten behandeln, genau auf solche Spielereien ein.

Allein am Material kann also keine Aussage über das Motiv des Produzenten getroffen werden (10). Es kann weder in der Witzproduktion noch in der –rezeption ein Motiv unterstellt werden. Auf dieser Darstellungsebene, bei der die meisten Adepten Freuds bereits stehen bleiben, lässt sich keine allgemeingültige Aussage über das Lachen begründen (11). Freud versucht in die „subjektiven Bedingungen der Seele" bei einem Witz von Heinrich Heine vorzudringen, stellt aber aus guten Gründen keine weiteren Versuche an. (IV, 132f.)

Drang nach dem Witz

Während sich beim ‚harmlosen' Witz das Motiv für Freud erübrigt, da einzig die Absicht Lust zu gewinnen verfolgt wird, liegen in den tendenziösen Witzen auch andere Absichten verborgen. Dennoch weicht er im entscheidenden Sinn die Dichotomie zwischen ‚harmlosen' und tendenziösen Witzen auf. „Wenn gleich wir vorhin festgesetzt haben, daß solcher Witz als harmloser, noch nicht tendenziöser, zu bezeichnen sei, werden wir doch nicht verkennen dürfen, daß strenggenommen nur der Scherz tendenzlos ist, d. h. allein der Absicht, Lust zu erzeugen, dient. Der Witz – mag der in ihm enthaltene Gedanke auch tendenzlos sein, also bloß theoretischem Denkinteresse dienen – ist eigentlich nie tendenzlos; er verfolgt die zweite Absicht, den Gedanken durch Vergrößerung zu fördern und

ihn gegen die Kritik zu sichern. Er äußert hier wiederum seine ursprüngliche Natur, indem er sich einer hemmenden und einschränkenden Macht, nun dem kritischen Urteil, entgegenstellt." (IV, 125) Das „kritische Urteil" wohnt jedoch im Produzenten selbst. Einmal ist die Tendenz gegen eine zweite Person gerichtet und ein anderes Mal gegen die eigene. Die Kritik richtet sich gegen das 1905 noch nicht so bezeichnete Über-Ich: „Der Gedanke sucht die Witzverkleidung, weil er durch sie sich *unserer* Aufmerksamkeit empfiehlt, uns bedeutsamer, wertvoller erscheinen kann, vor allem aber, weil dieses Kleid *unsere* Kritik besticht und verwirrt. [Hrvg. von mir, D.H.]" (IV, 125) Der Erzähler eines Witzes, der auch – wie festgestellt wurde – scheinbar harmlos sein kann, sich aber unter Berücksichtigung der sozialen und gesellschaftlichen Umstände erst als harmlos beweisen muss, kann den Einfall, der sich ihm aufdrängt, nicht weiter – ebenso wie der Hörer das Warten auf die Pointe – aufschieben. Gerade die Witze mit Tendenz mögen von einer solchen inneren Spannung beim Produzenten gekennzeichnet sein. Diese Witze benötigen, nicht wie die Komik, oder wie der Scherz – bei dem es sich um keinen Witz handelt (12) – einen Witzproduzenten (Erzähler), einen Witzrezipienten (Hörer) und einen zweiten an dem sich der Witz zeigt oder auch entlädt (Objekt). Das produktionsästhetische Problem einen Witz unter Hemmung nicht erzählen zu wollen (oder zu können), lässt sich durch die *Psychogenese des Witzes* erhellen. Im Spiel mit Worten fing das Kind an, Reiz am Verbot zu üben. „Es benützt nun das Spiel dazu, sich dem Drucke der kritischen Vernunft zu entziehen. Weit gewaltiger sind aber die Einschränkungen, die bei der Erziehung zum richtigen Denken und zur Sonderung des in der Realität Wahren vom Falschen Platz greifen müssen, und darum ist die Auflehnung gegen den Denk- und Realitätszwang eine tiefgreifende und lang anhaltende; selbst die Phänomene der Phantasiebetätigung fallen unter diesen Gesichtspunkt. Die Macht der Kritik ist in dem späteren Abschnitt der Kindheit und in der über die Pubertät hinausreichenden Periode des Lernens meist so sehr gewachsen, daß die Lust am ‚befreiten Unsinn' sich nur selten direkt zu äußern wagt." (IV, 119) Wie substantiell diese Aussage ist, wird später, im Bezug auf die zentrale Bedeutung des Ödipuskomplexes, der mit der Kastrationsdrohung endet und die Latenzzeit in Bewegung setzt, noch deutlich. Die Absicht des Produzenten durch einen Witz Lust zu gewinnen, besteht genauer darinnen: „Lust aus Ersparung an psychischen Aufwand, Erleichterung vom Zwange der Kritik" zu provozieren. Die Macht der Kritik geriert sich im Über-Ich und speist sich aus der Anerkennung des Vaters als Konkurrenten, der trotz physischer Abwesenheit in jedem Individuum erhalten bleibt. Einen Gedanken in einen Witz zu kostümieren, reduziert nicht nur die Gefahr, dass der Gedankeninhalt so explizit nicht veräußert werden will, sondern auch, dass er beim Hörer auf Kritik stößt. Der Gedanke oder auch das Wortspiel muss vor dem Produzenten selbst ins Witzkleid kostümiert werden, und zum anderen gegenüber dem Publikum. Diese für Freud geltende Hemmungsbesetzung im Unbewussten, muss im Witz aufgehoben werden, da ansonsten kein Witz entstanden wäre. Der Produzent muss zunächst den Widerstand überwinden, wobei er sich nicht sicher sein kann, ob diese Verkleidung auch fortan gelingt. Ist er sich dessen sicher, wird er auch annehmen, dass der Hörer diese Verkleidung erkennt und die Tarnung zu dechiffrieren weiß, ohne dass unser eingekleideter Gedanke als zu aggressiv oder obszön erscheint, doch gerade noch so, wie er Lust zu bereiten genötigt ist. Daher gleicht der Witz auch einem Drahtseilakt. Erzählt man – wie oft auf Familienfeiern – zu viele, wird man als Scherzbold gelten, erzählt man hingegen keinen als humorlos. Doch soll die Hemmungsersparnis auch dem Hörer gelingen, muss im Unbewussten des Hörers die nämliche Besetzungsenergie entbunden werden. Der Produzent nimmt daher eine psychische Übereinstimmung beim Hörer an. Sie verfügen beide – zumindest in der hypothetischen Annahme – über die nämlichen inneren Hemmungen. (IV, 142) Als wahres Dankeschön erhält der Produzent den Lacher, der im Hörer ebenso den Ersparungsaufwand an Hemmungen mitteilt. Dieser Aufwand kann, wahrlich im Sinne einer Erleichterung, abgelacht werden. Der Produzent findet nicht nur Gefallen an der Produktion des Witzes, der Witzlust, indem er sich vom Zwang der Kritik befreit, sondern noch größeren Gefallen an der Verlockungsprämie, die ihm durch das Lachen des Hörers winkt, und in das er gegebenenfalls einstimmen kann. Als Produzent kann er über den vorgetragenen Witz nicht lachen, ansonsten würde er vielleicht auch der Asozialität frönen: Die komisch zu nennende Intuition des Einzelnen, der die Komik in einer Sache, die nicht objektiv komisch sein muss, für sich selbst behält und sich im Stillen mit einem Lächeln auf den Lippen vergnügt, wird den Vorwurf, Verrat an der geselligen Runde verübt zu haben, nicht los. Die Witzlust ist so nur die Vorlust, die auf noch größere Lustentbindung vorbereitet. Nämlich auf die „Aufhebung der Unterdrückungen und Verdrängungen" (IV, 129) um neue Lust zu erzeugen. Die Vorlust soll die innere Hemmung, einen Witz zu erzählen, aufheben. Der Produzent wird in ‚zivilisierter' Gesellschaft den Eindruck einer äußeren Hemmung nicht los. Daher wird der Produzent des Witzes die ganze Aufmerksamkeit darauf lenken, in welcher Situation er den selben Witz erzählt, der einmal Gelächter provozierte (13).

Verdrängung und Abwehr

Freuds Randbemerkung, „daß die subjektiven Bedingungen der Witzarbeit denen der neurotischen Erkrankung oft nicht fernliegen" (IV, 134), ist nicht ganz unbedeutend. Die Lust am Witz dürfte sein, dass der Gedanke durch die Einkleidung des Witzes die ‚inneren Zensurstellen' passieren kann (14). Die Verschiebungen, Verkehrungen ins Gegenteil, Wendungen gegen die eigene Person und die Verdrängung sind Abwehrmechanismen des Ichs, die das Fernhalten von unlustvollen Gedanken ermöglichen (15). Diese Gedanken und ihre Abkömmlinge werden durch eine quantitative Energie besetzt um aufrechterhalten zu werden. Die Verdrängung ist dabei eine der prägnantesten Abwehrmechanismen auf die im Folgenden deshalb detailliert eingegangen werden soll. Wesen der Verdrängung ist die Abweisung und Fernhaltung einer Sache vom Bewussten. Verdrängungen lassen sich nicht aufzeigen, sie selbst währen in anderer Form fort. In der Urverdrängung, der ersten Phase der Verdrängung, wird die Vorstellungsrepräsentanz eines Triebes (16) ins Bewusste versagt. Die anschließende „eigentliche Verdrängung" (III, 109) ist enorm mobil, erschafft Abkömmlinge der verdrängten Repräsentanz oder „solche Gedankenzüge, die, anderswoher stammend, in assoziativer Beziehung zu ihr geraten sind." (III, 109f.) Diese Abkömmlinge werden durch einen gewissen Kraftaufwand des Ichs dauerhaft besetzt, damit die Erhaltung der Verdrängung

im Es bestehen bleiben kann (17). Verdrängungen schaffen selbst fortdauernd Ersatzbildungen, die in Richtung des Bewusstseins drängen. Diese Ersatzbildungen eines verdrängten Gedankens, die permanent in veränderter Art und Weise zur Verdrängung stehen, sind eine Wiederkehr des Verdrängten. Diese Wiederkehr, das ist entscheidend, kann im Witz begriffen werden. Die Verdrängung selbst wird durch das Hervorrufen nicht (an)erkannt, oder aufgehoben, sondern nur aus einem Zustand der inaktiv, oder mit wenig Energie besetzt ist, hervorgerufen. Freud stellt an anderer Stelle fest, dass der Witz, der von der Ablenkung profitiert, also bewusst vor dem Hörer von sich ablenkt, einen größeren Lacher provozieren würde als solche, die sich ankündigen. (IV, 142f.) Dieses Moment beim Witz ist auf die im Dunkeln schlummernde Triebrepräsentanz zurückzuführen, das er als Ersatzbildung für das Verdrängte, als Gedanke oder Abkömmling der Urverdrängung darstellt; als stetig genötigte Verdrängung des Ichs, an dessen mannigfachen Triebrepräsentanzen der Witz für den Augenblick einer Sekunde zu erinnern scheint. Die im Subjekt entstandene Zensurstelle spielt sich im ödipalen Konflikt ab, dessen Resultat die „ultimative, alles entscheidende Verinnerlichung: die des Eltern- bzw. Vater-Imagos [ist]." (Scheit, 105) (18) Indem Gerhard Scheit den Ödipuskomplex entscheidend für das sich zwingend zu konstituierende Subjekt des Staates und des Kapitals hält, kann er bestimmen, wie das Individuum zum bürgerlichen Subjekt gerinnt (19). „Als Resultat des Ödipuskomplexes existiert Herrschaft nunmehr *im* Individuum: innere Vergesellschaftung des Menschen in einer zur Totalität gewordenen Gesellschaft, deren Elementarform die Familie ist." (Scheit, 105) Dass die bürgerliche Vergesellschaftung die Bedingung der Möglichkeit des Individuums darstellt, sich aus dem äußerlichen Zwang der Blutsurenge zu lösen, sei hier nur beiläufig erwähnt. In dieser „Urszene vermittelter Herrschaft" wächst das Individuum durch die Familie zum Bürger der Nation heran. Die Gewalt des Vaters wird nur durch die des Staates eingeschränkt, somit ist der Zugriff auf das heranwachsende Individuum immer durch Gewalt vermittelt – und zwar im gesellschaftlichen Zusammenhang. Auch antiautoritäre Erziehung, die proklamierte, der physischen Gewalt in der Familie zu entraten, übt selbstverständlich Gewalt, wenn auch in anderer Form, aus. Auch wo das Kind einer Kommunikationsmaschine im nervtötenden Auftreten der Eltern ausgesetzt ist, ist die Kastrationsdrohung enthalten wie im umsichschlagenden, Zwirbelbart tragenden Vater (20). „Der stumme Zwang heißt in der Psychoanalyse: Über-Ich. Er leistet für die Familie, was die Wertform in der Gesellschaft ist: die Form des Subjektes, die sich das Subjekt nicht bewußt machen kann. Darin ist die vergangene Familienkonstellation zu einer Macht geronnen, die das Individuum beherrscht; darin determiniert das Vergangene die Gegenwart; herrschen die Toten über die Lebendigen." (Scheit, 111) Auf die Abwendung vom Ödipuskomplex folgt die Kastrationsdrohung und die Ausbildung des Über-Ichs, damit setzt auch die Latenzzeit ein, die die Sexualentwicklung des Kindes unterbricht, später zwar wiederaufgenommen wird, allerdings ausschließlich in der Fixierung auf Genitalität. In der Abkehr der Partialtriebe ist nicht nur die „Macht der Kritik" des Über-Ichs impliziert, sondern gerade die Verdrängung der Gewalt, die dem Individuum durch die (Kastrations-)Drohung angetan wurde (21). Nun kann tatsächlich von einer Vergesellschaftung des Individuums in aller Eindeutigkeit gesprochen werden. Unlust hervorrufende Gedanken werden mit einer Summe von psychischer Energie besetzt, um verdrängt zu bleiben. Im Witz können diese Vorstellungsrepräsentanzen des Triebes, die verdrängt wurden, für einen kurzen Moment erscheinen, ohne jedoch dauerhaft aufgehoben zu werden. Im Lachen über den Witz wird die Spannung, die durch die freigewordene psychische Energie zur Besetzung des Unlust erzeugenden Gedankens aufgebracht werden musste, abgelacht. Verdrängte Gedanken, die Abkömmlinge, werden im Witz, der eine Ersatzbildung darstellt, wiederholt. „Nichts anderes sind ja die Einfälle, die wir unter Verzicht auf alle bewußten Zielvorstellungen und alle Kritik von ihm [dem Patienten, D.H.] verlangen und aus denen wir eine bewußte Übersetzung der verdrängten Repräsentanz wiederherstellen. [...] Auch die neurotischen Symptome müssen der obigen Bedingung genügt haben, denn sie sind Abkömmlinge des Verdrängten, welches sich mittels dieser Bildung den ihm versagten Zugang zum Bewußtsein endlich erkämpft hat." (III, 110f.) Der Witz als solches ist in dieser Beziehung den neurotischen Erkrankungen, auch wenn es sich bei ihm um keine Art der Neurose handelt, im Fokus auf die Verdrängung sehr nah.

In dem Aphorismus *Die Gesundheit zum Tode* attestiert Adorno der Psychoanalyse, sich an das Bestehende ausgeliefert zu haben statt zu untersuchen, „daß die zeitgemäße Krankheit gerade im Normalen bestehe". „Die libidinöse Leistungen, die vom Individuum verlangt werden, das sich gesund an Leib und Seele benimmt, sind derart, daß sie nur vermöge der tiefsten Verstümmelung vollbracht werden können, einer Verinnerlichung der Kastration in den extroverts, der gegenüber die alte Aufgabe der Identifikation mit dem Vater das Kinderspiel ist, in dem sie eingeübt wurde." (22) Für die gegenwärtige Psychoanalyse gilt jedoch nicht nur, dass sie sich mit den Krankheiten der Normalen nicht beschäftigen möchte, sondern zudem, dass sie die irrationale Rationalität, die durch das Kapital in Bewegung gesetzt wurde, die durch die Subjekte ständig (re-)produziert wird als ein durch die Gesellschaft vermitteltes Prinzip, nicht als Falsches erkennen mag. Ausschließlich muss das Individuum, als stofflicher Träger jener Subjektform, sich auf sein pures Dasein als Arbeitskraftbehälter reduzieren. Leicht könnte auch behauptet werden, dass diejenigen Psychoanalytiker, die sich mit dem Lachen beschäftigen und Freud im Original lasen, geflissentlich das Kapitel über die Beziehung zum Unbewussten – sozusagen als blinden Fleck – übergingen. Aber die Behauptung vom blinden Fleck würde nur kaschieren, dass die gegenwärtige Psychoanalyse dort, wo sie keine Gesellschaftskritik sein möchte, zwingend alle Realität als rational, natürlich und überhistorisch charakterisiert, sie folgerichtig kein Unbehagen im und am Bestehenden äußern kann. Daher mag sie heute oft in Form der Psychotherapie als Anpassungsinstrument ans Bestehende dienen. Jeder Konflikt des Ichs mit seinem Triebleben muss geglättet, jede Ersatzhandlung der neurotisch erscheinenden Type durch die Aufhebung der Verdrängung, die auf Anpassung fixiert ist, statt auf Aufklärung zu zielen, erreicht werden. Verdrängungen und andere Abwehrmechanismen des Ichs werden insofern zwar konstatiert, damit die psychoanalytische Behandlung garantiert werden kann, allerdings verweisen sie nicht mehr auf die Konfrontation des Lustprinzips mit dem der Realität.

Der Verleger des *Psychozial-Verlags*, Psychotherapeut und Anthropologe Prof.

Dr., Dipl.-Psych. Hans-Jürgen Wirth und seine unzähligen Kombattanten, die in der Neuropsychologie Zuflucht gefunden haben, tragen den Sieg (nicht nur) über die Psychoanalyse, die für eine materialistische Kritik nach Marx und Adorno entscheidend ist, davon, sondern gelten als Hinweisschilder einer auf verlorenem Posten stehenden Gesellschaftskritik die sich an das Subjekt zu erinnern gezwungen sieht (23). Wenn Wirth darauf insistiert, dass das Lächeln zu wenig Beachtung gefunden hat, es sich bei ihm um eine angeborene Funktion handele, die im kommunikationstheoretischen Modell von Sender (A) und Empfänger (B) bloß eine Reaktion des Säuglings auf die Mutter sei, dann übergeht er geflissentlich die am Rand notierte, vorsichtig formulierte These Freuds, dass das Lächeln womöglich zum ersten Mal beim Kind auftaucht (und selbstverständlich der Mutter gilt), wenn er seinen Hungertrieb an der Brust der Mutter stillen konnte. Das Lächeln ist so Ausdruck der Triebbefriedigung des Kindes, das durch ein Schreien signalisiert wurde und noch vollends von der mütterlichen Fürsorge (oder wenn sie ihr nicht nachkommt, von der staatlichen Fürsorge) abhängt. Für Wirth, der den Menschen als soziales Wesen stilisiert, dessen Gefühle „neurobiologischer Ersatz für Instinkte" (Wirth, 62) sind, gehen auch Mimik (24) und Gestik in einer allumfassenden Kommunikation zwischen A und B auf. Auch ergebe sich die Aggressivität gegen einen Anderen daraus, so Wirth, „dass der Mensch so sehr viel elementarer mit seinen Mitmenschen verflochten ist als jedes Tier mit seinen Artgenossen. Die Bindung der Menschen einander ist von Beginn an äußerst eng, darum aber auch ambivalent." (Wirth, 66) Wirth führt alles, sobald er kein Namedropping mehr betreibt, auf die Behauptung zurück, dass eben der Mensch so sei, wie er nun mal ist.

Bei Freud finden sich in Bezug auf das Verhältnis von Subjekt und Gesellschaft noch weitaus kritischere Töne – nicht ausschließlich in den kulturkritischen Schriften – als bei vielen heutigen Analytikern, die sich fälschlicherweise in seiner Tradition sehen. „Solange die Heilkunst es nicht weitergebracht hat, unser Leben zu sichern, und solange die sozialen Einrichtungen nicht mehr dazu tun, es erfreulicher zu gestalten, so lange kann die Stimme in uns, die sich gegen die Moralanforderungen auflehnt, nicht erstickt werden. Jeder ehrliche Mensch wird wenigstens bei sich dieses Zugeständnis endlich machen. Die Entscheidung in diesem Konflikt ist erst auf dem Umwege über eine neue Einsicht möglich. Man muß sein Leben so an das anderer knüpfen, sich so innig mit anderen identifizieren können, daß die Verkürzung der eigenen Lebensdauer überwindbar wird, und man darf die Forderungen der eigenen Bedürfnisse nicht unrechtmäßig erfüllen, sondern muß sie unerfüllt lassen, weil nur der Fortbestand so vieler unerfüllter Forderungen die Macht entwickeln kann, die gesellschaftliche Ordnung abzuändern. [...] Kein Anspruch ist ja persönlicher als der auf sexuelle Freiheit, und nirgends hat die Kultur eine stärkere Unterdrückung zu üben versucht als auf dem Gebiete der Sexualität." (IV, 104f.) Gerade die Unterdrückung, die nicht nur in der repräsentativen Form der gegenwärtigen Institutionen wiederzufinden ist, sondern in jener, die das Individuum zu dem beherrschten Subjekt bürgerlicher Gesellschaft gerinnen lässt, die eine Verstümmelung und Verinnerlichung unabdingbar machen, soll durch die Erinnerung an das Individuum kenntlich werden. In der Verachtung der Partialtriebe ist die Verstümmelung, die das Subjekt sich selbst antun musste, präsent.

Zwei Arten des feindseligen Witzes

In der Freudschen Schrift *Die Verdrängung* heißt es, „daß die Triebrepräsentanz sich ungestörter und reichhaltiger entwickelt, wenn sie durch die Verdrängung dem bewußten Einfluß entzogen ist." Die flanierende Triebrepräsentanz findet „extreme Ausdrucksformen, welche, wenn sie dem Neurotiker übersetzt und vorgehalten werden, ihm nicht nur fremd erscheinen müssen, sondern ihn auch durch die Vorspiegelung einer außerordentlichen und gefährlichen Triebstärke schrecken. Diese täuschende Triebstärke ist das Ergebnis einer ungehemmten Entfaltung in der Phantasie und der Aufstauung infolge versagter Befriedigung." (III, 110) Im feindseligen Witz über Schwule, der sich großer Beliebtheit in Männerkreisen erfreut, kann die Triebstärke, wenn der Groll nicht im Lachen sein Echo findet, dem Erzähler bewusst werden. Der infantile Gedanke an Bisexualität erscheint im schwulenfeindlichen Witz in einer umgeschlagenen Feindseligkeit, die nie frei von Sehnsucht ist (25). Dort jedoch nur mit Fixierung auf die angeblich verächtliche Genitalität der Schwulen sich anal zu penetrieren. Der Schlag des Fussballtrainers auf den Hintern seiner Spieler nach erbrachter Leistung wird nur bei der beiderseitigen Gewissheit, heterosexuell zu sein, akzeptiert. Neben der Aggressivität, die im homophoben Witz offenkundig ist, kehrt der Sieg der genitalen Fixierung über die polymorph-perverse Anlage menschlicher Sexualität selbst dort in Form eines gesellschaftlich auf Akzeptanz stoßenden Witz über sich anal penetrierende Schwule wieder. Die Phantasmagorie der Männerzirkel, die homosexuelle Pärchen ausschließlich Analsex haben lässt, ist Voraussetzung um den Gedanken an Erniedrigung zu erhalten. Deswegen hat solche homosexuelle Sexualität, die dem nicht folgt, keinen Platz in dieser Vorstellungswelt. Solange die Unterwerfung des Anderen die Phantasie beherrscht, kann sich auch mit der Vorstellung, passiver Geschlechtspart zu sein, abgefunden werden. Allerdings verharrt bei aller aggressiv vorgetragenen Vorstellung, die sich im Witz darstellt, erstaunlicherweise die Fixierung auf den Phallus (26).

Obgleich der Witz oftmals gegen sexuelle Minderheiten gerichtet ist, fällt auf, dass die gesellschaftlich besonders geächtete Gruppe der Pädophilen nur selten zum Gegenstand von Witzen gemacht wird. Das dürfte daran liegen, dass den totschlagbereiten Hass auf Pädophile im Witz einkleiden zu müssen, sich erspart werden kann, da die gegenwärtige Gesellschaft es gestattet, in mordlüsternen Phantasien enthemmt über sie zu reden (27). Demnach ist kein ersparter Hemmungsaufwand, den Freud beim Lachen über den Witz konstatiert, gegeben. Die hier durch den aggressiven Witz evozierte Hemmung ist nicht Quelle der Lust, sondern viel mehr die Ersparnis an Vorstellungsaufwand. Im Ausschmücken der Geschichte, wie man den vermeintlichen Täter mit der Kastration straft, wird dem Hörer die Vorstellung, die er gleichsam witzig findet, erzählt. Bei diesen Arten von Witzen handelt es sich um eine Verschränkung des komischen mit dem feindseligen Witz und ebenso um die Präsenz des Abkömmlings eines verdrängten Gedanken, der sonst Unlust bereitet hätte: In der im Witz kostümierten Vorstellung jemanden, der es ‚wagt' sich an ‚unschuldigen Kindern' zu ‚vergreifen', um ihn in aller Öffentlichkeit an den Galgen zu führen, ihn gar zu kastrieren, gerät nicht nur die Aggressivität zum jetzt lustvollen Gedanken des ‚anständigen' Bürgers, auch die kindliche Lust

soll in der permanenten Überbetonung der ‚Unschuld des Kindes' verdrängt werden. Doch nicht nur die eigene Begierde nach sexueller Erfahrung in der Kindheit, sondern gerade in der öffentlich geäußerten Sehnsucht nach der Hatz auf (vermeintliche) Pädophile wird der nun lustvolle Gedanke mit einem Kind (gar mit einem Jungen) sexuell verkehren zu wollen, verdrängt. Zudem scheinen im Hass auf Sexualstraftäter auch weitere Projektionen von Bedeutung zu sein: in dem Dokumentarfilm *Auf Teufel komm raus* von Julie Kreuzer und Mareille Klein stellte sich während der Dreharbeiten heraus, dass mehrere weibliche Demonstrantinnen, die sich gegen einen ins Dorf gezogenen verurteilten Sexualstraftäter engagierten, selbst Opfer von Vergewaltigungen wurden und diese Geschehnisse nie aufarbeiten konnten, sich so an einem gesellschaftlich anerkannten Hassobjekt (einem Fremden) ausagieren durften (28).

Die Masche des deutschen Satirikers

Wiederum ist der zynische Witz (der ebenso eine Tendenz aufweist), der gegen Institutionen gerichtet ist, und eine vermeintliche subversive Note enthält, als Verdrängung der Gewalt, die in uns eingefahren ist, zu dechiffrieren. „Es lässt sich laut sagen, was diese Witze flüstern, daß die Wünsche und Begierden des Menschen ein Recht haben, sich vernehmbar zu machen [...]" (IV, 104). Obwohl gesellschaftliche Institutionen, ohne weitere Androhung von Strafe, kritisierbar sind, denkt der Satiriker, der dem zynischem Witz anheimfällt, besonders selbstlos zu handeln. Komiker und Satiriker können ihre scheinbar provokative Geste nur dann als solche verkaufen, wenn sie sich besonders kritisch wähnen, d.h. wenn sie sich in der Regel als potentiell bereits Angeklagte aufspielen. Der Witz als solcher entzieht sich jeglicher Kritik. Im Spiel mit Worten lotet der Satiriker das Verbot aus und muss sich als Verfolgter inszenieren. Dass er dies wie die Redaktion der Satirezeitschrift *Titanic* auch noch mit einem besonders kritischen Gestus, der als radikaler Stachel im Spott über das Andere zu überwintern sich verkauft, ernst genommen werden möchte, ist nur die Kehrseite dessen, dass der Satiriker ständig bei einem noch so ernsten Thema die Fassade der Ironie aufrechtzuerhalten sich verpflichtet fühlt. Wird er dazu verleitet, die Maskerade abzuschminken, entstellt er sich unweigerlich und entlarvt sein ödes politisches Programm, das er als subversive Kritik getarnt hat. Für die Satire gilt wie für den Witz, dass nur die Abkömmlinge einer Verdrängung dort für einen Moment aufblitzen um wieder in der Versenkung zu verschwinden. Witze solcher Art müssen sich besonders radikal etikettieren, da sie sonst nicht nur keinen Adressaten finden würden, sondern auch im Nichts verpuffen würden. Hier folgt auf die Revolte die Resignation, oder anders: es handelt sich um eine Spielart der konformistischen Revolte. Sofern von dem Augenblick, dem Lacher, nicht ausreichend gezehrt werden kann, wird die Verfolgung inszeniert. Hier liegen die Gemeinsamkeiten zwischen einem bei breiten Publikum beliebten Dieter Nuhr und einem in linken Kreisen überschätzten Leo Fischer begründet. Nuhr, gegen den im Oktober 2014 Strafanzeige gestellt wurde, weil er sich in zahlreichen, vergangenen Sketchen über den Islam lustig machte, prahlte im Internet regelrecht mit dieser Anzeige (29). Um Nuhr entstand in Kürze ein medialer Rummel, den auch ein Kulturkritiker wie Fischer auf den Plan rief. Fischer, der mitverantwortlich war, den Papst mit befleckter Soutane 2012 auf dem Cover der *Titanic* zu platzieren, ging damals in ähnlichen Tönen mit der vom Vatikan gestellten Strafanzeige hausieren (30). Die Pointe der Geschichte ist, dass Fischer sich im Dezember 2014 in der *Konkret* über die Masche Nuhrs, die Strafanzeige zu Marketingzwecken zu verwenden, mokierte; dabei fiel ihm freilich nicht auf, dass die *Titanic* mit der selben Masche ihr Überleben sichert (31). Die Grundlage des deutschen Satirikers wäre in Windeseile der unkritischen Haltung als allein kulturindustrielles Unterhaltungsformat für das stets einverstandene, sich linksdünkende, deutsche Publikum überführt worden (32).

Komik

In dem letzten Kapitel spricht Freud – ausgehend vom Witz also – über Komik und Humor. Eine der bis heute einflussreichsten Schriften über die Komik ist 1900 von dem französischen Lebensphilosophen Henri Bergson unter dem Titel *Das Lachen* erschienen und untersucht mehr das über die Komik erzeugte Lachen als das Lachen selbst. Er hält fest, dass das Lachen „etwas wie eine soziale Geste" (Bergson, 23) sei. „Stellungen, Gebärden und Bewegungen des menschlichen Körpers sind in dem Maße komisch", so Bergson im ersten Kapitel, „als uns diese Körper dabei an einen bloßen Mechanismus erinnern." (Bergson, 28) Zunächst finden sich diese Betrachtungen auch mit Freuds Behauptung, dass das Lachen über Komik aus einer Ersparnis an Vorstellungsaufwand einer Sache folgt, im gewissen im Sinn Einklang.

Die Komik, nach Freud, hat mit dem Witz einiges gemein, nicht jedoch die Beziehung zum Unbewussten, sondern steht eher in der Beziehung zwischen Kind und Erwachsenem. Komik bewegt sich vermutlich im Spannungsfeld zwischen dem Bewussten und dem Vorbewussten. Auch wenn Freud den Satz nicht verteidigen wollte, notierte er: „Komisch ist das, was sich für den Erwachsenen nicht schickt." (IV, 211) Denn jene Vergleiche, die für das Kind noch „Lacher reiner Lust" (IV, 208) bedeuteten, weil sie nicht Ausdrücke der Komik darstellen, wirken für die Erwachsenen nur noch als Mittel bloßer Überlegenheit, Verächtlichmachung usw. Verbotenes in Form der Hemmung mag auch bei der Komik mitschwingen, denn die Herabsetzung eines anderen mit Mitteln, auf die sich nicht durch wahrheitsfähig zu prüfende Sätze antworten lässt, gehören sich in der rationalen Welt des Erwachsenen nicht.

Doch bei Bergson wird die Komik – eben nicht in dem Maße wie bei Freud – zudem in seiner sozialen (oder viel eher gesellschaftlichen) Funktion in das Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. So beschreibt er die kleine Gemeinschaft, die sich im Schoß der großen bildet, im Sinne seiner Annahme, dass das Lachen sich aus dem Mechanischen des Menschlichen ergebe, das dazu gezwungen wird, sich in Bewegung zu versetzen. Er erklärt, dass die starren Einzelnen durch den Lacher in das Kollektiv integriert werden müssen: „Sie zwingt jedes ihrer Glieder, auf seine Umgebung zu achten, sich ihr anzupassen und zu vermeiden, daß es sich in seinen Charakter zurückzieht wie in ein Schneckenhaus. Sie sorgt dafür, daß über jedem, wenn nicht gerade die Drohung einer Strafe, so doch die Furcht vor einer Demütigung schwebt; und mag die Demütigung auch leicht sein, sie ist dennoch gefürchtet. Da nun das Lachen für den, dem es gilt, immer ein wenig demütigend ist, kann man es als eine wahre soziale Züchtigung betrachten." (Bergson, 90) Dies ergebe sich aus der „Unfähigkeit des Menschen, sich der Gesellschaft anzupassen." (Bergson,

89) Diese Züchtigung, die Unterwerfung des Einzelnen unter das Kollektiv, das die Nichtidentität ausradiert, erkennt er unweigerlich als Korrektiv, „als eine nützliche Funktion", obgleich sie nicht immer „Zeichen von Wohlwollen oder gar Gerechtigkeit ist." (Bergson, 124) Der Einzelne hat nach Bergson die Demütigung durch das Lachen zu ertragen, „[i]nfolgedessen muß es in der Person, der es gilt, eine peinliche Empfindung hervorrufen. Durch ihr Gelächter rächt sich die Gesellschaft für die Freiheiten, die man sich ihr gegenüber herausgenommen hat. Das Lachen würde seinen Zweck verfehlen, wenn es von Sympathie und Güte gekennzeichnet wäre." (Bergson, 124)

Trotz des affirmativen Bezugs auf die Gesellschaft hat Bergson eine allzu treffende Beobachtung gemacht, denn beinahe in jedem Gelächter, auch in dem des manisch allein Lachenden, ist die ganze von der Gesellschaft erzwungene Versagung, die sich der Einzelne antun muss und sich anders nicht äußern kann, enthalten. Weder durch Einspruch noch durch Einwand lässt sich auf das rächende Gelächter antworten. Auch wenn nicht die durch Demütigung erzwungene Integration in die konkrete Gruppe stattfindet, sondern eher die Ausgrenzung des Einzelnen aus dieser die Folge ist, ist doch der Anpassungscharakter des Einzelnen an die Gesellschaft entscheidend. Im Mitmachzwang, das kein Nein akzeptieren möchte, will die Gesellschaft das Ausgeschlossene durch Gleichmacherei integrieren. Es geht soweit, dass selbst dann, wenn der Einzelne nicht der konkreten Situation ausgesetzt ist, sein Anpassungsverhalten (das darin bestehen könnte, Kritik abzuwenden) lebt, indem die selbst auferlegte Vorzensur fortschreitend betrieben wird. Auch das Lachen des Einzelnen, der nur für sich lacht, steht nicht außerhalb des Gesellschaftlichen, sondern im direkten Bezug zur Gesellschaft. So gibt es für das Lachen kein entrinnen, kein positiv zu findendes oder ein zu rettendes, da alles von der rational erscheinenden Irrationalität des Ganzen umspannt und in sich aufgesogen wird. Einzig in der Aufklärung darüber liegt vielleicht das subversive Potential noch begraben.

Humor

Im Galgenhumor ist anschaulich die Form des Humors zu sehen, die Freud vor Augen hatte, als er in Abgrenzung zum Witz und zur Komik ein paar Bemerkungen einstreute: Jemand, der Montags zu seiner Exekution geführt wird, kommentiert die Szene mit dem Satz: „Na, diese Woche fängt gut an." Das sich bietende Bild für den Zuschauer, jemanden in seinen letzten Minuten diese Absurdität sagen zu hören, wo doch von ihm erwartet werden würde, Angst zu äußern, oder gar der Versuch unternommen werden sollte, zu fliehen, wird durch die Gewissheit, dass er nicht mal mehr diesen Tag überstehen wird, sich allerdings sechs unheilvolle weitere Tage wünscht, humorvoll. Diese Person gilt, wenn auch nicht unmittelbar für den Zuschauer, der keine sonderlich großen Sympathien für den Gehängten aufbringen muss und über diesen Satz spotten mag, als humorvoll, da die Lust einen ersparten Gefühlsaufwand ihre Quelle nennen darf. Mit der Situation einen humoristischen Umgang zu finden und daraus auch noch Lust zu gewinnen, muss sich dem Zuschauer nicht zwingend aufnötigen (anders als bei den Berufshumoristen). Einzig der Produzent kann genügsam einen Umgang mit der Realität finden, ohne dass der Ärger überwiegt. Daher kann der Humor „als die höchststehende dieser Abwehrleistungen aufgefaßt werden. Er verschmäht es, den mit dem peinlichen Affekt verknüpften Vorstellungsinhalt der bewußten Aufmerksamkeit zu entziehen, wie es die Verdrängung tut, und überwindet somit den Abwehrautomatismus; er bringt dies zustande, indem er die Mittel findet, der bereitgehaltenen Unlustentbindung ihre Energie zu entziehen und diese durch Abfuhr in Lust zu verwandeln." (IV, 217)

In Freuds späteren Schrift von 1927 *Der Humor* rückt er nicht von seiner 1905 angestellten Untersuchung ab, sondern erweitert sie um die Vermittlung des Über-Ichs, das das Ich (mit dem das Über-Ich auch schon mal in eins fallen kann) väterlich vor der Außenwelt in Schutz zu nehmen scheint, indem es die Bürde, die eine Verletzung des Ichs oder der unlustvoll gehegte Gedanke an eine Sache darstellt, mindert. Das Über-Ich hat hier nicht nur die Funktion der „Zensurstelle", einer moralinsaueren Instanz, einen Gedanken nicht äußern zu dürfen (wie beim Witz), sondern kann gleichsam die humoristische Einstellung des Produzenten herbeiführen, ihn geradezu in Schutz vor dem Realitätsprinzip (Unlustprinzip) nehmen. Der in diesem Moment kaum erträglichen Außenwelt wird mit Selbstbehauptung entgegnet: „Ein Kinderspiel, gerade gut, einen Scherz darüber zu machen!" (IV, 282) Diese Ambivalenz im Umgang mit dem Über-Ich – einerseits Schutzpatron des Ichs gegen die Realität, andererseits Instanz der verkehrten Vorstellung von Sexualmoral zu sein – ist für Freud wie gleichermaßen Adorno ein ungelöstes Problem, mit dem keinerlei Konfrontation stattfindet: „Einerseits kritisiert er [Adorno] an ihr [der Psychoanalyse] die geringe oder abnehmende emanzipatorische Konsequenz, das Über-Ich abzubauen, wobei er sogar die begriffliche Trennung zwischen Ich und Über-Ich in Frage stellt und damit also den Abbau des Ichs selbst fordert; andererseits diagnostizierte er gerade die zunehmende Ich-Schwäche als Durchsetzung des autoritären Charakters und plädiert für die Stärkung des Ichs und damit des Über-Ichs." (Scheit, 17) Gerade in den Arbeiten zum Witz, wo Freud ständig das Gedankenspiel als „Erleichterung vom Zwange der Kritik" (IV, 120) betont, stellt sich ihm das Über-Ich im Humor 1927 als große Geste dar. Beiden ist allerdings gemein, dass es sich um einen Triumph des Lustprinzips handelt, das jeweils die unlustbringenden Gedanken ins Reich des Sumpfes verdonnert. Es wird jedes Mal – nur auf andere Weise – das Lustprinzip sich als siegreich behaupten und gegen die Außenwelt, einmal mit dem Über-Ich und ein andermal gegen das Über-Ich, wehren (33). Das ist die große Leistung, nach Freud, losgelöst von der Tendenz, die dem Humor wie dem Witz anheimfällt. Indem allerdings dem Witz eine Aggressivität attestiert wird und er nie losgelöst von seinem Motiv, seiner Tendenz, seiner sozialen Funktion betrachtet wird, darf er nicht als Geltung des Lustprinzips erscheinen, dort also – wo nach Freud – das Subjekt seine Stärke gegenüber der Außenwelt beanspruchen kann. Da Witze nicht immer Gefallen finden und der Humor einer Person, sobald er für den Betrachter nicht als humorvoll wahrgenommen wird (was er ja nicht muss, sondern auch komisch erscheinen darf), abgesprochen wird, stellt sich die Frage, ob nicht jeder Witz, der die ansonsten verlorene Quelle der Lust wiederentdeckt, oder jener Humor, der als effektive Panzerung gegen die Außenwelt dient, subjektiv ist. Doch nicht weil das Lachen für gewöhnlich mit Anderen in Beziehung steht, es keinen Witz an sich gibt, ist von einer dynamischen Beziehung zu sprechen, sondern – und es sei noch einmal daran

erinnert –,weil weder das Individuum, noch die Gesellschaft allein für sich sind, sondern auf sonderbare Art und Weise ineinander verschränkt existieren.

Der politische Witz

Gay notiert in der Einleitung der Fischer-Ausgabe von 1992 in *Der Witz und die Beziehung zum Unbewussten*, dass „besonders der aggressive Witz, ein zwiespältiges Wesen [sei]. Er ist die Rebellion und Resignation zugleich. Wie moderne totalitäre Regime wieder und wieder gezeigt haben, kann der Witz gefährlich werden; andererseits aber kann er politische Energien lahmlegen und den Willen zur Revolte im Gelächter ersticken." Es ist zwar nicht der aggressive Witz, der im totalitären Regime geäußert werden muss, um ein in Gays Sinn „zwiespältiges Wesen" in sich zu tragen, sondern der politische Witz par excellence, der zudem beide nur scheinbar antagonistischen Pole vereint. Der Witz, wie alle andere Unterarten auch, kann zur adäquaten Kritik eines Gegenstandes nicht dienen, er mag maximal zur auflockernde Pointe einer Kritik dienen, die ihre Ohnmacht gegenüber dem Übermächtigen Ausdruck verleiht. Der politische Witz verhält sich in besonderer Weise wie eine konformistische Rebellion. Ohne die Gesellschaft in Frage gestellt zu haben, konstituiert er durch das Gelächter ein temporäres, autoritäres Kollektiv der Gemeinschaft, das jeden Moment wieder einzustürzen droht und nur durch den nächsten Lacher die Einheit in Permanenz erwirkt. Jeglichen kritischen Einspruch, der sich unter den Bedingungen der Logik prüfen lassen würde, verwehrt – nicht nur – der politische Witz; „die da oben" und andere Phrasen sind ausgewiesene Kennzeichen einer Art von Witzen, die zumeist nicht nur vom Pöbel, sondern gerade in der schrecklich kultivierten Form im Kabarett Einzug finden. So stellt sich in der verächtlichen Karikatur über Politiker oder andere Würdenträger, von denen nur gewusst werden muss, dass sie zum Abschuss freigegeben sind, weil sie Verrat am Volk begangen haben, genau dieser lockere Spott dar (34).

Gesellige Männerrunde

Zoten dienen der aggressiven Äußerung im Witzkleid als sehr nützliches Anschauungsmaterial. Sollte der Produzent die anwesende Dame nicht mit den gesellschaftlich gestatteten Mitteln der Verführungskunst um den Finger wickeln können, entlädt er die sexuelle Frustration im Witz über die scheinbare Anzüglichkeit dieser Frau. Doch die Verlockung für den Produzenten ist nicht die Möglichkeit einer sexuellen Handlung mit der zum Objekt des Lachens degradierten Frau, sondern das Lachen des zum Bündnispartner gewordenen Dritten. Der Witz selbst verkommt zur Ersatzhandlung desjenigen, was für das Ich Lust bedeutet: der sexuelle Akt. Was in manchen Kreisen das exzessive Starren auf Körperteile und in anderer Sozialität schon mal der Griff an die Brust ist, kann dem obszönen Witz weichen. Die im Lachen konstituierte Geselligkeit der Männerrunde, dem man sich als Einzelner in dieser Situation schwer entziehen kann, steht der Dame gegenüber und straft sie durch Ausgrenzung. Nicht nur verfällt ihm der ‚einfache Mann', der diesen als solchen nicht zu verharmlosenden Ulk im Gasthaus oder auf Familienfeiern betreibt, sondern auch – in anderer Form – der gemeinhin als sich beherrschend geltende Akademiker. Die Trennung zwischen einem exzessiven und einem anständigen, einem platten und einem gelungenen Witz ist durch das kritische Urteil des Publikums zu treffen. Es gibt demnach keine schlechten Witze, sondern nur welche, die auf Kritik stoßen. Schnell nach der Produktion getätigte Hinweise, wie :„das war nur ein Scherz", „ein Witz" oder aggressiver: „du hast keinen Humor", sind Versuche, das kritische Urteil des Publikums zu beschwichtigen. In ähnlicher Weise wie der obszöne, gestaltet sich der feindselige Witz, der sich gegen einen Dritten richtet, um ihn mit Beständigkeit auszuschließen. In zahlreichen Momenten wird der Rezipient aufgefordert, sich zum Kombattant aufzuspielen. Gerade auch auf politischen Vortragsveranstaltungen verzichtet der Referent oftmals nicht darauf, auf eine Publikumsfrage ‚mit Witz' zu antworten. Doch drückt sich darin nicht nur seine Überheblichkeit aus, sondern er signalisiert dem Fragenden, nicht dem richtigen Politikantenkreis anzugehören. Schlichtweg wird der Fragende seiner ungeheuren Unkenntnis, die vom Referent als Frechheit ausgelegt wird (also nicht über die modischen Trends Bescheid zu wissen), indem er dem Gelächter der Gruppe ausgesetzt wird, überführt (35).

Das zeitgenössische Lachen der Antisemiten

Der französische Witzproduzent und Erfinder der *quenelle* (einer Art von Hintergruß), Dieudonné M'bala M'bala, betreibt die verbalisierte Auslöschung von Juden und Homosexuellen. In der Figur Dieudonnés zeigt sich die offenkundige Beziehung zwischen Homophobie und Antisemitismus. Zudem wird deutlich, wie sich das Potential faschistischer Bewegung in zeitgemäßer Variante versammeln lässt. Joel Naber stellt zur Figur Dieudonnés sehr treffend fest: „Der rechte Arm wird nach vorne zum Boden hin ausgestreckt, während die linke Hand an die rechte Schulter angelegt wird. Er erklärt uns das Zeichen folgendermaßen: Ich lasse mein Klößchen bis ans hinterste Ende des Hinterns des Zionismus gleiten. Die linke Hand soll dabei anzeigen, wie tief man es seinem Feind zu besorgen beabsichtigt. Dass Dieudonné damit symbolisch auf das Engste die Erniedrigung und Unterwerfung der Juden mit der Erniedrigung und Unterwerfung der Homosexuellen verknüpft, ist so offenbar, dass die Tatsache nach einer Deutung verlangt, dass in dem öffentlichen Sprechen über die Dieudonné-Geste deren Bedeutung einer analen Penetration als symbolischer Unterwerfung, und damit deren Doppelcharakter einer Feinderklärung an Juden wie an Homosexuelle, so gut wie durchgängig ignoriert wird." (36) Dieudonnés provokative Gesten, die beim französischen Publikum großen Anklang finden und trotzdem regelmäßig Gegenstand juristischer Auseinandersetzung sind, werden durch nichts getrübt. Ständig besticht er damit, das Tabu zu brechen (in Witzen über Gaskammern) und findet so ein sehr breitgefächertes Publikum. Dieudonné ist das Exemplar eines exzessiven Antisemiten der sich unter dem Deckmantel der „Humor"produktion alles erlaubt und erlauben kann. Die Frage, ob ein Georg Schramm und andere deutsche Witzproduzenten ihren Hass so veräußern dürften, ist wohl fraglich. Aber ihr als Antiamerikanismus kaschierter Hass auf die Juden stellt derzeit keinen Tabubruch dar. Doch nur, weil sie ihre Gedanken im Witzkleid anders darstellen, heißt das nicht, dass sie weniger antisemitisch wären (37). Viel mehr bedeutet das: Ihr geäußertes Ressentiment kann derzeit, ganz ohne Tabubruch und trotzdem hemmungslos, weil das Hören der Hasstiraden kein Verbot im gesellschaftlichen, moralischen wie strafrechtlichen Sinn darstellt, konsumiert werden. Mehr noch: der Antiamerikanismus wie auch die Israelkritik gilt als Eintrittskarte in

das sich akademisch dünkende Milieu und kann als künstliche Performance im Witz Lust bereiten. Beide, der exzessive und der anständige Antisemit, sind jedoch Bündnispartner im Buhlen um die Selbsterhaltung und Selbstbehauptung auf dem freien Unterhaltungsmarkt der Komik. Während der exzessive Antisemit Gefahr läuft, strafrechtlich verfolgt zu werden um vom profitablen Geschäft der Inszenierung des Verfolgten zu zehren, hat der anständige Antisemit mit der (inneren wie äußeren) Hemmung, den Witz über die Juden, weil er ihn antiamerikanisch kaschiert, nicht zu kämpfen. Er denkt sich zwar den Juden, wenn er von den USA spricht (wie derjenige, der ihn hört), aber er kann es frei tun, da das Ressentiment gesellschaftlich Anerkennung findet. Der exzessive Antisemit hingegen verspürt noch die äußere (aber nicht die innere) Hemmung über den Juden zu sprechen, da es sich derzeit – auch in Frankreich – verbietet (38). Der Exzessive besticht, auf ganz andere Weise wie der Männerwitz in gehobener Runde, mit dem Tabubruch. In Deutschland wäre der Judenwitz, weil alle zwar Israelkritiker, aber um Himmelswillen keine Antisemiten sein wollen, momentan undenkbar (39). Die Witzeindustrie richtet sich wie die Erinnerungskultur nach dem derzeitigen gesellschaftlichen Produktionsverhältnis (40). Da noch die 988 Jahre zur Erfüllung des tausendjährigen Reiches irgendwie eingeholt werden wollen und der anständige Antisemit sich seiner Pflicht bewusst ist, wartet er stoisch, und gibt sich mit dem Lachen über die „Amerikaner", dessen modernste und am meisten verbreitete Legitimierung findende Ausdrucksmöglichkeit des Antisemitismus sich derzeit als solches darstellt, noch zufrieden.

Skizze einer materialistisch-erkenntniskritischen Betrachtung des Lachens

Es gibt mannigfaltige Funktionen, die das Lachen erfüllt. Jeder Bestimmung des Lachens – mal anthropologisch, dann wieder epistemologisch – ist das Problem immanent, dass es sich gegen jeden Versuch, sich auf den Begriff bringen zu lassen, entzieht, so dass man Einschränkungen einräumen und Bedenken kundtun muss (41). Daher ließe sich an dieser Stelle nur in aller Ehrlichkeit festhalten, wie anfangs bereits erwähnt wurde, dass im Lachen Gesellschaft erscheint. Diese Gesellschaft ist gerade in ihrer Totalität, in der allumfassenden Aufspreizung von A bis Z, von 0 bis 9, aller sinnlichen Gegenstände wie den Gedanken jener Subjekte, die Gesellschaft konstituieren, präsent. Nichts gilt außer ihr und in jeder ihrer Extremitäten, die in jedem Einzelnen selbst enthalten sind, deren summarische Rechnung mitnichten Totalität oder das Ganze charakterisieren, findet die rastlose Fortsetzung des Kapitals seine endlos erscheinende, wenn auch tendenziell krisenhafte, Bewegung, die nur vermöge des Werts synthetisiert wird. Im Lachen gerinnt die subjektlose Subjektivität zum Dogma der objektiv verkehrten Gesellschaft. Nicht nur der Berufskomiker ist davon in Kenntnis gesetzt, was man darf oder nicht. Gefühl, Gespür und Intuition, die auf dem gesunden Menschenverstand gründen, benötigen einen Hörer, der der ungezwungen-zwangvollen Aufforderung nachkommt, als Publikum zu dienen. Niemandem kann Nachhilfe in dieser sozialen Tätigkeit, beispielsweise in Volkshochschulkursen, erteilt werden. Witz zu haben gehört sich in Gemeinschaft ebenso wie die Meinung, die man sich ständig zu bilden genötigt wird und zu haben sich verpflichtet fühlt. Ähnlich asozial verhält sich der, der sich der Meinung enthält wie jener, der über den Witz nicht lachen will. Da – nicht nur dem Satiriker – alles als witzig gilt wie dem Meinenden alles als denkwürdig, findet der Terror, legitimiert durch den gesunden Menschenverstand, seine Ausdrucksform auch im Lachen. Der Produzent bereitet sich auf die Erzählung vor und lotet wie ein Seismograph die Bedingung der Möglichkeit, in schallendes Gelächter zu verfallen, aus. Das Publikum muss den gesunden Menschenverstand und die darin begründete Logik, die sich darin ausdrückt, auf A B folgen zu lassen (und wehe dem, der darauf nicht C folgert), akzeptieren um die eigene soziale Funktionalität, dem noch notwendigen Komplement zur Arbeitskraft, permanent sich selbst unter Beweis zu stellen. Es ist paradox: das Publikum lacht wie ein fühlender Automat. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, aber die qualitativen Gefühlsregungen werden von der Wissenschaft sicherlich quantitativ zu messen versucht. In einer sich als ‚falsch' zu erweisenden Situation in schallendes Gelächter zu verfallen, wird gestraft wie die Wiedergabe eines ‚schlechten' Witzes. Im Ausloten, als sinnlich-bewegliches Beweisexemplar eines zur Gattung sich aufspielenden allgemeinen Menschengeschlechts, liegt die Gewalt, die das Subjekt sich selbst genötigt ist anzutun, bereits verborgen: Doch ist es (auch) die Forschung und die auf breite Akzeptanz stoßende Wissenschaft, die die Reduktion des Ichs auf einen bloßen Funktionsapparat, der nur Sender und Empfänger kennt, vorantreibt. Das Subjekt des Kapitals und des Staats, das zum einen zweckgerichteter Recycling-behälter einer Ware Arbeitskraft ist und zum anderen vom Souverän nur temporär geduldeter Bürger, lacht feierlich und gibt damit zu erkennen: „Ich bekenne mich zur stofflichen Trägerschäft – mit allen Rechten und Pflichten". Es ist die Gesellschaft (als scheinbar natürlich sich vollziehende Gesellschaft) wie auch die Natur (als vergesellschaftete Natur), die sich hinter dem Rücken der Produzenten abspielt und das Lachen zum Lachen macht. Im Lachen unter Angestellten zementiert sich die Panik, tendenziell überflüssige Arbeitskraft zu werden; im Lachen als sozialer Tätigkeit wird die soziale Fähigkeit unter ständigen Beweis gestellt. Nicht aus der Gemeinschaft zu fallen, sich affirmativ anzupassen, nicht Nein zu sagen, oder dann Nein zu sagen, wenn es am Platze ist, ist die Herausforderung die an das Subjekt gestellt wird und folglich auch die Anerkennung der Gewalt, die einem selbst widerfuhr. Die ständige Selbstbehauptung im richtigen, d.h. intuitiv richtigen Moment, die sozialen Fähigkeiten unter den Augen einer kritischen Gemeinde zu behaupten, ist die Kunst des Subjekts, die es im Oszillieren des Meinenden zwischen einem Einerseits und Andererseits erlernt hat: Etwas nicht im Witz mitzudenken, doch gerade so viel, wie notwendig abgefordert wird. Die enthaltene Spannung im Witz soll so lange aufrechterhalten werden, dass die Pointe die entstandene Lücke wieder verdichtet. Sich über die Sozialversicherungsnummer wie auch über den Personalausweis identisch setzen zu lassen, genügt nicht. Der ewige Schwur an die Gemeinschaft, nicht Verrat zu leisten, wenn man als stofflicher Träger aller gesellschaftlich auferlegten Funktionalitäten überhaupt anerkannt werden möchte, soll im großen Gelächter Verbreitung finden. Die um Sympathie buhlende Geste stellt die ganze Brutalität – vom Inhalt losgelöst – des Produzenten wie auch des Rezipienten, die man sich selbst gezwungen ist anzutun, dar. Im Fokus auf das auszuschließende Dritte, ob bei Bergson, der die Eingemeindung des Dritten durch das Lachen konstatierte, oder bei anderen,

die das Lachen nur als aggressive Form gelten lassen wollen, vergisst man, dass das Individuum sich selbst Gewalt antun muss(te). Im Lachen über Witz, Komik und Humor ist daher keine Erkenntnis zu haben, sondern nur augenblickliches ‚Aufblitzen' (als Erscheinendes) als nie losgelöster Teil gesellschaftlicher Totalität überhaupt. Mit einer Meinung wie mit einem Witz konfrontiert zu sein, birgt dieselbe Schwierigkeit: Es lässt sich darauf nicht adäquat entgegnen. Manche Polemik erscheint so nur als besserer Witz getarnt, der um des Witzes Willen, geäußert wird; doch der Vorrang des Objekts, an dem sich nicht nur Polemik, sondern jede Form die es mit dem Inhalt ernst meint, messen lassen müsste, wird dabei kassiert.

Anmerkungen:

(1) Die Frage, was denn aus materialistisch-erkenntniskritischer Betrachtung Natur sein soll, ist gar nicht so einfach zu beantworten.

(2) Im Präfix *„ver"* mancher Abwehrmechanismen wird sprachlich angedeutet, dass es sich um ein aktives Verhalten des Ichs handelt, das sich keineswegs automatisch vollzieht.

(3) Auch die Annahme der infantilen Sexualität stößt beim breiten Publikum bis heute auf große Feindseligkeit, die – wie später gezeigt werden wird – sich u. a. im schwulenfeindlichen Witz präsentiert.

(4) „Aus der Vergleichung des erinnerten manifesten Trauminhalts mit den so gefundenen latenten Traumgedanken ergibt sich der Begriff der ‚Traumarbeit'". (IV, 150) Analog dazu spricht Freud von der Witzarbeit.

(5) Sigmund Freud: *Der Witz und die Beziehung zum Unbewussten.* 1905, Bd. 4 d. Fischer Studienausgabe. Alle weiteren Zitate aus der Studienausgabe stehen mit Verweis auf die Seitenangabe in arabischen Ziffern und auf den Band mit römischen Ziffern hinter dem Zitat in Klammern.

(6) Unter der Verdichtung, die erstmals in *Die Traumdeutung* auftaucht und dann schließlich auch in *Zur Psychopathologie des Alltagslebens* (1901) detailliert besprochen wird, meint Freud ein wesentliches Moment der unbewußten Vorgänge entdeckt zu haben. Ein Beispiel für die Verdichtung findet Freud, wie so oft, in seinem eigenen Alltag wieder. Während der Korrektur an seinem Manuskript der *Traumdeutung* schrieb er an seinen Freund Wilhelm Fließ, dass in ihr, so sehr er sich auch bemühte, noch weitere 2467 Fehler enthalten sind. Die Zahl war keinesfalls willkürlich gewählt. Er erinnerte sich dieser Zahl und lies sich die Notiz von Fließ wieder zusenden, um während der Arbeit an der *Psychopathologie des Alltagslebens* die Zahl wie folgt zu rekonstruieren: Nachdem er in der Zeitung von einem pensionierten General las, kombinierte er verschiedene Zahlen, die ihm einfielen und berechnete, dass er noch 24 Arbeitsjahre vor sich hatte. An seinem 24. Jahre war er volljährig geworden und zur Zeit als er die Notiz an Fließ verfasste, war er 43 Jahre alt. Zusammen ergab das 67 Jahre, so erklärte er sich die willkürlich erscheinende Zahl von 2467, die sich im Wunsch des aktiven Lebens äußerte. Vgl. Peter Gay: *Sigmund Freud. Eine Biographie für unsere Zeit.* Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1989, S. 147 und Sigmund Freud: *Psychopathologie des Alltagslebens.* Fischer Verlag 2000, Frankfurt, S. 306f.

(7) Zu nennen wären: ökonomischer, topischer (erste Topik), dynamischer, genetischer, sozialer, produktionsästhetischer, rezeptionsästhetischer, kulturaler Aspekt. Aus verschiedenen Gründen lässt sich weder der Witz noch das Lachen unter den verschiedenen Aspekten getrennt betrachten. Carl Pietzcker stellt sich diesem Versuch in einem einleitenden Aufsatz *Sigmund Freud: Der Witz und seine Beziehung zum Unbewussten.* Würzburg 2006, S. 19ff.

(8) „Als ich zu Ende des vorigen Abschnittes den Heineschen Vergleich des katholischen Priesters mit einem Angestellten einer Großhandlung und des protestantischen mit einem selbstständigen Kleinhändler niederschrieb, verspürte ich eine Hemmung, die mich bestimmen wollte, dieses Gleichnis nicht zu verwenden." (IV, 86)

(9) „Der wichtigste Unterschied liegt in ihrem sozialen Verhalten. Der Traum ist ein vollkommen asoziales seelisches Produkt; er hat einem anderen nichts mitzuteilen; innerhalb einer Person als Kompromiß der in ihr ringenden seelischen Kräfte entstanden, bleibt er dieser Person selbst unverständlich und ist darum für eine andere völlig uninteressant." (IV, 167)

(10) Mit einem nicht restlos zu klärenden, uneindeutigen Motiv spielt der Ironiker. Leo Fischer, der in der *Konkret* (4/14) die Ironie lobte und als langjähriger Redakteur für die Satirezeitschrift *Titanic* arbeitete, gilt die Ironie als unschwer kaschiertes politisches Programm für ein sich aufgeklärt dünkendes deutsches Publikum. Was er nicht verstehen will, ist, dass eine ohnehin bereits fragwürdige Unterhaltungskultur, vermengt mit kritischem Gestus, auf Ironie zwingend zu verzichten hat, wenn sie als Kritik sich bewahrheiten möchte. Die Masche der *Titanic* (und auch der Spaßpartei *Die Partei*) besteht darin, im letzten Moment jedes Urteil doch noch mal unter dem Verweis, dass es sich nur um Spaß gehandelt hätte, revidieren zu können. Sie mögen damit gute Unterhaltung bieten, üben aber keine Kritik.

(11) Hans-Jürgen Wirth notiert in seinem Essay „Warum wir lachen" neben vielen weiteren Irrungen und Wirrungen: „Allerdings muss der ganze Prozess als spielerisch erscheinen, sonst wird aus der *Erniedrigungsabsicht*, die *jedem* Witz innewohnt, blutiger Ernst, der einem das Lachen im Halse stecken bleiben lässt. [Hrvg. von mir, D.H.]" Die eindeutige Erniedrigungsabsicht ergibt sich weder aus dem Motiv, der Lustquelle noch aus der Beziehung zum Unbewussten. Es wird Lust an dem Spiel mit dem Witz gewonnen, aber eine Absicht oder ein Motiv, das dem Witz durchaus beiwohnen kann, ist nicht allgemein zu konkludieren. Hans-Jürgen Wirth: *Warum wir lachen* in *Jirí Slíva: Sigmund Freud schläft nie.* Psychosozial-Verlag, Gießen 2014, S.61-72.

(12) „Was den Scherz vom Witz unterscheidet, ist, daß der Sinn des der Kritik entzogenen Satzes kein wertvoller, kein neuer oder auch nur guter zu sein braucht; es muß sich eben nur so sagen lassen, wenngleich es ungebräuchlich, überflüssig, nutzlos ist, es so zu sagen. Beim Scherz steht die Befriedigung, das von der Kritik Verbotene ermöglicht zu haben, im Vordergrunde." (IV, 122) Wenn sich der Scherz doch als gehaltvoller entpuppt, wird er zum Witz.

(13) Die witzige Bemerkung über den Chef unter Angestellten in einem Büro kann den größten Lacher unter den Angestellten hervorrufen, ein anderes mal, wenn der Chef anwesend ist, vielleicht doch eher eine Abmahnung zur Folge haben. Im Grunde genommen hat der Witzproduzent keine andere Aufgabe, als durch seinen „gesunden Menschenverstand" auszuloten, ob ihm Sanktion droht oder er das Gelächter sein Werk nennen darf. Genauso verhält sich der Hörer bei einer solchen Bemerkung: als Angestellter wird er, sofern er auf das Geld angewiesen ist und als nicht allzu enthemmt gelten möchte, sich davor hüten, in schallendes Gelächter bei einem Witz über den physisch anwesenden Chef auszubrechen.

(14) „Wir gestehen der Kultur und höheren Erziehung einen großen Einfluß auf die Ausbildung der Verdrängung zu und nehmen an, daß unter diesen Bedingungen eine Veränderung der psychischen Organisation zustande kommt, die auch als ererbte Anlage mitgebracht werden kann, derzufolge sonst angenehm Empfundenes nun als unannehmbar erscheint und mit allen psychischen Kräften abgelehnt wird. Durch die Verdrängungsarbeit der Kultur gehen primäre, jetzt aber von

der Zensur in uns verworfene Genußmöglichkeiten verloren. Der Psyche des Menschen wird aber alles Verzichten so sehr schwer, und so finden wir, daß der tendenziöse Witz ein Mittel abgibt, den Verzicht rückgängig zu machen, das Verlorene wiederzugewinnen." (IV, 96) Die Behauptung, dass es sich um eine ererbte Anlage handele, ist Unsinn, und wäre mit Freud (*Totem und Tabu*) gegen ihn selbst zu widerlegen. Die zugegeben unglückliche Formulierung der ererbten Anlage ist eher so zu verstehen, dass etwas onto- und phylogenetisch vollzogen wurde und wird. Wenn wir von der Vererbung einer im weitesten Sinn sozialen Anlage folgen würden, dann wäre das gesellschaftliche Verhältnis auf eine biologische Subjekt-Objekt-Beziehung reduziert worden. Vgl. auch Renate Göllner: *Verdrängung der Gewalt.* sans phrase Nr. 5, Freiburg 2014, S. 94f.

(15) Der Abwehrmechanismus des Ichs, der lange Zeit für Sigmund Freud mit der Verdrängung synonym galt, wurde von der Tochter, Anna Freud, ausführlich in zehn unterschiedliche Abwehrmethoden untergliedert. Vgl. hierzu Anna Freud: *Das Ich und die Abwehrmechanismen.* Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a. M. 1984. S. 49ff.

(16) Den Trieb hat ebenso wenig wie den Wert (in der Marxschen *Kritik der politischen Ökonomie)* noch keiner zu Gesicht bekommen.

(17) So stellt er den Verdrängungsvorgang zumindest 1915 dar. In früheren Darstellungen wie der Schreber-Analyse von 1911 ist eine zweistufige Überlegung der Verdrängung noch nicht niedergelegt worden. 1926 notiert Freud in *Hemmung, Symptom und Angst,* dass die Kenntnisse über die Urverdrängung sehr begrenzt seien. Die Urverdrängung hat keinen psychogenetischen Ursprung im Ödipuskomplex, sondern ist viel mehr die Urszene der Verdrängung selbst. Diese Urverdrängung darf nicht mit einer Urszene, die (vermutete) Beobachtung des Kindes der sexuellen Beziehung zwischen den Eltern, die sich für das Kind als Akt der Gewalt durch den Vater präsentiert, verwechselt werden. Die Betrachtungen über das Unbewusste, die Freud in *Einige Bemerkungen über den Begriff des Unbewußten in der Psychoanalyse* macht, scheinen hierfür bedeutsam. „Das Unbewusste ist eine regelmäßige und unvermeidliche Phase in den Vorgängen, die unsere psychische Tätigkeit begründen; jeder psychische Akt beginnt als unbewußter und kann entweder so bleiben oder sich weiterentwickelnd zum Bewußtsein fortschreiten, je nachdem, ob er auf Widerstand trifft oder nicht. Die Unterscheidung zwischen vorbewußter und unbewußter Tätigkeit ist keine primäre, sondern wird erst hergestellt, nachdem die ‚Abwehr' ins Spiel getreten ist." Sigmund Freud: *Einige Bemerkungen über den Begriff des Unbewußten in der Psychoanalyse,* 1912, Bd. 3 der Fischer Studienausgabe, S.33f.

(18) Gerhard Scheit: *Suicide Attack.* Freiburg 2004. Alle weiteren Zitate sind im Text in Klammern mit dem Nachnamen und Seitenzahl angegeben.

(19) „Wie der Gebrauchswert nur ‚den stofflichen Träger des Tauschwerts' darstellt, so stellt das menschliche Individuum nur die fleischliche Unterlage und das körperliche Fundament, die physische Basis, d.h. den Arbeitskraftbehälter der kapitalen Subjektivität dar, eben die Charaktermaske." Joachim Bruhn: *Karl Marx und der Materialismus. Thesen über den Gebrauchswert des „Marxismus".* http://www.ca-ira.net/isf/beitraege/bruhn-marx.materialismus.html.

(20) Thomas Maul schreibt im Ankündigungstext seines Referats auf der im Dezember 2014 stattgefundenen *Bahamas*-Konferenz in Berlin: „Da an den antiautoritär großgezogenen autoritären Charakteren der 68er ff. jene bürgerliche Erziehung zur Zartheit vorbeiging, die den zivilisierenden, spontanen, angedrohten oder vollzogenen, elterlichen Schlag „auf die Pfoten" desjenigen einschloss, der da Fliegen die Flügel ausriss, ist es mitunter am bürgerlichen Staat und seiner Polizei (!), das Versäumte nachzuholen[.]" Es ist historisch falsch zu behaupten, dass die 68er antiautoritär erzogen wurden – sie selbst erzogen ihre Kinder antiautoritär. Zumal ist die Annahme, es wäre eine Aufgabe der Polizei, den familiären Erziehungsauftrag „nachzuholen", nicht nur unsäglich autoritär, sondern auch die real in der Familie stattfindende Kastrationsdrohung – auch wenn das Kind antiautoritär erzogen werden sollte – damit erledigt.

(21) Theodor W. Adorno und Max Horkheimer drückten den Zwang des Übermächtigen, der jedes Individuum in der Psychogenese unterliegt in der *Dialektik der Aufklärung* so aus: „Furchtbares hat die Menschheit sich antun müssen, bis das Selbst, der identische, zweckgerichtete, männliche Charakter des Menschen geschaffen war, und etwas davon wird noch in jeder Kindheit wiederholt." Th. W. Adorno u. M. Horkheimer: *Dialektik der Aufklärung.* In: Max Horkheimer: *Gesammelte Schriften,* Bd. 5. Fischer, Frankfurt am Main 1987, S. 56.

(22) Th. W. Adorno: *Minima Moralia.* Frankfurt a. M. 2001 S. 97.

(23) Eine Kritik der neueren Biologie, Medizin und Psychologie, kurz: der Neurowissenschaft, hat Christine Zunke geleistet in *Kritik der Hirnforschung: Neurophysiologie und Willensfreiheit.* Oldenbourg Akademieverlag, 2008.

(24) Freud merkt zur Mimik sehr richtig an: „Ich glaube vielmehr, daß diese Mimik, wenn auch minder lebhaft, abgesehen von jeder Mitteilung besteht, daß sie auch zustande kommt, wenn die Person für sich allein vorstellt, etwas anschaulich denkt; daß diese Person dann das Groß und Klein an ihrem Körper ebenso wie während der Rede zum Ausdruck bringt, durch veränderte Innervation an ihren Gesichtszügen und Sinnesorgenen wenigstens." (III, 180) Interessant hierzu ist eine Erzählung die mir zugetragen wurde: Ein Familienvater der seine Abneigung gegenüber Zigarettenrauch bekanntlich durch pathologischen Husten äußerte, hatte wohl auch die Angewohnheit, befremdlich zu husten, als er im TV zuschaute, wie ein Schauspieler sich eine Zigarette anzündete. Dass dieser pathologische Husten sich auch dann bemerkbar macht, wenn er offenkundig dem Gegenüber seine Ablehnung gar nicht signalisieren kann, ist vielleicht ein bescheidener Beleg dafür, dass Mimik nicht ausschließlich unter dem Banner einer zwischenmenschlichen Kommunikation ausgetragen werden muss.

(25) Viele, denen der Geschlechtsverkehr zwischen zwei Männern als ‚abartig' erscheint, können sich, freilich zum Zwecke der Erniedrigung, interessanterweise oralen Geschlechtsverkehr, nur als passiven Part, vorstellen, ohne diese Vorstellung gleich als unliebsam zu verwerfen: Für sie scheint der Aspekt der Erniedrigung bedeutsamer als der des homosexuellen Geschlechtsverkehrs. Ob in diesem Gedankengang bereits die Verdrängung der Homosexualität der eigenen Natur gekennzeichnet ist oder der Gedanke der Erniedrigung eines Anderen obliegt, mag ich nicht beantworten.

(26) Göllner: Verdrängung der Bisexualität, a.a.O., S.105f.

(27) Selbstredend kennt das Recht eine Grenze, die gesellschaftliche Schranke in der Kneipe oder auf dem Kinderspielplatz ist dennoch eine andere. Eine Demonstration unter dem Titel „Todesstrafe für Kinderschänder/gegen Inländerdiskriminierung" wurde mit dem Verweis auf § 15 Abs. 1 VersG verboten, da „angesichts des Versammlungsthemas zu befürchten [sei], dass bei Durchführung der Versammlung die öffentliche Sicherheit gefährdet werde, weil der Tatbestand des § 130 Abs. 1 Nr. 1 und 2 StGB verwirklicht werde. Die betroffenen Sexualtäater seien „Teile der Bevölkerung" im Sinne des § 130 Abs. 1 Nr. 1 und 2 StGB; sie würden ungeachtet der Schwere ihrer Schuld als Menschen ohne jede Würde und minderwertige Wesen ohne Lebensrecht hingestellt." http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rk20071201_1bvr304107.html, 9.12.2014.

(28) http://www.zeit.de/kultur/film/2010-11/doku-auf-teufel-komm-raus.
(29) Es soll nicht der Eindruck entstehen, dass man über den Islam keine Witze machen sollte. Nur stellt sich die Frage was eine materialistische Kritik mit dem Witz, der Satire und der Karikatur zu tun haben soll, gilt sie doch maximal als Pointe und nicht als Programm.
(30) Vgl. Richard Kempkens: *Ein gelbes Schandzeichen.* Zum Untergang der *Titanic.* Bahamas Nr. 65, Winter 2012/2013, S. 9-12.
(31) Vgl. Leo Fischer: *Lachzwangkollektiv* in Konkret 12/2014.
(32) Auf einer Hamburger Lesung der Satirepartei *Die Partei* geht der Punk und *APPD*-Mitbegründer Karl Nagel in dem Aufsatz mit dem zugegeben merkwürdigen Titel *Warum es Votze und nicht Vagina heißt. Satire ist etwas für Feiglinge* auf das Verhältnis zwischen Provokation und Satire ein und kritisiert die Satireproduktion der *Titanic* und ihrer Ableger. Vgl: http://www.karlnagel.de/wp/warum-es-votze-und-nicht-vagina-heisst-satire-ist-was-fuer-feiglinge/, 9.12.2014.
(33) Es ist längst kein Geheimnis, dass, bei Adorno ein leitführender Gedanke, das Subjekt (der Einzelne) gegen eine Übermacht von verkehrter Gesellschaft stark gemacht wird. Gerade die aufkommende Psychologie seiner Zeit hat Verrat am Subjekt selbst geübt, indem es ihm auch noch abverlangte, sich gänzlich unter das Integral des Kapitals zu zwingen. Jede Psychoanalyse, die dagegen keinen Einspruch erhebt, verkommt zur Kur des Schlechten.
(34) An den geschulten Umgang mit der Denunziation im Fall des ehemaligen Managers von *FC Bayern München* sei hier erinnert. Die den links-intellektuellen Grünen nahestehende *taz* kommentierte die Verurteilung mit „Dreieinhalb Jahre Haft für Uli Hoeneß – ohne Bewährung. Auch wenn es andere nötiger hätten, hier geht's zum taz-Knast-Abo" und die *Titanic* fertigte eine erwartungsgemäße Collage an, darauf ist Beate Zschäpe abgebildet, die sich in einer Gedankenblase auf ihre „Knast-Bitch" freut. Siehe hier: http://www.titanic-magazin.de/postkarten/karte/glueck-im-unglueck-20462/.
(35) So etwas nennt man dann „Diskussionsrunde".
(36) Joel Naber: *Masse Macht Humor.* sans phrase Nr. 4, Freiburg 2014, S.230.
(37) Oftmals wird gerade so getan, als ob der Antisemitismus sich quantitativ erfassen ließe.
(38) Antisemitische Witze sind in manchen Teilen der arabischen Welt, auch ausgestrahlt über TV-Sender, an der Tagesordnung. In Europa, dem Kontinent, wo man es schaffte, die Juden beinahe ganz auszulöschen, wäre ein Witz über die Shoah undenkbar. Es ist faszinierend, wie es eine Figur wie Dieudonné (er ist schwarz) schafft, durch den verqueren Antirassismus der Europäer lange Zeit unbescholten antisemitische Hetze in aller Öffentlichkeit zu betreiben.
(39) In Frankreich waren die Vorstellungen des Antisemiten Dieudonné M'bala M'bala auch Gegenstand juristischer Auseinandersetzung. Selbst der ehemalige Innenminister Manuel Valls versuchte 2014 Auftrittsverbote durch die Justiz zu erwirken: http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/franzoesischer-komiker-auftrittsverbot-fuer-dieudonne-12745036.html.
(40) Vgl. dazu Joachim Bruhn: *Echtzeit des Kapitals, Panik des Souveräns.* Über die Zukunft der Krise. Bahamas Nr. 63, Winter 2011/12, S. 67-78.
(41) Bei dieser Gelegenheit lässt sich auch auf eine Lücke, die für die Psychoanalyse konstitutiv ist, verweisen. Vgl. Christine Kirchhoff: *Hass auf Vermittlung und »Lückenphobie«.* Phase 2 Nr. 41, Winter 2011/12, http://phase-zwei.org/hefte/artikel/hass-auf-vermittlung-und-lueckenphobie-34/.
